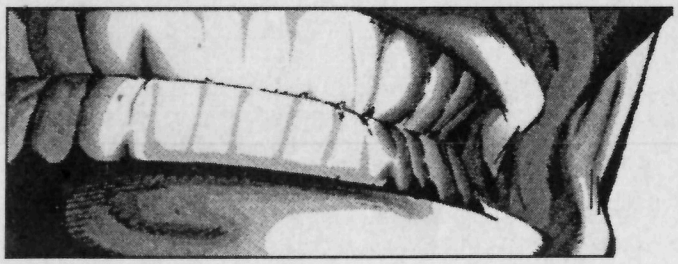
ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR



Lotta DURA

NR. 3 / JULI 1995 ÖS 25 DM 5

Von Oberwart nach Ebergassing: Die F geht wieder in die Offensive

AUFrechte Staatsschützer

Frauen und Rechtsextremismus

Rassistische Gesetze bleiben Hetze

Lotta DURA - der Kampf wird härter

"Für mich war es ein politisches Verbrechen und ebenso war es meine Überzeugung, dass die Verbrecher in ihrer Partei zu suchen sind. Ihre Partei ist eine Partei von Verbrechern, die man vernichten muss!"

(Preußischer Innenminister Göring zu Dimitroff, Reichtagsbrandprozeß 1933)

"Die Demokratie muss von Zeit zu Zeit in Blut gebadet werden."

(General Pinochet kommentiert den Putsch in Chile 1973)

"Denen gehörte mal a gsunde Watschn, damit sie draufkommen, was Demokratie heisst."

(Jörg Haider über die Linke 1995)

Die Vorfälle von **Ebergassing**, die wir für so ungeklärt halten, daß wir nicht von einem versuchten "Anschlag" sprechen wollen, haben die Gestaltung dieser Nummer maßgeblich beeinflußt. Dabei ging es uns aber weniger darum, die zahlreichen offenen Fragen zu diesem Akt des "Linksterrorismus" zu erörtern, als dessen Funktion für den Marsch in die "Dritte Republik" anzudeuten. Die mediale und politische Verarbeitung von Ebergassing erfolgte - künftige Bündnisse vorwegnehmend - tatsächlich in der Art, daß den realen Geschehnissen höchstens Anlaßcharakter zukam. Die beiden Toten, mal als "Anarchisten", mal als "Neokommunisten" identifiziert, bzw. der ihnen zugerechnete "Anschlag" gaben den Startschuß für eine Hetze gegen Linke, die in ihrer Heftigkeit auch uns überraschte. Während Freiheitliche samt angeschlossenem Boulevard das taten, was wir von ihnen erwarteten, zeigte die vielzitierte "Mitte" in ihren Reaktionen, wie innerlich ihr republikanische Tugenden bereits geworden sind. Es waren *bürgerliche* Grundrechte wie "Meinungs-" oder "Pressefreiheit", die von SPÖVP, Mehrheitsgrünen und vorderhin "liberalen" Medien bei der erstbesten Gelegenheit mit Füßen getreten wurden. Die öffentliche Abrechnung mit linksradikaler Opposition als volksgemeinschaftlicher Kampf gegen "Terrorismus", zu dessen Zentrum das TATblatt erklärt worden war, entfaltete jene Dynamik, mit der "Demokratie" regelmäßig als Phrase bürgerlicher Herrschaft entschleiert wird. So war es *ihre* Verfassung, die von der politischen Klasse durch einen "Verfassungsbogen" ersetzt worden ist, weil sie - im Unterschied zur deutschen - Linksradikalismus grundsätzlich "erlaubt". Während Faschisten wieder mal übers Ziel schossen und ein Gesetz gegen "kommunistische Wiederbetätigung" verlangten, dehnten andere die Verfassung zum Bogen, um dann Pfeile gegen die linke Opposition einzuspannen. Der neue "Verfassungsbogen" hat den Vorteil, daß er nirgends definiert ist und so ermöglicht, alles und jede/n außerhalb desselben zu stellen.

Im **"Fall Einem"** sahen sich Grüne und SPÖ plötzlich selbst mit dem Terrorismusvorwurf konfrontiert: die Partnerschaft für den Klassenfrieden frißt ihre Kinder. Aber anstatt die autoritären Lösungen hinter der Linkenhatz zu sehen und das Lager der gewaltfreien "Demokraten" schleunigst zu verlassen, überschlugen sich Grüne und SozialdemokratInnen in Distanzierungen vom "grün-anarchistischen Terror". Der "Fall Einem" verdeutlichte darüber hinaus einmal mehr, welche Funktion SPÖ und Grüne erfüllen, nämlich die der Integration oppositioneller Regungen. Die Solidaritätsbekundungen für den umstrittenen Innenminister ließen viele Linke vergessen, welche Aufgaben dieser zu erfüllen hat. Tatsächlich gelten die rassistischen "Ausländergesetze" heute fast allen Orts als reformierbar, gibt es nur mehr wenige, die der Forderung nach "humanerem Vollzug" des Staatsrassismus mit der nach Offenen Grenzen begegnen. Organisiert wird diese Zustimmung zu den herrschenden Verhältnissen durch die Ideologie der Gewaltfreiheit. Der Staat als ideeller Gesamtpazifist verlangt von seinen BürgerInnen Gewalt abzulehnen, sofern sie nicht bei ihm monopolisiert bzw. strukturell vorhanden ist. Eng verbunden damit ist die Gleichsetzung von rechter Mordbrennerei mit linkem Widerstand. Aber auf die qualitativen Unterschiede zwischen Oberwart und Ebergassing hinzuweisen, bedeutet, sich auf diesen Diskurs einzulassen: es wird verglichen, was nicht zu vergleichen ist.

Auf den Punkt gebracht:

"Es ist sinnlos, den Unterschied zwischen rechts und links einfach nur erklären zu wollen. Der Unterschied ist entweder sichtbar, oder er existiert nicht"

(TATblatt +36, S. 6)

In dieser Ausgabe war ein Bericht zu den Aktionen rund um den Siegfriedskopf in der Aula der Alma mater geplant, der jedoch genauso wie ein Artikel zum NS-Opferfürsorge-Gesetz in der nächsten Nummer erscheinen wird.

Unsere finanzielle Situation sieht noch immer desaströs aus, obwohl uns der ansteigende Handverkauf vor dem Schlimmsten bewahrt hat, kann von einer entspannten, ausgeglichenen pekuniären Lage keine Rede sein. Da hilft nur kaufen und verkaufen, schreiben und lesen, abonnieren und weiterschicken, genießen und empfehlen .....

P.S.: Nach dem Redaktionsschluß erreichte uns die Nachricht vom erneuten Nazi-Terror mittels Briefbomben, der uns zum einem nicht wirklich überraschte, es uns aber verunmöglichte in der Kürze der Zeit für die **Lotta DURA** noch schriftlich darauf zu reagieren.

Inhalts VERZEICHNIS

Impressum:
M.H.V.: H. Obek, 1140 Wien
Druck: Vladimir Druck, Novahutta 43
Printed in Poland

ANTI-ANTIFA

4.. Von Oberwart nach Ebergassing - Die F-Bewegung geht wieder in die Offensive
8.. Anti-Antifa "Vom grünen und vom roten Terror"
10.. Freiheitliche machen ernst. Chronik eines angekündigten Todes
12.. AUFrechte Recken in der Polizei
16.. HNA und Anti-Antifa - Ein Hauch von Gladio
17.. Miami Vice in der Alpenrepublik
20.. "Begnadet für das Schöne" - Kulturkampf von rechts

"RECHTE FRAUEN UND MÄDELS"

23.. Frauen und ihre Verstrickungen mit dem Rechtsextremismus Teil I

TRITTE NACH RECHTS

27.. Schimanek- Kampagne
28.. Von Worttätern und Geschichtslügnern: Verein Dichterstein Offenhausen
30.. F-Nazi Gaugg und Revisionist Lüftl

WAS GIBT´S NEUES

30.. ... und es geht immer weiter! Prozeß gegen Antifa in Innsbruck

NORMALITÄT IN ÖSTERREICH

31.. Die Gesetze bleiben Hetze

GESCHICHTLICHES

34.. "Das Ghetto kämpft" Ein Buch von Marek Edelmann
35.. Mauthausen Konzentrationslager - Terror und Mordwerkzeuge des deutschen Faschimsu

Wie jedes Projekt benötigen auch wir Finanzierung, denn Druck- und Portokosten wollen bezahlt werden, daher unser Ruf:

ABONNIEREN!

Lotta DURA erscheint vierteljährlich bundesweit im Eigenvertrieb und unter Mithilfe von dir.

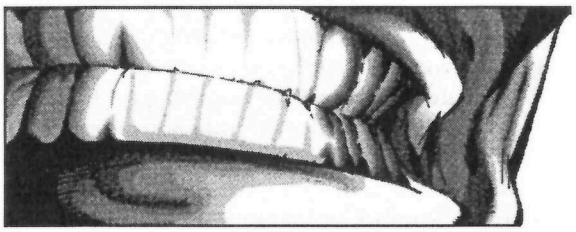
Der **EINZELVERKAUFSPREIS** beträgt **25 öS, 5 DM** bzw. **5 sfr.**
Ein **ABONNEMENT** kostet **100 öS, 20 DM** oder **20 sfr** inklusive Versandkosten und beinhaltet die Lieferung von 4 Nummern und verlängert sich nicht automatisch.

Ein **FÖRDERABONNEMENT** - für Personen, die sich´s leisten können oder wollen - umfaßt 4 Ausgaben und kostet ab **500 öS** (aufwärts ohne Limit).
SPENDEN sind natürlich auch willkommen und äußerst hilfreich.

Die **BEZAHLUNG** von bestellten Einzelnummern oder Abos erfolgt gegen Vorauskasse in bar oder in Briefmarken im doppelten Umschlag: Im ersten Umschlag, der mit **H. MADER** beschriftet ist, werden Banknoten oder Briefmarken, deine Adresse und Begehr verwahrt. Dieser wird dann in ein ausreichend frankiertes Kuvert mit Empfänger **AMERLINGHAUS, STIFTGASSE 8, 1070 WIEN** gesteckt und abgeschickt. Nur diese Vorgangsweise gewährleistet, daß wir zu unserem Geld und Du zu deiner **Lotta DURA** kommen.

HANDVERKAUF soll auch dazu beitragen, den Aktions- und Verbreitungsradius zu vergrößern, wobei für HandverkäuferInnen noch 5 öS pro verkauftem Exemplar heraussspringen. Wer interessiert ist, sollte in der obenbeschriebenen Form brieflich mit uns in Kontakt treten. ✔

ZÄHNE ZUSAMMEN-BEISSEN



Lotta DURA ABONNIEREN

NAME _____

ADRESSE _____

Ich möchte die **Lotta DURA**
ab Nummer _____ zum Preis von
☐ 100 öS im Abo (4 Ausgaben) oder
☐ 500 öS im Förderabo (4Ausgaben) beziehen und lege daher den Betrag in bar bei.
Bitte in Kuvert stecken und an
H. MADER
AMERLINGHAUS
STIFTGASSE 8
1070 WIEN schicken.

Von Oberwart

NACH EBERGASSING - DIE F-BEWEGUNG GEHT WIEDER IN DIE OFFENSIVE

DIE RECHTE SZENE UND MIT IHR VERWOBENE STAATSAPPARATE SPÜREN NACH DEN VORFÄLLEN IN EBERGASSING WIEDER AUFWIND: ES GELANG IHNEN NICHT NUR, ÖFFENTLICHEN DRUCK VON SICH ABZUWENDEN, SONDERN AUCH, DIESEN AUF EINEN "LINKSEXTREMISMUS" UMZULENKEN. DIE NIEDERLAGE DER RECHTEN IM "FALL EINEM" SOLL UNS NICHT DARÜBER HINWEGTÄUSCHEN, DASS DER MARSCH IN RICHTUNG "DRITTE REPUBLIK" AN RASANZ GEWONNEN HAT.

SCHREIBTISCHTÄTER

Die "Aula", seit 1951 erscheinende Monatszeitung der FREIHEITLICHEN AKADEMIKERVERBÄNDE, geriet nach den Morden von Oberwart ins Gerede: Ein schon in der März-Nummer 1994 publizierter Hetzartikel gegen die "Zigeuner" brachte dem Zentralorgan der (Burschenschafter-) Szene vorübergehend den Verlust der wohlwollenden Unterstützung Jörg **Haiders** und der öffentlichen Subventionen. Zu guter Letzt beschlagnahmten die in Sachen Oberwart ermittelnden Beamten am 6. März noch die AbonnentInnen-Datei des "freiheitlichen Magazins" aus Graz.

In der Ausgabe 3/94 geht Nikolaus v. **Preradovich** der Frage nach, wie "Zigeuner" nun zu nennen seien. Der "Aula"-Autor tritt dort gegen eine politisch korrekte Sprachregelung als Ausdruck von "Tugendterror" (Haider) an: "Warum sollte man ein Volk als Deutscher so nennen, wie dieses Volk sich selbst zu nennen beliebt?" Preradovich beschimpft daher als Deutscher die Roma und Sinti als "Zigeuner" und gibt den Kameraden volkskundlichen Einführungsunterricht über die "Minderheit indischer (!) Herkunft". Dabei referiert er zustimmend die rassistischen Ausfälle eines J. H. Schwickert aus dem Jahre 1883: "Volksstamm ohne eigentliche Heimat (...) ruhelos umherschweifend, ein wahres Nomadenvolk unter eigenen Stammeshäuptlingen (...) Ehrlichkeit gilt eben nicht als Glanzseite dieses Volkes, das man seit seinem ersten Auftreten als lügenhaft und diebisch bezeichnet. In der Tat entwickeln sie im Lügen und Stehlen eine große Virtuosität (...)" usw. usf.

Gegen den möglichen "Einwand", diese Charakterisierungen könnten "vielleicht nicht ganz dem letzten Wissensstand entsprechen", hält Preradovich: "Nachdem sich die Zigeuner zwischen 1417 und 1883 nicht verändert haben, ist es kaum anzunehmen, daß in den letzten 110 Jahren ein wesentlicher Wandel eingetreten sein könnte." Der völkische Historiker beendet seine Ausführungen in der "Aula" resümierend: "Die Zigeuner haben sich durch fast 6 Jahrhunderte nicht angepaßt. Sie sind offensichtlich zur `Integration´ minder geeignet." Das meint auch der terroristische Arm der Rechten - am Morgen des 5. Februars tötete eine Rohrbombe der BAJUWARISCHEN BEFREIUNGSARMEE (BBA) vier Burgenländische Roma.

Angesichts derartiger ideologischer Naheverhältnisse zwischen Biedermännern und Brandstiftern mußte nun sogar Haider im "profil"-Interview "mit aller Entschiedenheit" kurzzeitig auf Distanz zur "Aula" gehen (Nr. 7/13. 2. 95). Als die "Aula" im September 1991 ihr 40jähriges Erscheinen feierte, war von solchen Pflichtübungen noch nichts zu merken. Ganz im Gegenteil: Haider zollte dem "freiheitlichen Magazin", das plötzlich nichts mehr mit gleichnamigen Bewegung zu tun haben soll, Dankbarkeit für die Verdienste um seine Obmann-Kür und reihte sich unter die Gratulanten. Dort traf er sich u.a. mit seinem späteren Verleger **Fleissner**, dem nunmehrigen "Republikaner"-Vorsitzenden **Schlierer**, dem Vorsitzenden der ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DEMOKRATISCHE POLITIK (AFP) **Ludwig** und dem 1992 verstorbenen NS-Promi Norbert **Burger**. Burger, Gründer jener 1988 verbotenen NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI (NDP), welcher auch der "Aula"-Schriftleiter und "Brixia"-Burschenschafter Herwig **Nachtmann** als Funktionär zu Diensten war, bezeichnet in seiner Grußbotschaft die "Aula" treffend als "geistige Speerspitze des nationalen Lagers".

Nach der öffentlichen Distanzierung des einst als "Eisbrecher" gefeierten F-Obmanns konnten sich endlich auch die Steirischen Landespolitiker aus VP und F zu einer Streichung der Subventionen für das rechtsextreme Blatt durchringen. Schnellebige Zeit: Als die "Aula" im Juli 1994 das Treiben des Holocaust-Leugners und Ingenieurkämmerers Walter **Lüftl** "zu einem Meilenstein auf dem Weg zur Wahrheit" erklärte, begann zwar die Staatsanwaltschaft zu ermitteln, doch die VP/F-Allianz stemmte sich mit dem Verweis auf die "Pressevielfalt" noch gegen eine Streichung der Landesgelder. Wahrscheinlich erleichterte Haiders "bester Mann in der Regierung" das kollektive Abrücken von der "Aula": Am 7. März erklärte **Löschnak** auf einer Pressekonferenz zum Ermittlungsstand in Sachen Terror der Nazis, diese "dürften Zeitschriften mit deutsch-nationaler Ausrichtung wie z.B. `Aula´, `Das Grenzland ruft´, `Sieg´ und/oder `Nation´ regelmäßig lesen und/oder abonniert haben." Das Landesgericht Eisenstadt wird in seinem Hausdurchsuchungs-/Beschlagnahmebefehl (datiert mit 2. März) noch deutlicher: "Im Zuge der Ermittlungen in gegenständlicher Strafsache (Mordanschlag von Oberwart, Anm.) wurde festgestellt, daß die Verfasser der Bekenner-

schreiben wesentliche Elemente der Zeitschrift `AULA´ entnommen haben dürften. (...) Es muß daher davon ausgegangen werden, daß die Täterschaft in akademischen Kreisen, möglicherweise in einer Burschenschaft, zu suchen ist und diejenigen Personen Bezieher der `AULA´ sind."

Volltreffer: Gleich der bis dato unbestrittenen Führerpersönlichkeit des "nationalen Lagers", Jörg Haider, hat dessen publizistische "Speerspitze" seit jeher Mühe, sich von militanten Nazis abzusetzen. Erschwerend kommt bei der "Aula" die Tatsache hinzu, daß ihr "Schriftleiter" Nachtmann selbst im Südtirolterror der Burger-Schule mitmischte. Erst Ende vergangen Jahres teilte der Bozener Voruntersuchungsrichter Mori den "Freiheitskämpfern" mit, daß gegen sie auch in Sachen Ein Tirol-Terror der 80er Jahre ermittelt wird. Neben Nachtmann und dem Linzer Helmut **Golowitsch** interessiert sich die italienische Justiz auch für Erhard **Hartung** und Peter **Kienesberger**. Die beiden letztgenannten Rechtsextremisten, die in Italien noch eine lebenslange Haftstrafe wegen mehrfachen Mordes abzusitzen hätten, betreiben in Nürnberg eine Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer und die "Bumser"-Postille "Der Tiroler". Wie sehr diese Terroristen-Seilschaft heute noch gemeinsame Sache macht, zeigte sich auch rund um deren "Freiheitskommers" in Innsbruck: Als Gemeinschaftsproduktion von "Aula" und "Der Tiroler" erschien unlängst eine 80 seitige Anti-Antifa-Broschüre über die "Hintermänner" der Gegendemonstration im Oktober 1994.

Gegenüber aktuellen Formen rechten Terrors zeigt man sich in der "Aula" reservierter. Zwar erklärt Nachtmann die Pogrome von "Rostock und anderwärts" zum "Ausdruck der aufgestauten Wut der Einheimischen gegenüber den Mißständen im Zusammenhang mit den massenhaften Zuwanderungen" (9/92). Und der "Krone"-Kolumnist Ingomar **Pust** beklagt, daß "gesunde, natürliche Abwehr gegen Überfremdung (...) als `Fremdenhaß´ verdammt (wird)" (7-8/93). Die Küssels werden aber als "Operetten-Neonazis" verharmlost, deren Treiben dem eigenen nur schade: "Staatspolizei und die etablierte Linksschickeria (...) sind offenbar hierzulande eifrigst bemüht, braune Zombies aus der Retorte zu produzieren, um die eigene Existenz als antifaschistische Hüter der Demokratie zu legitimieren. (...) Tatsache ist ja, daß hierzulande der ursprünglich hauchdünne ultrarechte Narrensaum der Gesellschaft durch die innenpolitische Instrumentalisierung als Kampfmittel gegen die erfolgreiche Mitte-Rechts-Bewegung um Jörg Haider zu einem Medien-Zombie hochgeblasen wird" (2/94).

Mit dem Bekanntwerden der Preradovich-Hetze gegen Roma und Sinti schien nun die Aufteilung des "nationalen Lagers" in "Leute mit gutbürgerlicher heimat- und volkstumsbewußter Gesinnung" und "Verbrecher" (1/93) endlich in sich zusammenzufallen. Doch dann fand man die Toten in Ebergassing, aber der Reihe nach.

AULA-Karikatur

"Nazis, Spießer und linke Gefahr"

Nazionale Rechtshilfe

Zunächst wurden die "freiheitlichen Akademiker" von Existenzängsten befallen: als "Stachel im Fleisch des heimischen Opportunismus" sei die "Aula" ein Opfer der "Hexenjagd" geworden, von "allzu anpassungswillige(n) Kräfte(n) im schnellwüchsigen Lager der Neofreiheitlichen" mit der Justiz und den "Antifaschisten im Lande" (3/95) alleingelassen. Angesichts des kurzfristigen Abrükkens Haiders von seinen akademischen Nazis könnte deren "angestammtes Volkstum endgültig kriminalisiert und in den Untergrund gedrängt werden."

Nun war mann auch in der "Aula" endlich bereit, die Morde von Oberwart der Neonazi-Szene zuzurechnen. Ein Vinzenz **Eschlauer** - hinter dem sich der demontierte F-Chefideologe Andreas **Mölzer** verbergen dürfte - muß in der März-Ausgabe zugeben:

"Der oder die Täter motivieren ihre Bluttat mit Fremdenfeindlichkeit und ge- bzw. mißbrauchen dazu scheinbar deutschnationale Terminologie." Der Täter könnte "in seiner Biographie Berührungspunkte (...) mit dem nationalen Bereich" aufweisen, fühle sich aber von die-

sem "mißverstanden und schlecht behandelt" und wolle ihm daher durch den Terror - für den wieder Geheimdienste mitverantwortlich gemacht werden - schaden. In der bekannten, unerträglichen Täter-Opfer-Umkehr vergleichen sich die verfolgten Deutschtumsbekenner mit Roma und Sinti: "Wenn der deutschbewußte Österreicher etwa seit Jahrzehnten hierzulande soziale und konkret politische Diskriminierung, ja gar Kriminalisierung, hinnehmen muß, so kann er in der Übersteigerung dieser Ausgrenzung den Weg bis hin zum politischen Mord an jenem Mitbürger sehen, der sich einer bestimmten ethnisch-kulturellen, eben nationalen, Gruppe zugehörig fühlt." Eschlauer nennt den Preradovich-Beitrag in der "Aula" zwar "überaus bedauerlich", heischt aber gleichzeitig Verständnis für die "harten Aussagen über das Sozialverhalten der `Zigeuner´ und ihre offenbare Nichtintegrierbarkeit". Denn der Autor lebe ja in Norddeutschland, "wo in den vergangenen Jahren über Polen die Zuwanderung, häufig auch illegale Zuwanderung, einer überaus großen Anzahl von Roma und Sinti aus Rumänien erfolgte und sich daraus ein soziales Problem von großer Sprengkraft für die autochtone Bevölkerung ergeben hat." Die Freiheit, die meint, Menschen entlang rassistischer Kategorien einzuteilen, wollen sich die "Aula"-Recken nach Oberwart nicht nehmen lassen. Auch wenn sie todbringend ist, "eine publizistische oder gar wissenschaftliche Diskussion über die Kultur und das Sozialverhalten von Roma und Sinti (darf) nicht verhindert werden".

Andreas Mölzer

Schließlich verlangt Eschlauer von Haider die Erneuerung der historischen Schutzfunktion der FREIHEITLICHEN gegenüber dem gesamten "dritten Lager", das - schon wieder Opfer - durch den Nazi-Terror "destabilisiert" werde. Haider, zwar selbst Opfer des "linke(n) Tugendterrors(s)", zeigte sich in seiner Parlamentsrede zum Oberwarter Mordanschlag "politisch absolut angepaßt" und ließ "im Zuge einer wohl taktisch gemeinten Frontbegradigung die AULA" fallen. Eschlauer erklärt dies mit dem "Phänomen, daß sich die Ausgegrenzten gegenseitig ausgrenzen" und warnt davor, "daß die wichtigen und richtigen Distanzierungen, die die freiheitliche Parteiführung gegenüber dem Narrensaum am ultrarechten Rand, gegenüber gewaltbereitem Extremismus und gegenüber Sektierertum zu treffen hat, zunehmend (...) erzwungen werden." No na, freiwillig wird die F-Spitze von ihrem neonazistischen "Rand" abrücken. Aber angesichts der personellen wie inhaltlichen Überschneidungen kann Haider tatsächlich nicht vor einem Mölzer haltmachen, wenn er bei einem **Küssel** beginnt: "Wenn man damit (mit dem Distanzieren, Anm.) einmal anfängt, ist ein Ende schwer abzusehen." Dem gegenüber gibt Eschlauer Haider den wohlmeinenden Rat, nicht zu glauben, "sich zu entlasten, wenn er die exponiertesten Vorposten (Küssel?, Mölzer?, Anm.) aufgibt".

Schon nach den ersten Briefbomben vom Dezember 1993 riefen die "exponiertesten Vorposten" des Dritten Lagers einen "Rechtshilfe-Fonds" ins Leben, mit welchem sie sich gegen die "ungeheuerlichen Diffamierungen des deutsch-bewußten Lagers in Österreich" wehren wollen - nun "auch gerichtlich", wie sie betonen. Um weitere Schritte gegen "linken Tugendterror" und polizeiliche Untersuchungen abzusprechen, trafen sich am 28. März in Wien "Vertreter von mehr als 30 Korporationen". Die Burschenschafter verabschiedeten eine Resolution, in der sie sich vom Oberwarter Anschlag distanzierten und gegen die Ermittlungen in ihrem Milieu protestierten. Schließlich schickte mann noch eine hochkarätige Delegation unter der Führung von Gerulf **Stix** zu Justizminister **Michalek**. Stix, der als Vorsitzender des FREIHEITLICHEN AKADEMIKERVERBANDES Tirol und Recke im VERBAND DEUTSCHER STUDENTEN schon den glücklosen Organisatoren des "Gesamt-Tiroler-Freiheitskommers" vom Oktober 1994 als "väterlicher Freund" zur Seite gestanden ist, berichtet in der "Aula" 5/95 vom "fast einstündigen Gespräch" mit dem Minister. Stix, ein "rechtsliberaler Demokrat" (Eigenbezeichnung), freut sich dort über die "gleichermaßen sachlich-faire(n) wie freundliche(n) Atmosphäre" des Austausches, als dessen Resultat er eine "gesteigerte Sensibilität" bei Michalek bezüglich der vorgebrachten Anliegen feststellen konnte.

Mehr noch als des Ministers "Sensibilität" kam den Rechten der "grün-anarchistische Terror" (VP-Clubchef **Khol**) zu Hilfe: nach Ebergassing rückte ein "Spinnennetz des linken Terrors" ("Neue Kronen Zeitung", 7. Mai) ins Zentrum des medialen Interesses, konnte die rechtsextreme Szene endlich mal wieder durchatmen und Jörg Haider beweisen, daß die "Frontbegradigung" tatsächlich nur "taktisch gemeint" war.

LINKSEXTREME BBA?

Nun erfuhr die alte These, wonach der ganze Terror von den Linken gesetzt werde, um den Rechten zu schaden, enormen Auftrieb. Im Rückgriff auf die Erkenntnisse der bürgerlichen Medien - auch "Der Standard" sah eine Ähnlichkeit zwischen Peter K. und dem Phantombild zum Anschlag auf die zweisprachige Schule in Klagenfurt/Celovec! - wurden die ganzen braunen Verschwörungszenarien wieder aufgewärmt. Diese bekamen schon im März neue Munition, als der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Michael **Sika**, dem F-Parlamentarier Hans **Pretterebner** für dessen Monatsblättchen "TOP" Rede und Antwort stand. Aus dem Interview, das im ganzen NS-Blätterwald zitiert wurde: "TOP: Fürchten sie nicht, daß sie bisher im falschen mutmaßlichen Täterkreis ermittelt haben? Sika: Ja, uns läßt die Vorstellung nicht los, daß wir in der falschen Etage sind. Ich fürchte, daß wir bis jetzt in einer Etage waren, wo es den Täter gar nicht gibt. (...)

Sika: Um es ehrlich zu sagen: Wir würden einen derartigen Druck erzeugen, wenn wir sagen, wir glauben gar nicht, daß das Neonazis waren (...) TOP: Schließen sie aus, daß die Terroranschläge dazu dienen könnten, bewußt eine politische Gruppierung zu diskreditieren, weil sie mit demokratischen Methoden offensichtlich nicht zu stoppen ist? Sika: Man kann leider überhaupt nichts ausschließen." (Nr.3/95)

Be- und Verstärkt durch den höchsten Bullen der Republik, läßt es sich munter titeln: "Bomben gegen Haider?" Die auf wüsteste Verschwörungsszenarien spezialisierte "Kritische Studenten-Zeitung" (KSZ) des ex-ANR-Kaders Peter **Franke** in ihrer Mai-Ausgabe weiter: "Tatsächlich nützen die widerlichen Terroraktionen - von den Briefbomben bis zur Bombe von Oberwart - ausschließlich der Linken. Gibt es ihr doch die Möglichkeit, den üblichen Tugendterror (`political correctness´) bis zum Denkverbot zu verschärfen, und medialen Druck auf unsere Exekutive auszuüben. Außerdem will man ein Klima schaffen, daß (sic!) den immer stärker werdenden Widerstand der Bevölkerung gegen Internationalismus und Multikultur desavouiert und die laufenden Wahlsiege Haiders endlich stoppen soll..." (Nr.51/95)

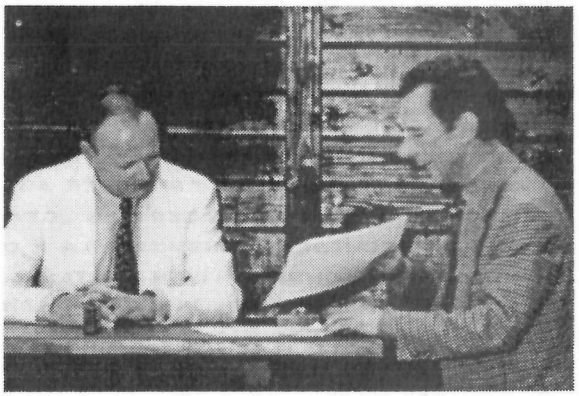
In der Welt der KRITISCHEN STUDENTEN agieren die "Linken" gemeinsam mit den ihnen bekanntlich freundschaftlich verbundenen "Geheimdiensten", der europäischen "Industrietafelrunde (ERT)" und der "Rothschildgruppe" gegen die F. Die KSZ kennt natürlich auch den "Plan von Ebergassing": "Was wäre passiert, wenn der perfide Plan der Neokommunisten geglückt wäre, wenn - wie sicherlich geplant - die linksextremen Bomben am 20. April (Hitlergeburtstag) explodiert wären. Alles was in Österreich Rang und Namen hat, hätte zur Jagd auf Rechtsextreme geblasen. Mindestens 500 Hausdurchsuchungen, rücksichtslose Kriminalisierung aller nichtlinken Österreicher nach dem Motto `wer Neonazi ist bestimmen die Internationalisten´ wäre losgebrochen." Die KSZ bleibt zwar die Erklärung schuldig, warum sich zwei vorgebliche "Neokommunisten" ganze neun (!) Tage vor dem angeblichen Anschlagsdatum in die Luft sprengen sollten, legen jedoch in dankenswerter Offenheit dar, welche Funktion dem "versuchte(n) Sprengstoffanschlag auf die Stromautobahn" zukommt: "Warum gibt es angesichts der stalinistischen Verbrechen in der Vergangenheit und angesichts des notorischen Linksterrorismus kein Gesetz gegen kommunistische Wiederbetätigung? Kommunistische Wiederbetätigung ist genauso mit allen Mitteln zu bekämpfen wie jede andere Form der Gewalt!"

Auch die erleichterte "Aula" geht von einer geplanten "Zündung am 20. April" aus, muß sie doch Oberwart in Ebergassing und beides bei den "linken Systemerhaltern" behaupten. Denn diesen gehe es "in erster Linie darum, nachzuweisen, daß die `braune Gefahr´ wieder auferstanden ist und Demokratie und Menschlichkeit bedroht. Um diesen Nachweis führen zu können, greift man zu allen nur denkbaren Mitteln. Offenbar auch zur Sprengung von Strommasten." (5/95) Andreas Mölzer geht - diesmal als F.X. **Seltsam** - aufs Ganze und formuliert die Gewißheit als Frage: "Die `Bajuwarische Befreiungsarmee´ mußte eine Phantomorganisation bleiben, sie konnte es nicht sein, es sei denn, die beiden Autonomen wären Gründungsmitglieder dieser ominösen BBA." (ebd.)

Wenn der Glauben an eine linke Urheberschaft von Oberwart abwärts auch auf Nazi-Szene und "Neue Kronen Zeitung" beschränkt bleibt, die Legende von der Bedrohung durch einen eigenständigen "Linksterrorismus" kann heute als gesellschaftlich akzeptiert angesehen werden.

ANTIFASCHISMUSVORWURF

F-Führer Haider präsentierte auf einer Pressekonferenz unter dem Titel "Das Netz. Wer sind die wahren geistigen Väter des Terrors?" "ein auf Behörden-Informationen basierendes Diagramm" (NFZ Nr. 17/26. April 95). Dort werden "Verbindungen" der beiden Toten von Ebergassing "über Grüne und KPÖ bis hin zur SPÖ, dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und SOS-Mitmensch" behauptet. Zu Gruppen bzw. Parteien also, die v.a. eines gemeinsam haben: sie engagieren sich - mit unterschiedlicher Zielsetzung und



VP-Obmann Khol zu "F-Aufdecker" Pretterebner: "Haider ist absolut kein Faschist." (TOP 4-6/Juni 95)

Vehemenz - gegen Neofaschismus und somit gegen die FREIHEITLICHEN. Da es nun ein von Nazis gefordertes Gesetz gegen "kommunistische Wiederbetätigung" nicht gibt, Antifaschismus noch nicht strafbar ist, wird die GegnerInnenschaft zur "Dritten Republik" mit dem Vorwurf des Terrorismus bedacht. Haiders "Absicht" sei es, "klarzumachen, in welchem Dunstkreis sich manche politische Akteure, die sich als Superdemokraten aufspielen, bewegen und daß sie nun einen Erklärungsbedarf haben."

Die neue Qualität des Anti-Antifaschismus liegt nach Ebergassing v.a. darin, wo er vorgetragen wird. Enthüllungen über ein "linkes Netz" Marke AFP oder **Hobek** finden sich heute - zum Teil wortgleich - in den bürgerlichen Medien, der Kampf der Neonazis gegen den "Rotfront- und Anarchoterror" wird von VP-Ultras wie Khol aufgenommen, die Entlarvung einer angeblichen "Finanzierung" linker Opposition zum Volks-(vertreter)sport. ●

Quellen:
Volksstimme 13/95, APA,
div. Tageszeitungen

Anti-Antifa

„Vom grünen und vom roten Terror“

Anti-Antifa ist ein relativ neuer Kampfbegriff der rechtsextremen Szene und meint die Sammlung/Veröffentlichung von Informationen über politische GegnerInnen sowie deren terroristische Bekämpfung. Dabei handelt es sich um ein Bündnisthema, mit dem nicht nur die Neonazi-Szene gegen den gemeinsamen Feind zusammenrückt, sondern es dieser auch gelingt, Brücken ins Lager des „demokratischen“ Rechtsextremismus a la F oder Reps und zu konservativen Parteien zu schlagen. „Recht und Ordnung“ bzw. die modernere „Innere Sicherheit“ sind die ideologischen Muster, nach denen diese Bündnisse gestrickt sind.

Die Interessensgleichheit mit Teilen des Repressionsapparates eröffnet den Rechten darüber hinaus die Möglichkeit, im Kampf gegen politische GegnerInnen auf die Unterstützung der Polizei zurückgreifen zu können. Beispielhaft drückt sich diese Zusammenarbeit gegen „links“ in einem Flugblatt der Wiener Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten (NS) vom Mai 1993 aus: „Wenn man weiß, daß diese `Rechtsextremisten´ immerhin für Recht und Ordnung, für den Schutz der inländischen Bevölkerung und überhaupt für eine Stärkung der Exekutive eintreten, dann wird die Nervosität der OK („organisierte Kriminalität“, Anm.) und der mit ihr verfilzten Regierung verständlich.“

„Enttarnt die Inländerfeinde!“

Da der Terror gegen Linke so alt ist wie der Faschismus, scheint es wenig angebracht, von Anti-Antifa als neuer Linie zu sprechen. Das gilt auch für den Neofaschismus: Bereits in den 50er Jahren griffen Neonazis KPÖ-Lokale an und terrorisierten exponierte Antifas v.a. an den Unis. Systematisiert und organisiert tritt der Terror gegen politische GegnerInnen jedoch erst in den 80er Jahren in Erscheinung: Im Jänner 1982 veröffentlichte der „Österreichische Beobachter“ die Namen und Adressen von 114 Personen/Institutionen aus dem jüdischen/demokratischen Milieu und die Bomben folgten unmittelbar darauf. Insgesamt acht Anschläge auf Personen, die allesamt im „Österreichischen Beobachter“ zu finden waren, wurden 1983/84 im Prozeß gegen den deutschen Ekkehard **Weil** verhandelt. Wenn auch dieser als „Einzeltäter“ durchging, so mußten sich einige mitangeklagten Kader der Aktion Neue Rechte (ANR) zumindest der NS-Wiederbetätigung überführen lassen. Im sog. ANR-Prozeß tauchten auch penibel geführte „Feindlisten“ der Neonazis auf. Bezeichnenderweise arbeitete die Staatspolizei mit den beschlagnahmten Informationen weiter, wie 1990 im Zuge des „Stapo-Skandals“ bekannt wurde. In der Regel lauft der Info-Fluß jedoch umgekehrt: Erst unlängst sickerte durch, daß die Freiheitlichen im Besitz von Adressen sind, welche die Polizei bei einer Hausdurchsuchung im autonomen EKH beschlagnahmt hatte (Der Standard 1. 6. 95).

Wenn also der Terror gegen AntifaschistInnen grundsätzlich keine Neuigkeit darstellt, so wird doch mit dem Auftauchen des Begriffes Anti-Antifa zu Beginn der 90er Jahre der Kampf gegen „zunehmenden Rotfront- und Anarchoterror“ („Der Einblick“) explizit zu einem Hauptbestandteil neonazistischer Aktivitäten. V.a. in der BRD reagieren die Faschos damit auf Erfolge der Antifa. Ausgangspunkt der Anti-Antifa, deren Beginn als europaweite Kampagne mit dem Jahr 1992 festzumachen ist, stellt eine ideologische Feindbestimmung dar. Mit dieser antwortet die Rechte zunächst aber weniger auf den Druck, der ihr durch das Engagement der Antifa erwächst, als daß sie eine Bedrohung des Gemeinwesens durch „Inländerfeinde und Vermischungsrassisten“ strapaziert. Die GegnerInnen der Rechten werden nun zu denen aller „Inländer“ erklärt, Anti-Antifa wird zum integralen Bestandteil der rassistischen Hetze. So finden sich auf den vielzitierten „Feindlisten“ nicht bloß exponierte Linke, sondern auch VertreterInnen des liberalen bzw. christlich-humanistischen Spektrums. So gingen die Briefbomben vom Dezember 1993 „an die sattsam bekannten Ausländerfreunde Zilk, Meixner, Schüller und Co.“ (Die Republikaner Nr. 22/März 1995)

Die Wiener Splittergruppe Liste Kritischer Studenten beschreibt ihre diesbezüglich Arbeit im Sommer 1992 wiefolgt: „Im Inland beobachten wir vor allem die Aktivitäten der Grünkommunisten, der multikulturellen Inländerfeinde und Vermischungsrassisten. (...) Ganz besonders interessieren uns auch die Namen von inländerfeindlich agierenden Personen und Institutionen in Österreich. (...) Wir werden daher in unserem nächsten Buch ein Register der Vermischungsrassisten und Inländerfeinde veröffentlichen, um solchen Personen zu einem hohen Bekanntheitsgrad zu verhelfen.“

Dieses Interesse zeigt auch die Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP), die in ihren „Kommentaren zum Zeitgeschehen“ regelmäßig aufruft: „Senden sie uns auch Adressen lokaler Bonzen, Parasiten und Gesinnungsterroristen. Die sollen sehen, daß es WIDERSTAND gibt.“ Um den „Widerstand“ voranzutreiben, werden diese Adressen von der AFP natürlich auch veröffentlicht. Anfang 1993 trat die AFP mit einem Flugblatt über den „Terror von links“ an die Öffentlichkeit, welches das offizielle F-Parteiblatt „Neue Freie Zeitung“ (31. 3. 1993)

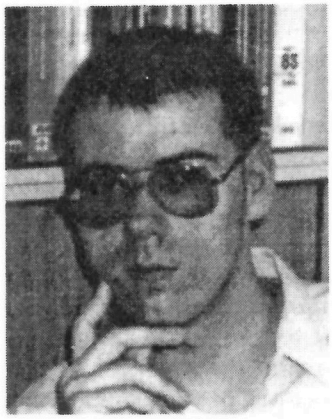
beinahe wortgleich abdruckte. (Auf die Lügen und verschwörungstheoretischen Versatzstücke der Anti-Antifa soll hier und im folgenden nicht eingegangen werden!) Im Mai dieses Jahres reichte die AFP nun eine Broschüre mit dem Titel „Vom grünen und vom roten Terror" nach. Darin finden sich „Ausschnitte, eine Collage, aus Bergen einschlägiger linker, linksradikaler und linksextremistischer Publikationen". Der AFP, in deren „Trenck-Heim" Anfang 1992 eine gleichnamige Wehrsportgruppe aufgeflogen war, ist zu glauben, wenn sie droht: „Und wir huldigen auch nicht der schönen, aber utopischen Forderung, die linke Bakke hinzuhalten, wenn man uns auf die rechte schlägt."

Mit „Blick nach links" betiteln die „fakten" ihre Anti-Antifa-Rubrik. In der Ausgabe 15/92 findet sich ein Artikel über das „rote Wien", in dem die Neonazis um Herausgeber Horst Jakob **Rosenkranz** „linksextremistische Umtriebe" enthüllen. Das Sammeln von Informationen über „militante Inländerfeinde" war geradezu eine Passion von Franz **Radl** Jr., der heute als mutmaßlicher Briefbombenterrorist im Gefängnis auf seinen Prozeß wartet. 1990 versuchte Radl gemeinsam mit Rosenkranz und Gerd **Honsik**, als LISTE NEIN ZUR AUSLÄNDERFLUT bei den Wiener Gemeinderatswahlen zu punkten, was den Recken jedoch dank NS-Verbotsgesetzt verunmöglicht wurde. Radls Burschenschafter- und VAPO-Kameraden Kurt **Hofinger** und Alois **Desch** (alle „Teutonia", Wien) verstärkten 1990 den Trägerverein der „fakten".

Die als „Aula"-Jungfaschoblatt vierteljährlich erscheinende „Identität" hat die „fakten"-Recherche in ihrer Ausgabe 2/92 wortgleich aufgenommen und ausgebaut. Dafür dürfte der F-Bezirksrat und erfolglose Hochschulpolitiker, Martin **Hobek**, verantwortlich zeichnen. Hobek kennt Radl aus den gemeinsamen Zeiten in der PLATTFORM SIEGFRIEDSKOPF, auch sonst weist die „Identität" als Organ der FREIHEITLICHEN STUDENTEN und Burschenschafter innige Kontakte zu den „fakten" auf. Gleich der AFP und den „fakten" enthält auch die „Identität" den Kameraden Namen/Adressen der politischen GegnerInnen natürlich nicht vor.

Im Frühjahr 1994 erschienen darüber hinaus mit einiger Verspätung Hobeks gesammelte Einsichten in die gegnerische „Szene", Schwerpunkt „grün-anarchistischer Terror" (VP-Clubchef **Khol**), als Buch beim FREIHEITLICHEN BILDUNGSWERK: „Molotow-Müsli. Die marxistische Vergangenheit und Gegenwart der `Grün-Alternativen´" geriet zum vielzitierten Bestseller in der völkischen Szene und - nach Ebergassing - zur Abschreibvorlage der bürgerlichen Journaille.

„Freiheitliche" Studenten und Akademiker reagierten auf die erfolgreiche antifaschistische Mobilisierung gegen ihren „Gesamt-Tiroler Freiheitskommers" vom Oktober 1994 in Innsbruck ebenfalls in Anti-Antifa-Manier: Mit einer fast 80seitigen Broschüre, die Anfang dieses Jahres als „Aula" bzw. „Der Tiroler" erschienen ist, wollen die glücklosen Jungnazis „warnen vor dem Druck einer Krawallszene". Dazu müssen sie das Entstehen der „antifaschistischen Volksfront" beschreiben, die „in Fortsetzung der Tradition der inländerfeindlichen Lichterketten" gegen das Nazi-Treffen „Ampelkoalition" geprobt habe. Name und Fotos der für die Antifa-Demo polizeilich verantwortlichen Personen und anderer AntifaschistInnen, die im Zusammenhang mit der Gegenmobilisierung mehr oder weniger offen in Erscheinung getreten sind, dürfen natürlich genausowenig fehlen wie der obligate Bericht über Organisierung und Finanzierung des „roten Netzes". Im „Aufruf an unsere Leser" sickert die



Martin Hobek

Ideologie des Anti-Antifaschismus durch, darum lassen wir abschließend und zusammenfassend die verfolgten Burschenschafter in ihrer Weinerlichkeit sprechen: „Seit dem Niedergang und Scheitern der marxistischen Ideologie wurde der sogenannte `Antifaschismus´ als Klammer für die Machterhaltung für die marxistischen Kreise erfunden. Der Vorwurf des `Faschismus´ kann leicht erhoben werden gegen Gruppierungen, die dem Neomarxismus Widerstand leisten. Ein solcher Vorwurf wird vielfach ungeprüft auch von Bürgerlichen und Sozialdemokraten als Faktum genommen." ●

Antifaschistisches INFO BLATT

Das Antifaschistische Infoblatt gibt es seit '87. Es erscheint alle 2-3 Monate bundesweit mit ca. 60 Seiten. Schwerpunkte sind:

- Entwicklungen und Aktivitäten der Neonazis in der BRD und international
- Entlarvung und Veröffentlichung ihrer FührerInnen
- Neue Rechte und Braunzone
- Antifaschistische Aktivitäten in der BRD und international
- Repression gegen Antifas
- Dokumentation von, und Beteiligung an Diskussionen über Antifaarbeit
- Rassismus, Nationalismus und Sexismus in der Gesellschaft

Das Antifa Info ist Arbeitsgrundlage für antifaschistische Aktivitäten von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen.
Es ist eine nichkommerzielle Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

Ihr könnt das Antifa Info für 5.-DM + 2.-DM Porto bestellen.
Ein Abo über 5 Ausgaben kostet 30.-DM.

Antifa Infoblatt
c/o L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Quellen:
Antifaschistische Nachrichten 1/Herbst 1994,
Widerstand und Solidarität April '94

Freiheitliche MACHEN ERNST

CHRONIK EINES ANGEKÜNDIGTEN TODES

FÜR DEN WIENER JOURNALISTEN UND BUCHAUTOR WOLFGANG PURTSCHELLER, EINEM „DER RENOMMIERTESTEN VERTRETER IM KAMPF GEGEN DIE FREIHEITLICHEN" (NFZ NR. 1 7/95), GEHÖREN DROHUNGEN SEIT JEHER ZUM ALLTAG. MIT DEN ERFOLGEN JÖRG HAIDERS STIEG ABER NICHT NUR DIE ANZAHL DER ZUGESTELLTEN TODESURTEILE UND BESCHIMPFUNGEN, SONDERN AUCH DAS SELBSTBEWUSSTSEIN DER ABSENDER: NUR MEHR OFFENE MORDDROHUNGEN LASSEN HEUTE DEREN NAMEN UND ADRESSE MISSEN.

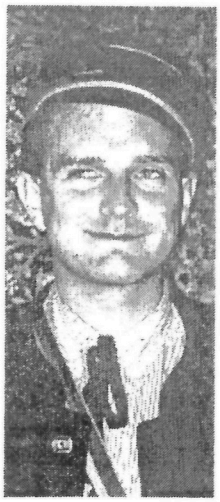
Mit den Bomben der BAJUWARISCHEN BEFREIUNGSARMEE nahmen die Drohungen nun auch in qualitativer Hinsicht zu: Im Bekennerschreiben zu den Anschlägen in Oberwart und Stinatz findet der „unsägliche Herr Purtscheller" (Andreas **Mölzer**) Erwähnung, wodurch er als Ziel künftiger terroristischer Angriffe öffentlich festgemacht wurde. Das Innenministerium reagierte auf seine Art und bot dem Journalisten eine „kostenlose Sicherheitsberatung" an.

Schließlich dürften am 6. April die Neonazis zur Tat geschritten sein: In Ried im Innkreis wurde Raimund F. (37) vermutlich Opfer einer tödlichen Verwechslung. Ohne erkennbares Motiv wurde der Rieder auf offener Straße erschossen, als er ein Lokal verließ, das unmittelbar zuvor Purtscheller nach einem Vortrag bei der örtlichen Antifa betreten hatte. Der Tatort liegt nicht nur vor Purtschellers Hotel, sondern auch vor der Bude der Mittelschüler-Burschenschaft GERMANIA, in der sich der F-Landesobmann Hans **Achatz** samt Stammhalter engagiert. Diese geben dort u.a. Karl **Polacek** die Klinke in die Hand: der 60jährige ex-Führer der unlängst verbotenen FREIHEITLICHEN ARBEITERPARTEI (FAP) in Niedersachsen treibt sich seit seiner Ausweisung aus der BRD Anfang 1992 in der Gegend zwischen Salzburg und Braunau rum und schaut öfters bei der GERMANIA vorbei. Sonst kümmert sich der vorbestrafte Gewalttäter - er griff ein deutsche Antifaschistin mit einer Axt an - um den glatzerten Nachwuchs und gibt den „Braunauer Ausguck" heraus. „In Aktion", das Blatt der NF-Nachfolgetruppe DIREKTE AKTION MITTELDEUTSCHLAND, weiß über Polacek zu berichten, „über ihn (können) auch die in Bosnien kämpfenden Kameraden gegrüßt werden" (2. Jg, 2/94). Gerade Neonazis aus der Salzburger Gegend kommen den Aufrufen zum „Volkstums-Kampf" in ex-Jugoslawien regelmäßig und gerne nach.

Nun kennen die Behörden jene Pistole, mit der Raimund F. erschossen wurde - es handelt sich um eine „Crvena Zastava", 9 mm, mit Ursprungsland Jugoslawien. Daher konzentrieren sie sich bei ihrer Suche nach einem vermeintlichen Raubmörder auf das jugoslawische „Gastarbeitermilieu". Das neonazistische Söldnermilieu blieb bis dato unbeachtet.

Die GERMANIA sah es nicht gerne, dennoch in einigen Medienberichten zum Mordfall erwähnt zu werden und reagierte mit einem Flugblatt an alle Rieder Haushalte: „Wie mehrere Anfragen unsererseits bei der Sicherheitsdirektion zeigten, waren sämtliche Angriffe uns gegenüber aus der Luft gegriffen, es gab weder Recherchen noch Ermittlungen." Tatsächlich mußten die germanischen Recken die Behauptung, ihre Bude sei zum Zeitpunkt des Mordes verwaist gewesen, revidieren. Hatten doch ZeugInnen Gegenteiliges ausgesagt: Pünktlich zum Eintreffen von Polizei und Rettung betätigte jemand den Lichtschalter auf der GERMANIA-Bude. Ebenfalls nicht „aus der Luft gegriffen" ist die Behauptung eines notorischen Faibles der Burschenschafter für Waffen aller Art: Ihr Wiener Dachverband veranstaltete bspw. erst am 15. März ein „WKR-Pistolenschießen im Keller der Familie Springer".

Ein Exponent der örtlichen Szene, die im Flugblatt von sich behautet, „jeglichen Terror und politischen Extremismus" abzulehnen, berichtet am 5. Mai im deutschen Trendnaziblatt „Junge Freiheit" über die „Gespenster des Journalisten Wolfgang P.". Der GERMANIA/BRIXIA-Burschenschafter Franz **Watschinger**, dem Milieu des Südtirolterrorismus und Neonazismus allein über die familiäre Sozialisation innigst verbunden, erkennt dort bei Purtscheller eine „aggressive Persönlichkeitsstruktur" (JF, 18/95). Watschinger weiß weiters über den „Meinungsführer und Fachmann unserer gegnerischen Masse von Nepuchanten", er instrumentalisiere „einen tragischen Mordfall in Ried im Innkreis: das Opfer sähe ihm ähnlich, Rechtsradikale hätten ihn verwechselt und den falschen erschossen. Offensichtlich braucht die Linke bereits einen Märtyrer, um sich noch motivieren zu können." (ebd.)



Franz Watschinger

In dieselbe Kerbe schlägt JF-Kamerad Jürgen **Hatzenbichler**. Der Klagenfurter (N)F-Recke meint in der „Aula", „ein feiger Mord, dessen Hintergründe noch nicht bekannt sind, wird vom Journalisten Wolfgang Purtscheller zur Selbststilisierung benutzt." (5/95) Der „Held der heimischen Nazi-Jäger", dessen „Gesichtsschnitt (...) nicht sehr demokratisch" sei, liefere damit ein „Beispiel für offensive Marketing-Strategien" (ebd.).

ZIELAUSWAHL

Bereits zu Beginn dieses Jahres rückte Purtscheller verstärkt ins Visier der „Aula": In der gemeinsam mit der deutschen Terroristen-Postille „Der Tiroler" produzierten Anti-Antifa-Broschüre über die Gegenmobilisierung zum Innsbrucker „Kommers" findet er sich als „Verbindungsmann zwischen der offiziellen politischen Oberwelt und dem `underground_, der Halbwelt der Radikalen". Dort wird auch auf jenen Vorfall Bezug genommen, der den FREIHEITLICHEN in der Folge als Ansatzpunkt für ihre unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität gerittenen Attacken dienen sollte. Am 22. September 1994 geriet Purtscheller im „Ernst Kirchweger Haus" (EKH), wo er einer Theateraufführung beiwohnen wollte, in eine fremdenpolizeiliche Amtshandlung, aus der er schwere Verletzungen davon trug. Haider kommentierte diesen Übergriff auf einem Fest der Wiener F-Bullen am 5. Oktober wiefolgt: „Es ist doch schön, lästige Linke einmal ein bißchen zur Raison zu bringen."

Damals beschlagnahmte die Polizei auch Purtschellers Notebook mit lästigen Rechercheergebnissen zum Neonaziterror. Aus diesen leitete der damalige Innenminister **Löschnak** in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen den „Verdacht zumindest der Mittäterschaft des P. an der Vorbereitung eines Verbrechens durch Sprengmittel" ab. Die FREIHEITLICHEN nahmen Löschnaks nachträgliche Legitimation einer Beschlagnahme journalistischer Unterlagen dankbar auf und verlangten im Parlament ernsthaft die Verhaftung Purtschellers als „Bombenhirn" von Oberwart. Wie genau es der parlamentarische Arm der Rechten dabei mit der Wahrheit hält, verdeutlichte u.a. der burgenländische Nationalratsabgeordnete Karl **Schweitzer** und sein Landesobmann **Rauter** in eindrucksvoller Weise: Nachdem

Karl Schweitzer

Schweitzer am 16. März bei einer Podiumsdiskussion in der HBLA-Oberwart gegenüber Purtscheller den kürzeren gezogen hatte, machte Rauter in einer Aussendung und einem Entschließungsantrag im Eisenstädter Landtag aus dem NEWS-Journalisten Purtscheller den „Kurier-Journalisten Kurt Scheller", der „auf Kosten der Steuerzahler" gegen die F hetze. Am 7. April reichte Schweitzer eine dringliche Anfrage an Unterrichtsminister Busek nach, mit der er einen Stop der „institutionalisierten Hetzjagd gegen die Freiheitlichen" verlangte. Purtscheller, der „Denunziant Pelinka" und andere „Hetzer" dürften nicht länger an Schulen „Indoktrination" betreiben und müßten als Referenten des Faches „Politische Bildung" von einer entsprechenden Liste des Unterrichtsministeriums gestrichen werden. Der stellvertretende F-Klubchef **Stadler** dachte in der Debatte wohl schon an eine Referentin Kriemhild **Trattnig** und verlangte, „daß in den Schulen auch das Gute und Schöne unterrichtet wird."

Schließlich verstärkte Schweitzer in der „Oberwarter Zeitung" seine Forderung nach einer Streichung Purtschellers von der ReferentInnenliste durch die Herstellung einer „direkte(n) Verbindung" des Journalisten zu den „Bombenlegern in Ebergassing", wobei ihm diesmal das „Kirchweger Haus" zum „Steinwegerhaus" geriet.

Die rechtsextremen Anstrengungen, die Bomben von Klagenfurt, Oberwart und Stinatz einer imaginierten linken Verschwörung anzudichten, erfuhren ja nach Ebergassing zusätzlich Auftrieb. In Haiders berüchtigtem „Netz", mit dem er „die wahren geistigen Väter des Terrors" festmachen will, findet sich Purtscheller als Verbindungsmann zu Deutschland. Haider wartete in seiner „Grundsatzrede" zum Republiksjubiläum mit der Forderung auf, „auch die Person des Herrn Purtscheller zu untersuchen." Zur Bezugnahme auf Löschnaks „Verdacht" nach dem Polizeiübergriff im EKH gesellte sich dabei die Unterstellung, Purtschellers Warnung vor neuem Neonaziterror sei in Wirklichkeit als Ankündigung von Ebergassing zu werten. Schon am 21. April behauptete Haider auf einer Pressekonferenz „feste Freundschaften Purtschellers zur deutschen Anarcho-Szene" und erklärte diesen zum „politisch-journalistischen Schutzpatron" einer derartigen Szene in Österreich. Am 27. Mai ging der F-Führer noch einen Schritt weiter und machte via APA Purtscheller zum „Tatverdächtigen" von Ebergassing, der als „Terrorist" immer noch an Österreichs Schulen referieren dürfe.

Vom „Germanen" Achatz sen. stammt die im ORF ausgestoßene Drohung, daß „angesichts der freiheitlichen Machtübernahme 1998 niemandem zum Lachen sein" wird. Tatsächlich warten ungeduldige FREIHEITLICHE mit dem Begleichen offener Rechnungen nicht bis zum magischen Jahr 1998 und eröffnen die Jagdsaison auf AntifaschistInnen schon jetzt. Solange man/frau „es den Freiheitlichen überlassen (muß), welche Methoden sie wählen" (Haider am 5. Mai), und die „Dritte Republik" für AntifaschistInnen „gefährlich" ist (derselbe am 26. April), scheint es für Purtscheller ratsam, von öffentlichen Auftritten abzusehen und seinen Wohnsitz wieder mal zu verlegen. Soviel zur „Freiheit", die Jörg Haider meint. ●

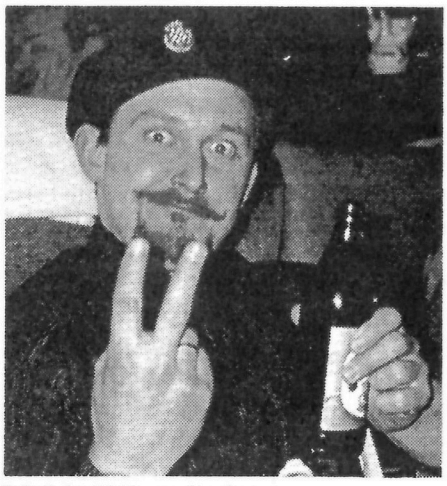
Quellen: Volksstimme 21/95, OÖN, APA

AUFrechte
Recken in der Polizei

Nazi-Flugblätter kursieren in Polizeiwachstuben, Antifaschistinnen werden von "Gesetzeshütern" niedergeprügelt, Fascho-Veranstaltungen beschützt und bei der Fahndung nach den Nazi-Terroristen "passiert" eine Panne nach der anderen. Die extrem rechte Polizeifraktion "Aktion Freiheitlicher und Unabhängiger" (AUF) ist in Wien die stärkste Gruppe. Nach der Ermordung der vier Roma in Oberwart und dem Anschlag von Stinatz gab der damalige Wiener Polizeipräsident Günther Bögl die Existenz von "braunen Spritzern" innerhalb der Polizei zu. Bald darauf kehrte wieder die Normalität des Leugnens ein. Der neue Leiter der mehr als braun gesprenkelten WEGA, Werner Brinek, "kann guten Gewissens sagen, dass bei uns keine rechten Zellen existieren und ..., dass es in der Alarmabteilung keine faschistoiden Mitarbeiter und Tendenzen gibt."[1] - Alles nur AUFrechte "Menschen wie du und ich".

„Alle Hilfe dem tapferen Volk der Kroaten", fordert die rechtsextreme Aktionsgemeinschaft für demokratische (sic!) Politik (AFP) in der Juni-Ausgabe ihres Pamphlets „Kommentare zum Zeitgeschehen".

Das AUF-Mitglied aus Wien-Liesing, Wolfgang **Perzinger**, hat schon vor zweieinhalb Jahren diese Forderung erfüllt. Gemeinsam mit dem niederösterreichischen F-Landtagsabgeordneten Wolfgang **Haberler** lieferte der Polizist Perzinger im Jänner 1993 Waffen ins Kriegsgebiet rund um die west-slawonische Stadt Nova Gradisca. Haberler dürfte dabei von der neonazistischen Sturmtruppe Ost inspiriert gewesen sein, die 1990 während seiner Zeit als FPÖ-Stadtparteiobmann von Wiener Neustadt ihre braunen Pamphlete im örtlichen FPÖ-Büro produzierten und vervielfältigten.


F-Polizist Wolfgang Perzinger

Perzinger und Haberler kämpften dann eine Woche lang mit Kalaschnikows bewaffnet auf Seiten der kroatischen Nationalisten.[2] Sie waren dort in - zumindest für Haberler - vertrauter Kameradschaft. Der deutsche Verfassungsschutz schätzt, daß etwa 300 Neonazis aus Österreich, Deutschland und Holland sich als Söldner auf Seiten der faschistischen HOS-Milizien verdingen. Kontakte zum äußerst rechten Rand sind bei der AUF keine Seltenheit. So betätigte sich der AUF-Personalvertreter Michael F. als eifriger Mailbox-Schreiberling. „Das mit den Juden und den KZ ist sicherlich eine Unterstellung von dir, daß es vielleicht eines starken Mannes bedarf, der die Ordnung wieder herstellt, wird von meiner Seite nicht bestritten." Ende 1993 wurde F. „krankheitshalber" (!) vom Dienst suspendiert. Der AUF-Kandidat Georg **Hanreich** referierte wiederum 1987 und 1994 bei der „Politischen Akademie" der rechtsextremen AFP. 1987 machte er dort die Bekanntschaft mit dem Neonazi Stefan **Ulbrich**, damaliger Führer der deutschen Wiking Jugend (WJ), die 1994 wegen neonazistischer Aktivitäten verboten wurde. Die Nähe zur Neonazi-Szene war für die AUF kein Hindernis, 1991 bei den Personalvertretungswahlen der Wiener Polizei zur stärksten Fraktion zu werden. Ihre Forderungen nach „Elektroschockgeräten" für die Polizei, auch „wenn Personen mit einem Herzschritttmacher bei einem Angriff bestimmt sterben würden" (AUF-Presseaussendung) erzielen eine große Zustimmung. Besonders die brutalo Gruppe Wiener Einsatzgruppe Alarmabteilung (WEGA) ist eine AUF-Hochburg. Dort haben Haiders Uniformierte sogar die absolute Mehrheit. Innerhalb der etwa 400 Mann starken WEGA kam es in der Vergangenheit zu zahlreichen rechtsextremen Aktivitäten. So betätigt sich dort der PSV Polizei Böhse Onkelz. Benannt nach der deutschen Fascho-Band „Böhse Onkelz" (Lied „Türken raus!"), haben sie das „O" in „Onkelz" wie die Hooligans mit einem Kreuz verziert. Einer der Treffpunkte der etwa 50 Mitglieder starken Gruppe ist ein Fascho-Wirt im 20. Wiener Gemeindebezirk.[3] Für rechte Ausbildung sorgen auch einzelne Truppen-Führer. So trainiert der WEGA-Hauptmann, Franz **WARISCH**, seine Leuten schon mal im Waldviertel im Wehrsport und im Singen von teutschem Liedgut. Gegen Versuche, Warisch aus dem Polizeidienst zu bekommen, hat die F-Abgeordnete Helene **Partik-Pable** erfolgreich interveniert.[4] Vor lauter Sympathie zu den AUFrechten Kameraden ließ sich Partik-Pable für ein FPÖ-Wahlinserat mit kurzgeschorenen WEGA-Recken abbilden.[5]

Die Aktivitäten der „braunen Spritzer" (Bögl) innerhalb der Polizei sind ansehnlich. Eine (unvollständige) Auflistung läßt das wirkliche Ausmaß erahnen:

▲ 1991 wird in der Fernsprechvermittlung des Amtsgebäudes Roßauer Kaserne ein Wahlplakat der sozialistischen Gewerkschafter mit antisemitischen und nazistischen Parolen beschmiert. Der betreffen-

de Raum ist nur Beamten zugänglich.[6]

▲ 1991 werden beim ehemaligen Stapo-Chef Gustav **Hochenbichler** ein Hitlerbild und Nazidevotionalien gefunden. Hochenbichler muß daraufhin die Stapo verlassen und wird - Chef der Fremdenpolizei.[7]

▲ Im Februar 1992 tauchen die ersten Flugblätter der NOTWEHRGEMEINSCHAFT FÜR SICHERHEITSBEAMTE (NS) auf - in Bereichen, die nur Polizisten zugänglich sind. Darin wird anläßlich der Anti-Opernball-Demo beklagt, daß gegen die Linken viel zu lasch vorgegangen werde.

▲ Im Mai 1993 folgt ein weiteres Flugblatt der NS (sh. Kasten)

▲ Ende 1993 hängt im Innenministerium ein rassistisches Hetzblatt - am schwarzen Brett mit den Aushängen der Personalvertretung.

Helene Partik-Pable und WEGA

▲ Ebenfalls Ende 1993 flattert der ÖH der Uni Klagenfurt rechtsextremes Propagandamaterial aus Spanien ins Haus - adressiert an „Jürgen Hatzenbichler, Student". **Hatzenbichler** war früher bei **Honsiks** NATIONALER FRONT, schrieb für **Ochensberger** SIEG und betätigt sich nun bei den rechtsextremen Blättern AULA, IDENTITÄT UND JUNGE FREIHEIT. Die ÖH-Funktionäre gaben das Material der Klagenfurter Stapo weiter. Anstatt das Material zu untersuchen und Hatzenbichler einzuvernehmen, übergaben die Beamten die Sendung an den bereits wegen NS-Wiederbetätigung verurteilten Haider-Günstling. Dem noch

Liste der Wiener AUF-FUNKTIONÄRE

Anderlitschka Karl (SW-Alarmabteilung)
Brauneder Johannes (SW-Diensthundeabteilung)
Breier Richard (SW-Abteilung 5)
Breitwieser Karl (SW-Abteilung 12)
Ciskovsky Günther (SW-Alarmabteilung)
Cvrcek Erich (SW-Schulabteilung)
Cziesso Erich (SW-Schulabteilung)
Dernbauer Helmut (SW-Abteilung 13)
Fenz Michael (SW-Diensthundeabteilung)
Fux Michael (SW-Schulabteilung)
Goldgruber Peter (SW-Schulabteilung)
Graf Manfred (SW-Abteilung 6)
Grasmuk Christian (GI-Ref. 6)
Gruber Christian (SW-Gefangenenhaus)
Haag Georg (DA-Innere Stadt)
Halm Armin (SW-Abteilung 19)
Hanus Harald (SW-Diensthundeabteilung)
Heske Alexander (SW-Diensthundeabteilung)
Hoffmann Alfred (SW-Abteilung 23)
Hölzl Josef (SW-Diensthundeabteilung)
Irschik Wolfgang (Innerer Dienst)
Kacirek Gustav (SW-Abteilung 13)
Kellerer Franz (SW-Alarmabteilung)
Kemle Josef (SW-Abteilung 9)
Kleinschmid Kurt (SW-Informationsdienst)
Krachtus Thomas (SW-Abteilung 16)
Kranawetter Johann (SW-Abteilung 6)
Kreissl Michael (SW-Informationsdienst)
Kublar Wolfgang (SW-Gefangenenhaus)
Lang Ernst (SW-Abteilung 11)
Laussermayer Heinz (SW-Abteilung 16)
Leber Gilbert (SW-Informationsdienst)
Lettner Gerhard (SW-Informationsdienst)
Mayer Martin (SW-Diensthundeabteilung)
Merkel Ernst (SW-Abteilung 11)
Müllner Robert (SW-Abteilung 11)
Pachatz Robert (SW-Abteilung 13)
Perzinger Manfred (Wien-Liesing)
Pichler Leopold (SW-Alarmabteilung)
Pöchhacker Gerhard (SW-Gefangenenhaus)
Posch Andreas (SW-Abteilung 9)
Preining Christian (SW-Schulabteilung)
Rada Franz (SW-Abteilung 23)
Rosenkranz Manfred (SW-Abteilung 12)
Schmal Helmut (SW-Abteilung 10)
Schmied Wolfgang (SW-Informationsdienst)
Schmiedt Albert (SW-Abteilung 3)
Schröder Andreas (SW-Alarmabteilung)
Stavik Franz (SW-Abteilung 19)
Stöger Hartwig (SW-Abteilung 9)
Trambauer Andreas (SW-Schulabteilung)
Trattnig Peter (SW-Abteilung 9)
Tuller Heribert (SW-Abteilung 3)
Viterna Alfons (SW-Abteilung 19)
Vollnhofer Manfred (SW-Abteilung 12)
Vötsch Robert (SW-Abteilung 23)
Weninger Josef (SW-Informationsdienst)
Willert Albert (SW-Alarmabteilung)

SW ... Sicherheitswache; DA ... Dienst-Abteilung ■

Die NS über „RECHTSEXTREMISTEN" UND „UMVOLKUNG"

Im Mai 1993 tauchen in Polizei-Kommissariats-Bereichen, die nur Polizisten zugänglich sind, Flugzetteln der „NOTWEHRGEMEINSCHAFT FÜR SICHERHEITSBEAMTE (NS)" auf. In Anti-Antifa Manier werden Name und Adresse eines Wiener Anwalts, der sich für Menschenrechte und Antifas engagiert, abgedruckt. Zusätzlich werden die Namen sieben weiterer Personen, die an den Beratungen zur Novellierung des NS-Verbotsgesetzes teilnahmen, aufgelistet. Dieselbe Liste findet sich - wortgleich und mit denselben antisemitischen Tiraden garniert - in HONSIKS Nazi-Machwerk „Wiedergutmachungsbetrüger Szymon Wizenthal - Schelm und Scheusal". Das Buch erschien jedoch erst im Juli 1993, das NS-Flugblatt aber schon im Mai. Noch früher tauchten dieselben Rassisten-Phrasen bei einem Interview anläßlich des Anti-AusländerInnen-Volksbegehrens im Jänner 1993 in der Zeitschrift „BASTA" auf. Die Interviewten waren Franz **Radl jun.**, Peter **Binder** und Gerhard **Endres**. Radl gab zudem vor Zeugen an, „Mitverfasser" von Honsiks Schmähschrift zu sein - ein anwesender Staatspolizist griff nicht ein.

IM FOLGENDEN EINIGE ZITATE AUS DEM NS-PAMPHLET:

„ ... wird gegen sogenannte „Rechtsextremisten" vorgegangen. Hier genügt die Forderung nach Erhebung von Sachbeweisen für die Existenz angeblicher „Gaskammern" im Dritten Reich, um für Jahre hinter Gittern zu landen. Auch das bloße Bekenntnis zum Nationalsozialismus, zu einer Gesinnung also, wie es beispielsweise Gottfried Küssel getan hat, reicht aus um jemanden für eineinhalb Jahre in Untersuchungshaft zu bringen.

„Die Zerstörung der rassischen Eigenart eines Volkes durch „Umvolkung", durch Ansiedlung von Rassenfremden, stellt den Tatbestand des Völkermordes laut österreichischem Strafgesetzbuch dar. (...) Überdies ist das Hereinholen von Fremden und die Zerstörung des geschlossenen Siedlungsgebietes der einheimischen (deutschen, deutschstämmigen bzw. artverwandten) Bevölkerung, da dies die Einheitlichkeit des staatlichen Territoriums in Frage stellt, als Hochverrat zu bewerten."

Das „NS-Verbotsgesetz" wird als „stalinistisches Sondergesetz" bezeichnet, die Verhaftung des Salzburger Neonazis Günther **Reinthaler** kritisiert.[15]
(Antifa-Nachrichtendienst, 1/94) ■

nicht genug, gaben sie Hatzenbichler auch die Namen der ÖH-Funktionäre.[8]

▲ Im Mai 1994 ist ein Flugblatt mit dem „neuen Deutschlandlied" (Zusatz „und Österreichlied") im Kommissariat Hufelandgasse 4 (12. Wiener Bezirk) in einem nur Polizisten zugänglichen Bereich angebracht:

„Nix verstehen, weil ich Türke, aber Kasse immer stimmt / Deutschland, Deutschland über alles, zahlt sehr gut für jedes Kind! / Wozu soll ich hier noch schaffen, das erledigt, doch mein Glied / Deutschland, Deutschland über alles, ach wie schön ist dieses Lied".[9]

▲ Im Sommer 1994 setzt sich ein Beamter zur faschistischen HOS-Miliz nach Kroatien ab.[10]

▲ Am 22.9.1994 wird der Rechtsextremismus-Experte Wolfgang Purtscheller von Polizisten des Kommissariats Van der Nüllgasse (10. Wiener Bezirk) niedergeschlagen und schwer verletzt. Ein Prügelbulle verdrehte dem Journalisten solange den Fuß, bis die Bänder im Knie eingerissen waren. Dem noch nicht genug, wurde er am Kommissariat weiter traktiert. Der dortige Arzt weigerte sich, Purtscheller zu untersuchen. Die Stapo zog Purtschellers elektronisches Notebook ein, in dem dieser Rechercheergebnisse und eine Adressendatei gespeichert hatte. Opfer dieser Prügelorgie wurden auch zwei Asylwerber. Die beiden Schwarzafrikaner wurden blutüberströmt in Schubhaft gebracht. Am Kommissariat Van der Nüllgasse erhielt ein Polizist auf seine Frage, „Was ist mit die Neger, sind die schon hin?" von einem seiner Kameraden die Antwort: „Na, leider noch nicht." Das Kommissariat Van der Nüllgasse führt die Mißhandlungs-"Hitparade" innerhalb der Polizei an. In den „vergangenen drei Jahren wurden 42 Mißhandlungsvorwürfe" gegen die dortigen Rambo-Möchtegerns registriert.[11]

▲ Einige Tage nach den braunen Terroranschlägen in Oberwart und Stinatz wurden „bei einem einschlägig bekannten Beamten [Wolfgang **Irschik**, Anm. Lotta Dura] der Alarmabteilung in der Wiener Roßauer Kaserne - einem Aktivisten der AUF - rechtsextreme Schriften und Flugzetteln, die den „Systemsturz" propagierten gefunden"[12]. Die Lektüre des AUF-Aktivisten waren die FAKTEN des „kritischen Demokraten" Horst Jakob **Rosenkranz** und die KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN der AFP. Die AUF nahm ihren Kameraden sofort in Schutz und wetterte in einem Flugblatt, gegen die „roten Vernaderer" und „Nestbeschmutzer", die den Vorfall an die Öffentlichkeit brachten. AUF-Chef Michael **Kreissl** bestritt daraufhin, daß das Flugblatt von der AUF stamme. Interessanterweise sind weite Passagen des Flugblattes mit einer Presseaussendung der AUF ident.

ADRESSEN AN NEONAZIS

Daß VAPO-Kader sich rühmen, Polizisten als Kameraden zu haben, kann unter diesen Umständen nicht mehr als „Prahlerei" der Neonazis eingeschätzt werden. So betrachtet, überraschen all die „Pannen", die bei der Fahndung nach den braunen Bombenattentäter „passierten", nicht. So war zwar bekannt, daß Küssels Wohnung auch nach seiner Verhaftung im Jänner 1992 unter

der Leitung von Gerhard Endres das VAPO-Zentrum blieb - die Durchsuchung der Wohnung und die Verhaftung von Endres erfolgten jedoch erst nach den ersten Briefbombenattentaten. Endres wurde übrigens im August 1994 wegen NS-Wiederbetätigung zu lediglich zwei Jahren Haft verurteilt.

Auch das Bekanntwerden, der Tatsache daß Namen und Adressen von Demo-TeilnehmerInnen von einem Beamten des Kommissariats im 12. Wiener Gemeindebezirk an die VAPO weitergegeben wurden, veranlaßte die Polizeispitze zu keinem raschen Handeln. Obwohl man seit 1993 davon wußte, wurde die Person erst im Juli 1994 entlassen. Der Datenaustausch funktioniert aber auch umgekehrt. So wurde im Rahmen des Staposkandals 1990 bekannt, daß sich Daten der „Feindeslisten" der Neonazi-Gruppe AKTION NEUE RECHTE (ANR) in den Stapo-Akten wiederfanden.

LÖSCHNAKS WARNUNGEN

Auch der ehemalige Innenminister Löschnak war den Attentätern durch seine Aussagen in den Medien hilfreich. Schon nach der ersten Briefbombenserie im Dezember 1993 kündigte er via Radio für die nächsten Tage Hausdurchsuchungen an. Selbiges passierte am Tag vor der Nationalratswahl am 9.10.'94.

Und als Beamte der EINSATZGRUPPE ZUR BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS (EBT), nach der ersten Briefbombenserie im Dezember 1993 nach Fürstenfeld unterwegs waren, um den mutmaßlichen Attentäter Franz Radl jun. samt Vater zu verhaften, erfuhren sie noch auf der Südautobahn aus dem Radio von ihrem Vorhaben.[13] Alles nur „Zufälle"?

Nach dem Mordanschlag auf die vier Roma in Oberwart kam dann auch Ex-Innenminister Löschnak nicht mehr umhin, Nazi-Aktivitäten innerhalb der Polizei zuzugeben. "Bestätigt wird vom Innenministerium auch, daß in der Vergangenheit bereits Versetzungen wegen rechtsradikaler Aktivitäten einzelner Beamter veranlaßt worden waren."[14]

Wenn nun nach den jüngsten Briefbombenanschlägen von Anfang Juni die Einführung des „großen Lauschangriffs" (wieder einmal) gefordert wird, dann wird damit erneut den braunen „law & order" Kameraden ein großer Gefallen getan. Schon im Flugblatt der NOTWEHRGEMEINSCHAFT FÜR SICHERHEITSBEAMTE wurde auf die gleichen Interessen der Neonazis und der Polizeifanatiker hingewiesen:

„Diese „Rechtsextremisten" treten immerhin für Recht und Ordnung und überhaupt für eine Stärkung der Exekutive ein."●

Große Teile des Textes sind entnommen aus: Antifaschistische Nachrichten Nr.2, Frühling 1995. Zu bestellen unter der Adresse: Lindengasse 40, 1070 Wien.

[1] zit. nach „Falter" 20/95
[2] vergl. „profil" 24/95
[3] vergl. „Antifa-Nachrichtendienst" 1/94
[4] vergl. ebenda
[5] vergl. „Kronen Zeitung" 28.8.1994
[6] vergl. „profil" 5/94
[7] vergl. „Falter" 8/95
[8] vergl. „profil"5/94
[9] zit. nach „Falter" 8/95
[10] vergl. „profil" 5/94
[11] „Der Standard" 13.1.1995
[12] „Kurier" 9.2.1995
[13] vergl. „profil" 4/94
[14] „Kurier" 9.2.1995
[15] zit. nach „Antifa-Nachrichtendienst" 1/94

HNA und
Anti-Antifa - Ein Hauch von Gladio

Rechtsextremisten im Umfeld des „Heeresnachrichtenamtes" (HNA) sorgen mit ihren Aktivitäten wieder mal für jenes Aufsehen, welches der geheimste Teil des Apparates vermeiden muss.

Anfang 1991 pirschte sich der damalige F-Bezirksrat in Wien Margareten, Helmut **Stubner**, an die Südtiroler Landtagsabgeordnete Eva **Klotz** heran. Bereits bei der ersten Kontaktnahme mit der Chefin der rechtsextremen Union für Südtirol erklärte ihr Stubner freimütig, daß er ein Offizier des österreichischen HNA sei, dem Nachrichtendienst des Bundesheeres, zuständig für die Auslandsaufklärung. Protegiert von Klotz klapperte Stubner danach die Südtiroler Rechtsaußenszene ab, veranstaltete Seminare, die mehr an Wehrsportübungen erinnerten, verschenkte Kopierer und Computer. Zusätzlich legte er sich mächtig für den Aufbau einer Südtiroler Untergrundarmee ins Zeug und berichtete, daß er bereits in Slowenien und Kroatien Armeeinheiten aufgebaut habe. Vergebens: In einem der verschenkten Computer fand ein Klotz-Anhänger zahlreiche streng geheime Informationen, u.a. ein Verzeichnis über sämtliche Heeresstellen in Südtirol. Die Südtiroler RechtsextremistInnen vermuteten dahinter eine Aktion des italienischen Geheimdienstes (Klotz: „Nicht auszudenken, wenn eine dieser Kasernen in die Luft fliegt und die Polizei dann dieses Verzeichnis in einem Computer findet, den ich einmal in der Hand hatte.") und verpfiffen den vermeintlichen HNA-Agenten an das deutschsprachige „Südtirol-Profil". Stubner bestritt gegenüber dem Wochenmagazin jegliche Tätigkeit für den italienischen Geheimdienst, gab aber zu „die eine oder andere Information an das HNA weitergeben" zu haben. Der Bundesheergeheimdienst lies daraufhin lapidar verlautbaren, daß man mit Stubner zu keiner Zeit dienstlichen Kontakt unterhalten habe.

Kontakt hatte Stubner aber zu rechtsextremen HNA-Offizieren. Als F-Lokalpolitiker kannte er auch den F-Bezirksrat in Wien Liesing, Wolfgang **Jung**, seines Zeichens Brigadier des HNA. Für die F-Bewegung betreut Günther **Enzendorfer** die Ausschüsse zur Kontrolle der Nachrichtendienste im Parlament. Dieser kämpfte Anfang der neunziger Jahre Seite an Seite mit sattsam bekannten Neonazis für den Erhalt des antisemitischen Schandmales „Siegfriedskopf" an der Wiener Universität. Dieser Kulturkampf in der Plattform Siegfriedskopf der rechtsaußen Szene (Mitkämpfer: der mutmaßliche Briefbombenterrorist Franz **Radl** jr.) brachte Enzendorfer - gemeinsam mit einem weiteren Kameraden und dem ehemaligen Sekretär im Büro Kreisky und nunmehrigen Beamten im Bundeskanzleramt Günther **Rehak** - 1991 den Ausschluß aus den Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ) ein. Während sich der Siegfriedsblutzer-Unterstützer Rehak als „linker" Autor des Freiheitlichen Bildungswerkes (FBW) und als Entlastungszeuge im Wiederbetätigungsprozeß gegen den Auschwitzleugner Gerd **Honsik** profilierte, schlug Enzendorfer, im Zivilberuf Leutnant beim Bundesheer, die parlamentarische Karriere ein. Er wirkt heute u.a. als Volksgruppenreferent im F-Klub und als Sekretär des Dritten Nationalratspräsidenten Herbert **Haupt** (F). Im vergangenen Jahr wurde Enzendorfer zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt, da er im März 1992 samt seiner Privatpistole und Munition nach Kroatien reisen wollte und damit gegen das Kriegsmaterialiengesetz verstoßen hatte. Nach seiner Festnahme wandte sich Enzendorfer an das österreichische Konsulat in Ljubljana (Laibach) mit der Bitte, für ihn eine Bekannte in Wien anzurufen. Der Anruf führte die Ermittler zu einer interessanten Verbindung, denn die junge Frau ist Gesellschafterin bei der Wiener „Oswald & Wende Ges.m.b.H". Diese Firma gehört wiederum Helmut Stubner. Kein Zufall, denn Enzendorfer und Stubner kennen einander schon seit Jahren aus ihrer Zusammenarbeit in der Österreichisch-Slowenischen Gesellschaft. Diese wurde 1991 von Martin **Hobek** mitbegründet. Hobek agiert(e) als F-Bezirksrat in Wien Rudolfsheim, „Wahlkampfleiter"/Kandidat der Freiheitlichen Studenten, Mitbegründer der Plattform Siegfriedskopf und - last but not least - Anti-Antifa Berichterstatter der F-Bewegung. ●

Quellen: Südtirol Profil, 19. 12. 94; Standard, 21. 1. 95; Kurier, 5. 2. 95; Profil, 6. 2. u. 15. 5. 95

BAHAMAS

Zirkular der Gruppe K, erscheint alle 3 Monate
Antinational, antikapitalistisch, marxistisch

Nr. 17 – Mai 1995

Statt: Befreiung von Deutschland -
Deutsche Befreiung

Deutsch und antideutsch: Autonome Probleme mit "Antideutsch" * Deutscher Sonderweg * Völkische Tschechien-Politik
Deutsche Künstler: Neuer "German Pop" * Trottas Heimatfilm * Johannes R. Bechers Nationalismus
Außerdem: Die Neue Rechte * Kohls Lieblingsmaid: Claudia Nolte * Italien: Selbstabschaffung der Linken * FAZ-Autor gegen "Parteienstaat"

Einzelpreis DM 6 (Vorauskasse/Briefmarken)
Abonnement DM 18 für drei Ausgaben

Büro k, Fon/Fax: 040-43 88 46
Postfach 306 237, 20328 Hamburg.
Konto: Roisch/Dreyer, HaSpa,
BLZ 200 505 50, Kto.Nr. 1228/122 386

Miami Vice
IN DER ALPENREPUBLIK

SEIT EINEINHALB JAHREN WIRD EINE GESETZLICHE REGELUNG DES LAUSCH- UND SPÄHANGRIFFES ANGEDROHT. IM HERBST SOLL NUN ENDGÜLTIG DAS GESETZESPAKET PRÄSENTIERT WERDEN. DIE TATSACHE, DASS DER „KLEINE" LAUSCHANGRIFF (DIE „BEMANNTE WANZE") MIT DEM SICHERHEITSPOLIZEIGESETZ 1 991 LEGALISIERT WURDE, UND DIE VERMUTUNG EINIGER JURISTINNEN, DASS SOGAR DER „GROSSE" GESETZLICH GEDECKT SEI, BRINGT ETWAS VERWIRRUNG IN DIE DISKUSSION.

Die mediale Diskussion kreist um den Lausch- und Spähangriff, d.h. die vorgeblich erst durchzusetzende Freigabe des Einsatzes von Wanzen, Richtmikrophonen und Videokameras durch die Polizei. In den einschlägigen Arbeitsgruppen und Ausschüssen von Parlament, und Ministerien wird jedoch auch an der Implementierung bzw. Legalisierung folgender geheimdienstlicher Instrumentarien gearbeitet: „echte" verdeckte Ermittlung, beamtete oder freiberufliche Agents provocateurs, Rasterfahndung. Auch die allseits diskutierte KronzeugInnenregelung gehört in dieses - mit dem Todschlagsargument „Kampf gegen die Organisierte Kriminalität" - gepuschten Forderungsprogramms.

Linke Reaktionen auf diese Schlagworte schwanken in der Regel um zwei Extreme: das ignorante „Das tun die doch sowieso schon alles" auf der einen, Panik vor einer durchgeknallten Staatsmaschinerie auf der anderen Seite. Um einen konkreteren Begriff von den drohenden Kompetenzerweiterungen der Exekutive zu bekommen, sollten wir uns erstmal mit der herrschenden Gesetzeslage bezügl. dieser Ermittlungsmethoden beschäftigen.

V-LEUTE IM §-DSCHUNGEL

Die verdeckte Ermittlung und der „kleine" Lauschangriff stützen sich auf den § 54 Abs. 3 und 4 Sicherheitspolizeigesetz (SPG).

Sie lauten:

(3) Darüber hinaus sind das Einholen von Auskünften ohne Hinweis gemäß Abs. 1 (Hinweis auf den amtlichen Charakter der Erhebung und die Freiwilligkeit der Mitwirkung daran, Anm.) sowie die Observation zulässig, wenn sonst die Abwehr bandenmäßiger oder organisierter Kriminalität gefährdet oder erheblich erschwert werden würde (verdeckte Ermittlung).

(4) Die Ermittlung personenbezogener Daten mit Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten ist nur für die Abwehr gefährlicher Angriffe oder die Abwehr bandenmäßiger oder organisierter Kriminalität zulässig; sie darf unter den Voraussetzungen des Abs. 3 auch verdeckt erfolgen. § 120 Abs. 1 StGB und das Fernmeldegesetz bleiben jedoch unberührt.

Unter einem „gefährlichen Angriff" versteht das Gesetz die „Bedrohung eines Rechtsgutes durch die rechtswidrige Verwirklichung des Tatbestandes" nach dem Straf-, Suchtgift- und Verbotsgesetz, inklusive der dazugehörigen Vorbereitungshandlungen (§ 16, Abs. 2 SPG). Selbst Ladendiebstahl dürfte also mit geheimdienstlichen Methoden bekämpft werden, wäre da nicht das „Hindernis" der gebotenen „Verhältnismäßigkeit".[1] Was vom Verhältnismäßigkeitsprinzip zu halten ist, weiß mensch spätestens nach der ersten Bekanntschaft mit wildgewordenen WEGAs auf einer linksradikalen Demo.

„Bandenmäßige" oder „organisierte Kriminalität" wird definiert als die „Verbindung mehrerer Personen zur fortgesetzten Deliktsbegehung", wobei „auch die Verbindung zu im Einzelfall geringfügigen Delikten (Bande von Taschen- oder Ladendieben)"[2] zur Erfüllung des Tatbestandmerkmales ausreicht. Die Gleichsetzung von Jugendbanden mit Organisationen wie Mafia oder chinesischen Triaden, sowie die ausgesprochene extensive Interpretation der Begriffe erlaubt also ex lege einen exzessiven Einsatz der verdeckten Ermittlung. Den rotweißroten undercover-AgentInnen sind dabei - wenn sie sich überhaupt um den Buchstaben des Gesetzes kümmern - sehr weite Grenzen gesetzt: Ausdrücklich verboten ist lediglich die Begehung „milieutypischer Straftaten".

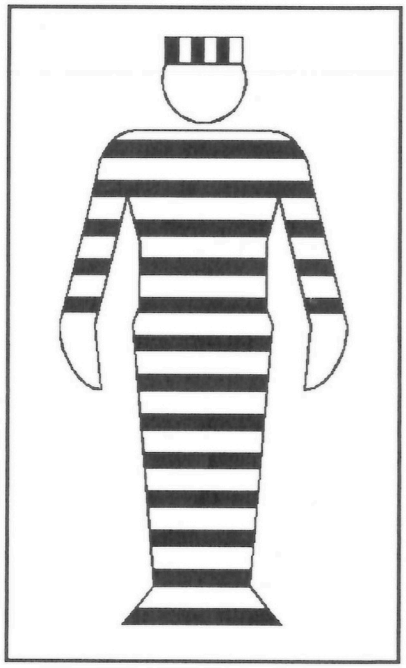
Im rechtlichen Graubereich bewegen sich Agent provocateurs, dh es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, wie weit sich verdeckte ErmittlerInnen oder Polizeispitzeln proaktiv verhalten dürfen, ohne gegen das in der Strafprozeßordnung (StPo) festgelegte Lockspitzelverbot zu verstoßen. Der Oberste Gerichtshof stellte bereits 1956 für den Suchtgiftbereich fest, daß die StPo, mithin auch das Lockspitzelverbot „eine reine, an die Sicherheitsorgane gerichtete Verfahrensbestimmung"[3], also mehr oder weniger eine Empfehlung sei. Selbst ein mit illegalen oder zumindest fragwürdigen Methoden erbrachtes Beweismaterial kann im Prozeß verwendet werden, ohne daß das Urteil wegen Nichtigkeit angefochten werden kann. Es steht dem/der Betroffenen lediglich die Möglichkeit offen den beamteten Gesetzesbrecher oder seine Auftraggeber im Nachhinein wegen Grundrechtsverletzung oder Ähnlichem zu

verklagen.

Ein Problem beim Einsatz von Agent provocateurs ist derzeit noch ungelöst: Vor Gericht müßte die Identität des Undercover-Agenten oder Spitzels aufgedeckt werden. Eine anonyme Aussage kommt nur bei einer „wirklich ernsten Gefährdung des Zeugen oder eines Dritten", in Betracht, „nicht aber schon dann [...], wenn es etwa darum geht, weitere verdeckte Ermittlungen einer Person zu ermöglichen [...]"[4, 5], wie der Justizausschuß klarstellte. In der Praxis wird das Problem meist damit umgangen, daß der/die Tatbeteiligte „leider nicht gefaßt werden konnte". Auf dem Wunschzettel der Exekutive unter dem Punkt V-Leute stehen mithin: Begehung milieutypischer Straftaten, klare Regelung des schwammigen Lockspitzelverbotes und völlige Anonymität der V-Leute und Spitzelvor Gericht (vulgo „verbesserter Zeugenschutz").

RASTERFAHNDUNG

Lt. inoffiziellen Informationen hat die Legalisierung der Rasterfahndung, die in Österreich derzeit nicht gesetzlich geregelt ist, oberste Priorität für die Exekutive und die Law and order-Fraktion im Staatsapparat. Im bundesdeutschen OrgKG von 1992 wird sie definiert als „maschineller Vergleich personenbezogener Daten von solchen Personen, die bestimmte, auf den Täter vermutlich zutreffende Prüfungsmerkmale erfüllen, mit anderen Daten, um Nichtverdächtige auszuschließen oder Personen festzustellen, die weitere für die Ermittlung bedeutsame Prüfungsmerkmale erfüllen".[6] Nun handelt es sich beim Abgleichen von Datenbeständen anhand eines abstrakt definierten TäterInnenprofils um eine uralte kriminalistische Methode. Gefährlich wird sie durch die enormen Potenzen moderner EDV in Kombination mit den klar definierten Feindbildern der StaatsschützerInnen. Beispiel „linker Terrorismus": Mit einem engmaschigen Netz könnte bei einer entsprechenden Fahndung aus den Datenbeständen sämtlicher Institutionen/Ämter/Vereinsregister etc alles ausgefiltert werden, was in den kranken Hirnen der Exekutive irgendwie linke Lebensumstände charakterisiert: Wohnen in WGs, kein „geregeltes Arbeitsverhältnis", keine durchgehende Sozialversicherung, Besuch einschlägiger Ausbildungskurse, wenig Kohle am Konto, Mitgliedschaft in subversiven Vereinen/Parteien, Vorhandensein keines oder eines substandart-Automobils, bei Suchtgift- oder anderen „Delikten" erwischt worden, etc etc.



Was Rasterfahndung in Hinblick auf den bekannt nonchalanten Umgang der österr. Behörden mit Daten und dem Nicht-Vorhandensein eines effektiven Datenschutzes in Österreich und in der EU konkret bedeutet, steht mangels linker Analsyen in dem Bereich allerdings noch in den Sternen.

IST DER GROSSE LAUSCHANGRIFF LEGAL?

Mitte 1994 setzte sich in JuristInnenkreisen die Erkenntnis durch, daß mit dem SPG klammheimlich auch der „kleine" Lauschangriff eingeführt worden war. Erst in jüngster Zeit bekannte sich das Innenministerium zu dieser „subversiven" Tat, mit der eine öffentliche Diskussion über den massiven Einbruch in das Grundrecht auf Schutz der Privatsphäre elegant umschifft wurde. Von einigen JuristInnen wird nunmehr die Meinung vertreten, daß sogar der große Lauschangriff durch das SPG gedeckt sei, wenn auch notdürftig und quasi provisorisch. Sie stützen sich dabei auf den oben zitierten Abs. 4 des § 54 SPG, der ja vom Einsatz von „Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten", also Videokameras, Richtmikrophonen und Wanzen spricht. Strittig ist jedoch der zweite Satz von (4), konkret wie weit sich der im § 120 Strafgesetzbuch pönalisierte „Mißbrauch von Tonaufnahme- oder Abhörgeräten" durch den „Rechtfertigungsgrund des überwiegenden Interesses" aushebeln läßt, ob damit nur die Aufnahme von *gegenüber* dem V-Mann getätigten Äußerungen (Meinung des Innenministeriums) oder auch andere fallen. R. Soyer[7] kommt zu dem Schluß:

„a) Die Sicherheitsbehörden sind im Rahmen zulässiger Observationen [...] befugt, große und kleine Lauschangriffe mit Bild- und Ton*übertragungs*geräten ohne anschließende Aufzeichnung durchzuführen.

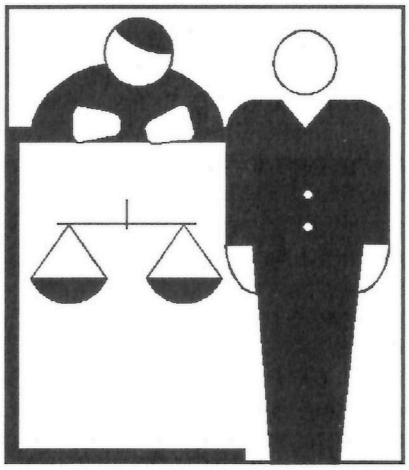
b) Der darüber hinausgehende große und kleine Lauschangriff mit Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten ist für die Abwehr gefährlicher Angriffe oder bandenmäßiger oder organisierter Kriminalität [...] zulässig, ...

Der Vollständigkeit halber sei noch hervorgehoben, daß § 120 StGB nur den Mißbrauch von Tonaufnahme- oder Abhörgeräten, nicht jedoch von Bildaufzeichnugsgeräten pönalisiert. Daraus folgt,

d) daß der „rein visuelle" Lauschangriff (großer und kleiner Späh-angriff) von § 120 StGB völlig unberührt bleibt und daher wohl

unbestreitbar [...] zulässig ist."

Das BMI vertritt folgende Rechtsauffassung: „Nach geltendem Recht sehen weder die Strafprozeßordnung noch das Sicherheitspolizeigesetz eine konkrete Ermittlungsmaßnahme vor, die der mit dem Begriff des „großen Lauschangriffs" allgemein verbundenen Vorstellungen entsprechen würde. Für den Bereich der Gefahrenabwehr verschaft allerdings die Figur des rechtfertigenden Notstandes der Sicherheitsexekutive - etwa in Fällen von Geiselnahmen - eine gewisse Beweglichkeit, soweit das Sicherheitspolizeigesetz Observationen zuläßt (...), ist damit der Einsatz elektronischer Geräte zumindest zur optischen Übrewachung von Menschen möglich." (Einem in der AB vom 22.5.95)



Zu erwähnen bleibt noch, daß - obwohl die Frage der Legitimität der Lauschangriffe umstritten ist - der Verwendung von Beweismaterial, das mit solchen Methoden erhoben wurde, zumindest nach der StPO nichts im Wege stünde. Bis dato wurde davon, lt. Auskunft von RechtsanwätInnen, nicht Gebrauch gemacht.

Wer auch immer auf der rechtlichen Ebene richtig liegt. Auf der politischen lassen sich plausible Gründe für die Stichhaltigkeit der letztgenannten Argumentation finden. Die Einführung der Lausch- und Spähangriffe durch die Hintertür im Jahr 1993 entspricht dem schrittweisen Ausbau des Polizeistaates. Dieser erfolgt nach spektakulären Kriminal- bzw. Terrorfällen zwar unter medialem Flankenschutz, erfährt seine konkrete Umsetzung jedoch weitgehend abseits der Öffentlichkeit. Einmal verbriefte Rechte der Exekutive wieder zurückzunehmen, fällt wesentlich schwerer als deren Implantierung zu verhindern. ●

1 Wobei die Kleinst"kriminalität" (sofern nicht „bandenmäßig" begangen) aus Effizienz- und budgetären Gründen iA natürlich nicht mit der gesamten Latte geheimdienstlicher Ermittlungsmethoden bekämpft wird. An dieser Stelle geht um den „worst case".

2 Fuchs-Funk-Szymanski, Sicherheitspolizeigesetz: Gesetzestext, Erläuterungen und Anmerkungen der Herausgeber, Wien 1991, S 34

3 Oberstgerichltiche Entscheidung vm 20.4.1956; zit. nach: Mag. Dieter Rautnig, Kriminalistische und dogmatische Probleme der Fahndung, Dissertation, Wien 1994, S 160

4 Bericht des Justizausschusses, 1157 BlgNR XVIII GP, 10; zit. nach: Rautnig, S 92

5 Die Möglichkeit einer anonymen ZeugInnenaussage besteht seit dem Inkrafttreten des Strafprozeßänderungsgesetzes (StpÄG) 1993 am 1.1.94. „Wir sind damit die ersten in Europa. In Italien besteht diese Möglichkeit nur im Zusammenhang mit der Anti-Mafia-Gesetzgebung, in Deutschland kann die Möglichkeit eines anonymen Zeugen nur im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität angewandt werden. Wir haben bewußt keine Einschränkung getroffen." (StA Pleischl im Standard vom 30.12.1993)

6 „Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität"; zit. nach: Rautnig

7 Richard Soyer, Lauschangriffe in Österreich, in: Journal für Rechtspolitik, Heft 4/94

ARRANCA! No. 6

*ZUSAMMENBRUCH - URSACHEN + ALTERNATIVEN
*POLEN
* AUßERDEM: SPRÜHERINNEN AUS BERLIN
* BUCH- UND PLATTENBESPRECHUNGEN

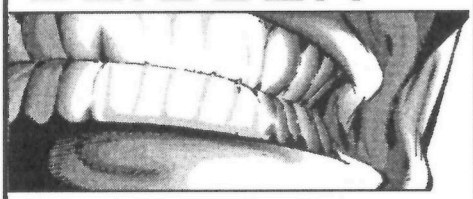
NOCH ZU HABEN...
NR. 1: LERNPROZESSE
Über Seminare und Selbstschulung
Schulen Ost - West
NR. 3: LINKE UND MILITANZ
K.-H. Dellwo zur Geschichte de RAF
Linke, Kunst und Zensur
NR. 4: RESUMEE - BIS HIERHER UND WEITER
Fragen zum Organisationsprozeß
Politik in der Provinz
NR. 5: RESUMEE II - KNIFES AND ROSES
Was tun - eine Einschätzung
Ich sehe nur Ruinen - Text zur Archäologie

...ab Mitte April erhältlich

Zu bestellen bei:
ARRANÇA! c/o LAZ
Crellestr. 22
19827 Berlin
Kostet 6 DM + Porto

Abo 24 DM, KntNr. 1840872900, BLZ 100 200 00 (Berliner Bank) Empfängerin LAZ, ReiNr.+Datum angeben

ZÄHNE ZUSAMMEN-BEISSEN



Lotta DURA ABONNIEREN

NAME

ADRESSE

Ich möchte die Lotta DURA ab Nummer ___ zum Preis von
☐ 100 öS im Abo (=4 Ausgaben) oder
☐ 500 öS im Förderabo (=Ausgaben)
beziehen und lege daher den Betrag in bar oder in Briefmarken bei.
Bitte in Kuvert stecken und an
H. MADER
AMERLINGHAUS
STIFTGASSE 8
1070 WIEN
schicken.

"Begnadet für das Schöne" -Kulturkampf von rechts

Nach dem „Ausländerproblem", der Agitation gegen das NS-Verbotsgesetz als Kampf gegen „Tugend-/Gesinnungsterror" bzw. für „Meinungsfreiheit" u.v.m. greifen die Freiheitlichen zur Zeit ein weiteres Stichwort der Neonazis auf: eine angeblich hoch subventionierte Kulturszene, die sich gegen das Volk und dessen gesundes Empfinden verschworen habe.

Die Hetze gegen „entartete Kunst" und fortschrittliche Kultur gehört(e) zum Standardrepertoire faschistischer Bewegungen und Herrschaft. Dabei verlagerten sich die Angriffe von der Ebene der konkreten künstlerischen Formen auf die der gesellschaftlichen Bedeutung von Kunst und Kultur. Zwar gibt es noch einfacher gestrickte Nazis, die - wie etwa die Kärntner F-Fundis Kriemhild Trattnig oder Otto Scrinzi - jede kulturelle Regung jenseits der Blut-und-Boden-Verherrlichung zu „Artfremdem" erklären. Doch in der Mehrzahl richten sich die rechten Attacken gegen den oppositionellen Gehalt (sub)kultureller Aktivitäten und deren (ohnehin bescheidene) Förderung durch Bund/Gemeinden.

Der Kulturkampf von rechts ist als Bestandteil des Anti-Antifaschismus v.a. ein Bündnisthema: Welche/r Konservative kann der „Verschwendung von Steuergeldern" für „Pornographie", Blasphemie" und - seit kurzem - „Linksterror" schon zustimmen?

Auch jene Medien, die bislang mit dem Vorurteil leben mußten, als liberal zu gelten, zeigen, wozu Journalismus hierzulande fähig ist: Wer kennt da noch den Unterschied zwischen dem „Staatskünstler" (Haider) und dem „Staatstheaterkünstler" (Der Standard, 13./14. 5.) Peter Turrini?

Nazis als Trendsetter

Das von Horst Jakob Rosenkranz herausgegebene Blatt mit dem verwirrenden Titel „fakten", das auch der Küssel-Truppe Volkstreue Außerparlamentarische Opposition (VAPO) als Podium dient, macht sich schon seit seiner Gründung 1990 gegen „linke Kunst" stark. Besonders angetan hat es den „fakten"-Machern Hermann Nitsch: So berichten sie in der Nummer 20/93 über eine Demonstration katholischer LebensschützerInnen und neonazistischer ArterhalterInnen gegen eine Ausstellung des „Schweinigels Hermann Nitsch" in Wels. In ihrer Ablehnung des renommierten Künstlers berufen sich die Faschisten auf Bundespräsident Klestil, der sich 1992 ja weigerte, an der Eröffnung einer Nitsch-Ausstellung bei der EXPO in Sevilla teilzunehmen. Die „fakten" machen zwar aus Sevilla Barcelona, wissen aber: „Würden nicht volksferne Politiker diese Afterkunst aus Steuergeldern künstlich am Leben erhalten, hätte selbstverständlich niemand, außer Polizei und/oder Psychatrie, davon Notiz genommen."

In der Ausgabe 28/93 heißt es: „Gezielte Förderung von `Fremden und Unverständlichem_ lähmt die Menschen, stumpft sie für echte Kunst ab, zieht ihnen den Nerv für den Widerstand gegen die fast schon volksdemokratisch uniformierte Manipulation." Dem gegenüber wollen die „fakten" „die linke Zersetzung mit einer blauen Kulturoffensive durchkreuzen" - das Naheverhältnis zu den Freiheitlichen ist nicht nur ein ideologisches: die Gattin des „fakten"-Herausgebers sitzt gleich für die F im NÖ-Landtag.

Auch das „Flex", jenes subkulturelle Veranstaltungslokal, das gegen den Sturmlauf eines Bündnisses aus F/VP und Mob an den Wiener Donaukanal übersiedeln konnte, gehört seit jeher zu den beliebtesten Angriffsobjekten der Faschisten. Dies umsomehr, als sich Nazi-Glatzen vorm „Flex" ordentlich Schläge eingehandelt hatten, was die „fakten" 12/92 mit „Skins gegen Chaos" kommentierten. Drei Ausgaben später wurde das Punk-Beisl im 12. Bezirk zu einem der Zentren „wild wuchernde(r) Auswüchse" des „Linksextremismus", mit denen „aber jetzt einmal Schluß sein" müsse (15/92). In der Anti-Antifa-Rubrik „Blick nach links" schmieren die „fakten"-Saubermänner weiter: „Türkische Jugendbanden sollen nun durch die Verlegung des linksextremistischen Szene-Lokals `Flex_ an den Donaukanal anarchistische Verstärkung bekommen. (...) Statt friedlicher Spaziergänger, Läufer und Radfahrer wird es dort bald nur noch Alkoholleichen, herumlungernde Drogensüchtige, Vermummte, Gewalt und Anarchie geben." (29/94)

Die neonazistische Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) hat für die moderne Kunst v.a. pathologische Begrifflichkeit parat: zeitgenössischen KünstlerInnen - von der AFP „Systemkünstler" genannt - wird regelmäßig „ein krankes Hirn" attestiert. Gegen diese „Parasiten" mobilisiert die AFP auch mittels Flugblätter den gesunden Volkszorn: „Sind Scheiße und Fut Kunst?", „Wie lange wollt ihr euch noch frotzeln lassen?" und „Wehrt euch gegen die Diktatur der Abartigen!"

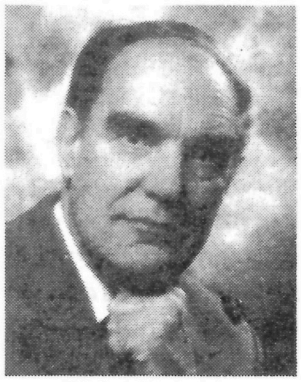
Das durchgängige Thema rechten Kulturkampfes begegnet uns auch hier: die Behauptung einer Verschwörung der „linken Kulturschickeria" (Haider) gegen das Volk, noch dazu unter Verwendung von Steuergeldern! Unter angeblich von öffentlicher Hand finanzierten „Randgruppen" führt die AFP an: „Die Homosexuellen und die Les-

ben, die Rauschgiftsüchtigen und die eingewanderten Zigeuner, die Debilen und die selbsternannten Künstler (...) Es wimmelt nur so von Randgruppen, die auf Hilfe, sprich Steuergeld und Subventionen warten." („Kommentare zum Zeitgeschehen" 229/91)

Die „Homosexuellen und Lesben" waren nicht nur für die Nazis an der Macht eine verhaßte „Randgruppe": Der Wiener F-Stadtrat Hilmar **Kabas** bspw. nennt die „Rosa Lilla Villa" per Aussendung ein „subventioniertes Bordell". Kabas_ Konterfei schmückt auch eine Postwurfsendung der Wiener F, mit der im Mai wieder mal Meinungsforschung betrieben wurde. Vor dem Gemeinderatswahlkampf 1996 fragen die FREIHEITLICHEN dort u.a.: „Sind sie dafür, daß Kulturminister Scholten und Kulturstadträtin Pasterk die Bevölkerung auch in Zukunft mit einseitigem linken Kulturverständnis aus Steuermitteln zwangsbeglücken?"

ALLEIN GEGEN DIE MAFIA: MARINOVIC

Bei Scrinzis ÖSTERREICHISCHEM KULTURWERK, das dieser 1992 als Weiterführung der PFLEGESTÄTTE KLAGENFURT der neonazistischen DEUTSCHEN KULTURWERKS EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG, Graz) ins Leben rief und über beste Kontakte zur internationalen Nazi-Szene verfügt (NATIONALISTISCHE FRONT-BRD, CEDADE-E), tritt regelmäßig Walter **Marinovic** auf.



Walter Marinovic

Marinovic ist Aktivist in der F-Kaderschmiede FREIHEITLICHES BILDUNGSWERK (FBW; heute großspurig: FREIHEITLICHE AKADEMIE), wo er das von ihm 1993 gegründete KULTURFORUM FREIE KUNST gegen eine „linke Kulturmafia" anführt. Mit diesem will Marinovic, einer der Hauptorganisatoren der „blauen Kulturoffensive", „den gesunden Kräften unseres Volkes wieder Mut machen." Mutig schreibt der F-Kulturkämpfer in den von Lothar **Höbelt**, Andreas **Mölzer** und Brigitte **Sob** herausgegebenen FBW-Jahrbüchern auch gegen das „Theater als unmoralische Anstalt" (1994) und die „Wunderwaffe Kulturpolitik" (1995) an. Mit 1995 datiert ein Auftritt Marinovics bei den „Offenhausener Kulturtagen". Heuer legte der umtriebige Kunstkritiker darüber hinaus im einschlägigen Grazer LEOPOLD STOCKER VERLAG die Kampfschrift „Diktatur des Häßlichen. Kulturpolitik heute" vor. Seine Ausfälle illustriert Marinovic mit Beispielen dessen, was bei ihm als „Kunst" durchgeht: Etwa ein Bild eines gefangenen Wehrmachtssoldaten von Walther **Groß**. Der malende Altnazi Groß aus Zwettl/NÖ ist in der Szene kein Unbekannter: 1991 und 93 referierte er bei der POLITISCHEN AKADEMIE der AFP, am 26. April dieses Jahres tauschte er auf Einladung der FREIHEITLICHEN AKADEMIE im Wiener Palais Auersperg mit der F-Staatsanwältin **Höbinger-Lehrer**, dem F-Geschichtsfälscher Höbelt u.a. „Erinnerungen an 1945" aus. Mehr an Groß_ künstlerischer Ader interessiert zeigte sich das Zentralorgan der Alltagsfaschisten, die „Neue Kronen Zeitung", die ihre am 23. April einsetzende Serie zur Ehrenrettung der verbrecherischen Nazi-Armee mit dessen Bildern illustrierte.

F-FURZE

Herausragende Verdienste in Sachen „blaue Kulturoffensive" erwarb sich unlängst auch die oberösterreichische F, Stützpunkt Schärding. Dort hat sich Christl **Rockenschaub**, F-"Kulturreferentin" und als solche „Spürhünding für entartete Kunst" (Eigenbezeichnung), im September 1994 an die Öffentlichkeit gewagt. Titel ihres Pamphlets über die KUPF, dem Zusammenschluß autonomer Kulturinitiativen in OÖ: „Kultur und Politik Furz".

Unter „Die Mistförderung" geht Rockenschaub gleich aufs Ganze: „Millionen an Steuergeldern von Bund, Ländern und Gemeinden gehen jährlich in die Mistförderung (...), an die Kulturpolitik im Sinne einer linken Gesellschaftspolitik." Die „Spürhündin" nennt subkulturelle Aktivitäten in bewährtem NS-Jargon „geistige Umweltverschmutzung", vergleicht sie mit „Krankheitserregern" und verlangt: „Mist gehört staatlich nicht gefördert, sondern dorthin befördert, wo er hin gehört: auf den Misthaufen."

Auf 28 Seiten reitet Rockenschaub Attacken gegen „Musikergruppen mit mehrdeutigen Namen" (wie „Antikörpa", „Dharma Bums Insane"), „Obszönität", „Pornographie", „Lärm", „Blasphemie", „Josef Hader, Kabarettist aus der Hausbesetzerszene", den „Bereich des terroristischen Umfeldes" u.v.m.. Was sich eigentlich wie eine Persiflage auf neofaschistische KulturkämpferInnen liest, wird durch die Veröffentlichung von Foto und Adresse „linker Oberaktivisten" zur unmittelbaren Bedrohung: es wird sich dann schon jemand finden, der diese „Krankheitserreger" - bleiben wir im Nazi-Jargon - ausmerzt...

Schon jetzt winken F-KommunalpolitikerInnen in Debatten über Gemeindesubventionen an KUPF-Mitglieder mit dem Rockenschaub-Papier und versuchen damit, örtliche VP-FunktionärInnen von der „Mistförderung" abzuhalten.

Am 14. März 1995 legten die FREIHEITLICHEN in Person des Schärdinger Bundesrates und Rockenschaub-Sohnes Michael sowie des Freistädter Gemeinderates Rainer **Widmann** noch ein Schäuferl nach: In ihrem „Schnellinfo" an „Landesleitungsmitglieder" und „Gemeinderäte der oö. Freiheitlichen" entlarven die beiden Brauchdümmler die KUPF „als Speerspitze sozialistischer Kulturstrategien", deren Ziel „die Beseitigung von bürgerlicher und traditioneller Kultur" sei, „um einen, von oben lenkbaren, `multikulturellen_ Einheitsmenschen zu schaffen." Rockenschaub und Widmann nennen unbequeme KünstlerInnen im AFP-Jargon „selbsternannte Kulturschaffende", die „von Scholten & Co mit Milliarden an Steuergeldern beschenkt" würden. Nach den „Beobachtungen" der

braunen Verschwörungstheoretiker „entwickelt KUPF folgende Schwerpunkte (Details für Wahlkampf 1997!): Herabwürdigung bürgerlicher Werte (Familie, Landesverteidigung, Kirche, Heimat, Leistung, Anstand, Gesetzestreue etc...); Verharmlosung von gefährlichen Zeiterscheinungen (Rauschgift etc.); Verkündung multikultureller Utopien (Politik für Ausländer); Kampf gegen die demokratische anti-sozialistische Opposition (=gegen die Freiheitlichen)". Dem folgt die Aufzählung prominenter KUPF-Aktivisten, die eines gemeinsam haben: antifaschistisches Engagement, jenen „Kampf gegen die Freiheitlichen" als „linke militante Gesellschaftspolitik".

Dank der Vorarbeit der Familie Rockenschaub fand das berüchtigte Netzwerk des „linken Terrors" nun rasch auch in OÖ Anwendung. Die „Neue Freie Zeitung" präsentierte unlängst unter der Überschrift „Herr Landeshauptmann: HANDELN SIE!" eine weitere Version der linken Verschwörung, diesmal mit dem Zentrum KUPF. F-Landesobmann Achatz dazu: „Agitatoren geben vor, Kulturpolitik zu betreiben. Tatsächlich schlagen sie mit der `Faschismuskeule_ auf die Freiheitlichen ein." (NFZ 20/95)

Da die F den Kulturinitiativen (finanziell) nicht alleine an den Kragen kann, ist sie auf bürgerliche BündnispartnerInnen angewiesen. Die Forderung nach Streichung jeglicher Subventionen für antifaschistische Kulturinitiativen läßt sich nur im Verbund mit SteigbügelhalterInnen aus der ÖVP durchsetzen. Und genau dafür sind nach Ebergassing die Chancen enorm gestiegen. ●

Quellen: IG Kultur (Hg): Kulturstürmerei in Österreich, APA, div. Tageszeitungen

Was geht ab ?

Unter diesem seltsamen Namen erscheint seit letztem Winter eine antifaschistische Nachrichten-Doku. Jeden Monat zum Ersten veröffentlichten die Berliner **„Edelweiß-Piraten"**, was ihnen zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus in die Hände gefallen ist. Geordnet nach Bundesländern werden die Nachrichten eines Monats gesammelt, nach Wichtigkeit geordnet und veröffentlicht. Doch neben den Informationen über die Rechten haben auch Nachrichten zu antifaschistischen Gegenaktivitäten und Veröffentlichungen ihren Platz. Ausländerpolitik und Asyl runden die Thematik ab. Neben den Nachrichten aus der Presse kommen mittlerweile auch viele Informationen von lokalen Antifagruppen dazu, manche Aktionsberichte, außerdem gibt es auch eine Auswertung der rechtsradikalen Presse. So wird versucht, ein möglichst genaues Bild darüber zu vermitteln, „was abgeht". Und es werden auch die Themen neu erschienender Antifa-Zeitungen vorgestellt, zusammen mit der Bestelladresse.

Die **„Was geht ab?"** erspart den meisten Gruppen eine eigene, umfangreichere Auswertung der Presse, auch wenn der Anspruch auf Vollständigkeit sicher nie ganz befriedigt sein wird. Aber das ist beim eigenen Auswerten der Presse sicher nicht anders. Doch die Zeitung ist nicht nur für Antifagruppen interessant - jede und jeder kann sich darin die neuesten Informationen holen. Was allerdings vollständig fehlt, sind Hintergrundberichte und inhaltliche Artikel. Dies ist aber bei einem Nachrichtenblatt auch nicht unbedingt notwendig, vor allem wenn der Platz so knapp ist wie bei dieser Zeitung.

Wer nun Interesse bekommen hat, kann sich ein Probeexemplar schicken lassen. Das Exemplar kostet 3,50 DM, ein Abo über 10 Ausgaben 35 DM. Adresse: Was geht ab?, Postfach 110 331, D-10833 Berlin

Frauen

UND IHRE VERSTRICKUNGEN MIT DEM RECHTSEXTREMISMUS - TEIL I

WANN WERDEN FRAUEN ZU TÄTERINNEN, MITWISSERINNEN UND DULDNERINNEN VON RECHTSEXTREMEN INHALTEN UND RECHTSEXTREMER GEWALT? GIBT ES EINEN „BIOLOGISCHEN" ODER SOZIALEN FAKTOR, DER DAS WEIBLICHE GESCHLECHT GEGENÜBER RECHTSEXTREMER IDEOLOGIE, PROPAGANDA UND MACHTAUSÜBUNG SKEPTISCHER ODER ZUMINDESTENS DISTANZIERTER MACHT? WIDERSPRECHEN RÜCKWÄRTSGEWANDTE, NATURALISTISCH MOTIVIERTE FRAUENBILDER, DEN KONKRETEN INTERESSEN HEUTE HERANWACHSENDER MÄDCHEN? SETZEN SICH RECHTE FRAUENORGANISATIONEN UND DIE KLEINE GRUPPE AKTIVER RECHTSEXTREMISTINNEN NICHT - BERUHIGENDERWEISE - HAUPTSÄCHLICH AUS FREUNDINNEN, TÖCHTERN, EHEGATTINNEN UND WITWEN VERSTORBENER NSDAP-FUNKTIONÄRE ZUSAMMEN?

Die Fülle der Fragen läßt erahnen, daß die Antworten nicht nur zahlreich, unterschiedlich (je nach Zugehörigkeit zu bestimmten Politikkonzepten) ausfallen und mühsam zu finden sein werden, sondern auch, daß durch die Beschäftigung mit dieser Thematik selbstgedachte Grenzen verlassen werden (müssen). So führt uns der Weg der Erkenntnis vorbei an geschlechterspezifischem Wahlverhalten, an der Männerdomäne Politik, gerade durch den Dickicht weiblicher und maskuliner Gewaltanwendung, rechts vorbei am Postulat der natürlichen Ungleichheit und mitten hinein in den Dschungel der Ursachenforschungen.

Um der Vielfalt und Wichtigkeit jeder einzelnen dieser Bereiche und des Schwerpunkts „Frauen und ihre Anknüpfungspunkte und Verstrikkungen mit Rechtsextremismus" Genüge zu tun und um die Erwähnung von Mittäterinnen nicht zur Fußnote verkommen zu lassen, werden wir in den folgenden Lotta dura Neuigkeiten zu dem Gesamtkomplex mit einer Extraportion geistigem Ausritt abrunden.

DIE Rechtsextremistin existiert nicht. Vielmehr hat sich auch im ultrakonservativen Lager eine Flexibilität breit gemacht, die Frauen eine ganze Palette an Identifikationsmöglichkeiten bereit legt und auch gerne von jungen Frauen in Anspruch genommen wird, um Aktivitäten und Engagement in diesen männerbündisch strukurierten Organisationen zu legitimieren. Gerade in Deutschland können wir verschiedene Spezies der weiblichen Faschos studieren. Im wesentlichen lassen sich aber drei Prototypen „rechter Frauen" ausmachen:

1. Die treue Mutter und stille Gefährtin

Diese „Exemplare" sind meist älteren Semesters, fröhnen regen Mutterfreuden und/oder finden sich - noch im Ausbildungsstadium - in Organisationen wie der Deutschen Frauenfront (DFF), der FAP (Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei)- Frauenschaft und der Wiking-Jugend (WJ). Gerade letztere kann als treudeutscher Traditionsverband beschrieben werden. In der WJ wird - ganz der Jugendorganisation HJ des Dritten Reiches nachempfunden - der „rassenreine, germanische" Nachwuchs geschlechtergetrennt aber uniformiert herangezogen. Die Jungrecken erlernen und üben - ausgestattet mit Schaftstiefeln, Bomberjacken und schwarzen Hemden - Kampfsportarten wie Karate und Boxen, wobei natürlich auch der persönliche Umgang mit Waffen nicht zu kurz kommen darf. Die „Jungmädel" in blauem Rock, weißer Bluse und Halstuch veranstalten währenddessen Heldengedenkfeiern, lesen Blut- und Bodenpoesie und trällern am Lagerfeuer die „alten" Lieder, die schon im Dritten Reich populär waren („Eines Staates bester Grundstein bleibt am Ende doch die Frau..."). Auch die DFF (obwohl mittlerweile genauso wie die FAP-Frauenschaft in der Bedeutungslosigkeit versunken) weiß, was Frauen brauchen. Ursula Müller, Ex-FAP-Frauenschaft-"Führerin" über die deutsche Frau: „Die deutsche Frau muß wieder Ordnung lernen, Ordnung und Sauberkeit." Darum veranstalten die FAP-Frauen wöchentlich Treffen, bei denen durch leidenschaftlichst und natürlich gewissenhaftest gehäkelt, gestrickt und gekocht wird, um dem Traum vom neuen Reich ein Masche näher zu kommen. Auch das Flechten von gelbblühenden Forsythienzweigen zu Fruchtbarkeit symbolisierenden Frühlingskränzen gehört zum germanischen Brauchtum, das immer mehr rechte Frauen im trauten Heim gemeinsam mit Gleichgesinnten pflegen.

Unter der Überschrift „Gleichberechtigung - Gleichmacherei" versucht die DFF in einem Artikel ein „modernes" Frauenbild zu skizzieren: „Einerseits stehen wir im politischen Kampf Seite an Seite mit unseren männlichen Kameraden, also völlig gleichberechtigt, andererseits genießen wir das Recht, selbst zu entscheiden, wo unsere Grenzen liegen. (...) Das Wichtigste ist doch, daß eine jede Frau weiß, daß sie einer Aufgabe gestellt ist. Und zwar für das Wohl des deutschen Volkes zu kämpfen. Wie, das steht jeder Frau frei, doch sollten wir niemals vergessen, daß wir Frauen sind. (...) Denn wir sind in erster Linie die Trägerinnen kommenden Lebens, und damit die Hauptverantwortlichen für das Fortbestehen unseres Volkes." Derartig eingedacht stößt die Autorin ihren weiblichen deutschen Genen gehor-

chend auf ein Grundübel der heutigen Gesellschaft: „Völlig unverständlich ist mir allerdings, wie gerade die so gleichberechtigte und aufgeklärte deutsche Frau sich mit fremdrassigen und somit fremdartigen Männern zusammenfinden kann. Denn Achtung und Ehre, die der deutschen Mann der Frau entgegenbringt ist einmalig." (Was unter „Achtung und Ehre" in diesen Kreisen verstanden wird, zeigen die, in manchen Fascho-Skin-Cliquen herrschenden Gruppenvergewaltigung, die zum Aufnahmeritual zählen.)

Auf die Unterstützung von kinderreichen volkstreuen Familien hat sich auch ein eigener Verein spezialisiert: Mütterdank e. V. (Hundseder 1995, S. 92). Die meisten seiner Mitglieder sind bei der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und sehen sich selbst als „Idealisten, die sich mit heißem Herzen Gedanken um den Fortbestand unseres Volkes machen". Zur konkreten Vereinsarbeit zählt die finanzielle Hilfestellung für die Produktion von reinrassigem Nachwuchs, sowie die Auszeichnung von „verdienstvollen" und bewußt auf Luxus verzichtende Mütter mit einer „wertvollen Brosche".

Gemäß den vorangegangenen Ausführungen sieht die Spezies der „mütterlichen Nationalsozialistinnen" ihre Hauptaufgabe in der Arterhaltung, in der Zurückhaltung und dem Respekt den Kampfgefährten gegenüber. Aufgrund ihrer vielfach ausgetesteten Gebärfähigkeit interssieren besonders Themen wie Schwangerschaft/Abtreibung, Kindererziehung und biologisch determinierte Wesensunterschiede zwischen Mann und Frau. Die Bekämpfung der „Rassenmischung" und der Emanzipation der Frau stehen somit im Vordergrund, denn so ist für die 71jährige Witwe eines SA-Gruppenführers die Frau „etwas Dienendes, sie hat genügend zu sagen in der Familie, wenn sie es richtig macht. Sie muß ja nicht so penetrant sein und sich einbilden, sie muß immer recht haben, sie muß immer noch was draufgeben." (Balbach 1994, S. 121) Wo der Hase begraben liegt und was das Credo ihrer eigenen Erziehung und der Ursprung ihres Eheglücks war, erklärt sie eine Seite zuvor:
„Dann hat mein Vater zu mir gesagt: Weißt du, das wichtigste ist, daß du zur rechten Zeit das Maul hälts, nicht diskutierst, sondern ruhig bist. (...) Einen Streit habe ich also immer damit beendet, indem ich die Hand meines Mannes genommen habe und einfach gezeigt habe, daß ich bereit bin, wieder gut zu sein. (...) Und dann würde ich sagen, würde ich eionem jungen Mädchen sagen, daß der Mann das Gefühl haben muß, daß man voll hinter ihm steht." (Balbach 1994, S. 120f) Deshalb wird auch der zunehmende Verfall der „Ordnung" und die Zerstörung Deutschlands laut der promovierten Geographin Ursula Schaffer, 83jähriges Ehrenmitglied der WJ und Proponentin der Deutschen Kultur Gemeinschaft (DKG), „durch sittliche und kulturelle Zersetzung" erarbeitet: „Abtreibung, freies Sexualleben, das führt letzten Endes alles zur Vernichtung, während ein gesundes Familienleben zur Erhaltung des Volkes beiträgt." (Tenner 1994, S. 47) Auf welches Familienleben es allerdings in Wirklichkeit ankommt, stellt Schaffer in einem kurzen psychoanalytischen Exkurs klar, wenn sie meint: „Bei den Mischehen zwischen Schwarzen und Weißen oder Orientalen wird der Mensch in sich gespalten. Das sind keine einheitlichen Menschen mehr. Die sind geistig und seelisch gespalten und wissen nicht, wo sie hingehören." (Tenner 1994, S. 50) Im selben Ton plaudert eine 30jährige fünffache Mutter, die Mitgleid der FAP ist, aus der Kochschule: „Ja, ich esse ganz gerne Eintopf, aber ich habe nicht vor, das in meinem Privatleben noch auszuführen. Ich bin schon dafür, daß eine Rassenerhaltung auch bei den Kindern besteht und daß ich hinterher nicht irgendein Mischmasch habe. Wenn man das manchmal sieht, für was halten Sie so ein Kind dann, ein Neger ist es nicht, ein Weißer ist es nicht ... wo gehört dieses Kind dann hin?" (Balbach 1994, S. 109)

All diese Frauen sehen sich trotz ihrer eingeschränkten Rolle und ihrer mangelnden Mitsprache-(möglichkeit) keineswegs als Opfer des Patriarchats. Vielmehr propagieren sie laut ihre selbstbewußte Haltung und schöpfen aus dem Wissen um ihre Wesensunterschiede und um ihre Fähigkeit zur Volkserhaltung die Erkenntnis, daß sie durch ihre wichtigen Aufgaben einen gleichberechtigten Status in der Bewegung innehaben. Und so füllen sich die selbstorganisierten arischen Kindergärten wieder mit blondzöpfigen Mädeln und seitengescheitelten Knaben.

II. Die disziplinierte Kameradin und karrieristische Politikerin

Um Selbstbestimmung, Karriere und Gleichberechtigung kreisen die Vorstellungen der modernen rechten Frau. Mit Gebärmaschinen, Heimatpflege und Stillhalteabkommen haben diese (verirrten) Produkte der Frauenbewegung nichts am Hut. Dementsprechend distanziert stehen sie zu Traditionsvereinen und -parteien wie WJ, Republikanern, und DVU. „Jede Frau soll ihr Leben so bestimmen, wie sie´s halt möchte, ich weiß auch noch nicht, ob ich unbedingt Kinder haben möchte oder nicht, das soll jede Frau für sich selbst ausmachen." (Konkret 1994, S. 6) läßt Sabine Münch von der Deutschen Liga - Für Volk und Heimat (DL/VH) verlauten. Hinter dem Unterschied zur „dienenden Mutterfigur" stehen nicht nur neue gesellschaftlich entwickelte Interessen der jungen Frauen, die in einem Heimchen-Dasein nicht mehr ihre Erfüllung finden, sondern auch unterschiedliche Politikkonzepte. So grenzt sich Ursula Worch, Aktivistin der Nationalen Liste (NL) und Ehegesponst von Christion Worch, dem neuen „Führer" der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF), nicht nur von der WJ ab, deren weibliche Mitglieder in der „Aufzucht" von möglichst viel arischem Nachwuchs den Lebenssinn finden, sondern stellt klar: „Wir als Partei im revolutionären Lager sehen das zur Zeit nicht als unsere Hauptaufgabe an, sondern wir sehen es als unsere Hauptaufgabe an, daß wir den politischen Umsturz erreichen. (...) Wir sagen, es gibt noch immer genügend Kinder, wir brauchen jetzt

nicht selber damit anfangen, Kinder in die Welt zu setzen, denn das wird auf jeden Fall nicht den politischen Umsturz bringen." (Konkret 1994,. S. 7)

Ein Herzeigeexemplar in der Ruprik „emanzipierte rechte Frauen" ist Esther („Lisa") Wohlschläger, die mit ihren 24 Jahren schon zu den Politprofis zählt und vor allem durch ihre Verlobung mit dem homosexuellen, verstorbenen Michael Kühnen auf sich aufmerksam gemacht hat. Nun schreitet sie als neue Lebensgefährtin von Christian Worch zu neuen Taten. Bereits 1990 übernahm Lisa die Führung der damals stillgelegte Deutschen Frauenfront, die zwar auch nicht lange von Bedeutung war, deren Aktivistinnen sich aber nun offensichtlich einer neuen Spielart rechtsextremer Praxis zugewandt haben, nämlich der Anti-Antifa (siehe auch Artikel Seite ?). Lisa will zwar „keine Männerhasserin werden", bezeichnet sich aber als „frauenbewußt, sehr selbstbewußt, unabhängig" und stellt folgende Forderungen auf: „Ich bin dafür, daß die Frau jederzeit das Recht auf Unabhängigkeit hat. Ich bin für Gleichberechtigung, für die totale Gleichberechitgung, auch im Beruf. (...) Ich bin totaler Kindernarr. Aber bevor ich Kinder in die Welt setze, möchte ich beruflich ganz weit hinaus, studieren und mich weitmöglichst qualifizieren." (Tenner 1994, S. 194) Aus ihrer eigenen Geschichte (als sog. „Witwe" von Michael Kühnen) verständlich postuliert Lisa Wohlschläger: „In ein Abhängigkeitsverhältnis möchte ich nie kommen, egal, welchem Mann gegenüber. Insofern natürlich emanzipiert, Selbständigkeit, stets die Kontrolle über alle behalten, weitmöglichst." (Tenner 1994, S. 208)

Auch die Positionen zu Schwangerschaftsabbruch und Vernichtung „unwerten" Lebens sind bei diesen jungen Frauen etwas differenzierter, obwohl vor einer Pauschalisierung gewarnt werden soll. So findet eine 19jährige in Ausbildung befindliche Bürokauffrau, die auch Mitglied der Deutschen Nationalisten ist, befragt nach ihrer Meinung zum Thema Abtreibung: „Ich finde, das sollte jede Frau selbst entscheiden. Da haben sich meiner Meinung nach die Männer überhaupt kein Urteil drüber zu bilden, weil Männer sind es ja nicht, die die Kinder kriegen und nachher vielleicht allein damit dastehen, sondern das sind ja am Ende die Frauen. Da sollten das auch die Frauen entscheiden." (Balbach 1994, S. 102)

Obwohl gerade solche Statesments suggerieren könnten, daß doch geistige Verbindungsfäden zu einer progressiven Frauenbewegung existieren, darf die taktische Handhabung derartiger Identitätsspielräume (= Toleranz und Flexibilität in der Bewertung von Mutterrolle und Gleichberechtigung) nicht vergessen werden. Rechte Partein und Organisationen haben entdeckt, daß Frauen auch Wähler(innen) und nicht nur Mütter, Töchter, Ehegattinnen und Freundinnen sind. Immer eingedenk der Weisheit, daß zwanzig Emanzen noch keine (Frauen-)Bewegung fortschrittlich machen, sei hier noch vor der Gefahr der Ausnützung der „Frauenfreundlichkeit" der Linken gewarnt, die nun immer öfter von „interessierten" Agenten weiblichen Geschlechts aufgesucht, ausgeforscht und beobachtet werden.

III. Die „emanzipierte" Schlägerin oder gedemütigte Sexsklavin

Gerade in der letzten Zeit geistern immer wieder Berichte über saufende und schlägernde Skin-Frauen durch den Blätterwald. Dabei entpuppt sich der scheinbare Widerspruch zwischen übersteigertem Männlichkeitswahn und aggressiver Frauengewalt als verkauffördernder Kern der medialen Gewaltdarstellung und -beschreibung. Daß Skinheads per se als die „Jugendgruppe mit dem höchsten Arbeiter- und dem geringsten Ausländeranteil" charakterisiert werden, ist nur zum Teil richtig. Vielmehr stellen die sog. Boneheads (= faschistische Skins) nur einen Teil, wenn auch den mittlerweile größten in der gesamten Skin-Bewegung dar. Frauen, sog. Renees, die sich in diesen Gruppierungen - wenn auch in geringer Zahl, aber doch - aufhalten, sind in drei unterschiedliche und sich bekämpfende Kategorien einzuteilen:

1. Die Frau, wie sie der brutale und kernige Bonehead haben will, „jederzeit bumsbereit, geil und willig". Dieser Frauentyp wird in den Blättern der Boneheads, den sog. Fanzines, wortreich unter der Überschrift „Prickelnde Augenweide Skinhead Girls" beschrieben: „Neu! Für die vergnügliche Intimrasur. Rasierte Evas. Mal blitzblank, mal gekonnt gestutzt. Mädchen und Frauen machen keinen Hehl aus ihren Reizen." Auch die „Kontaktanzeige" des - als Vergewaltiger bekannten und noch immer (oder deswegen?) in der Bonehead-Szene verwurzelten - Dieter Riefling geben Aufschluß über die Art der angestrebten „Partnerschaft": „Notgeiler Skinhead (1.60m großer Zwerg mit roten Haarstoppeln, Sommersprossen und rotem Flaum auf der

Brust) sucht Renee, das ihn davor bewahrt wegen Vergewaltigung in den Knast zu gehen... - ich weiß wovon er spricht - die Redakteurin -" Daß Titelseiten diverser Fanzines durch eindeutige Renee-Photos „verschönt" werden, nimmt nicht wunder, wenn doch die Veröffentlichung von pornographischen Bildern, die auch vor Kinderpornographie nicht Halt machen, zum guten „Geschmack" der meisten Blätter zählt. Dabei vermitteln diese Pornos den Typ Frau, den Boneheads

gerne hätten - gefesselt und erniedrigt, in Strapsen oder mit offener Hose, immer bereit, ihr Eigentum, mit dem sie tun und lassen können, was sie wollen. Das „Bedürfnis" (oder besser: die Triebe) der Männer haben absoluten Vorrang; die Frauen, das „Vergnügen", sich (dem) zu entwerfen.

Zum wichtigen Bestand des Bonehead-Weltbildes zählt auch die Vergewaltigung, die in der Ausführung der Gruppenvergewaltigung als „Aufnahmeritual" diverser Boneheadgruppen auftaucht. Die „praktischen Auswirkungen" lassen sich anhand von Zeitungsmeldungen über (neo)faschistische Übergriffen und Anschläge verfolgen: 1992 wurde die 17jährige Nicole Bargenda von ihrer Bonehead-Gruppe vergewaltigt und anschließend ermordet.

Viele Renees zahlen diesen „Preis", um Teil einer „starken Gruppe" zu sein, einige sprechen auch von einer „Lust", die ihnen das „Gebrauchtwerden" (auch wenn es nur um ihren Körper geht) vermittelt. Monique, Bandleaderin, ist das Paradebeispiel für die Traumfrau der Boneheads. In einem Interview unter der Überschrift „Hemmungslos und geil" antwortet sie auf die Frage, welche Sexualpraktik sie bevorzuge: „Ein Lied das heißt 'Anal', weil anal immer geil ist. Ich steh eigentlich auf alles und mit jedem und mach eigentlich auch alles mit." Deshalb versteht es sich auch von selbst, daß Nacktphotos von Monique in etlichen Fanzines und in dem Skingirlkalender zu finden sind.

2. Frauen, die wie (männliche) Boneheads prügeln, saufen und zu allem bereit sind. Diese Renees sorgen für Schlagzeilen, sind der Zeitschrift „Bild der Frau" ganze zwei Seiten wert und haben damit keine geringen Beitrag zu einer Wiederbesinnung auf „weibliche germanische Werte" geliefert. Obwohl der Anteil der Frauen, die Gewalttaten begehen verschwindend gering ist (von 4,7 % im Jahr 1992 ging er auf 3 % 1991 in der Bundesrepublik Deutschland zurück), wird gerade diesen Renees eine große zumindest mediale Aufmerksamkeit geschenkt. Die Kurzbiographie eines gewalttätigen Mädchens, die von sich behauptet (so der Titel der Bild der Frau-Story) „Ich heiße Petra, ich knalle Ausländer weg" beginnt mit: „Skinhead aus Berlin-Marzahn. Schülerin. Schlägt in der Freizeit Türken, Vietnamesen, Schwarze nieder. Fackelt türkische Imbißbuden ab. Wirft Molotow-Cocktails gegen Linke. Knarre in der Schultasche. Singt Nazi-Lieder. Ist bereit, für die rechte Sache zu morden." Und endet mit den bezeichnenden Worten: „Was sind das bloß für Menschen?!" Gemeint sind damit aber Frauen, die nicht nur - durch Ausübung von Macht und Gewalt aus dem Rahmen der „NormalverbraucherInnen" herausfallen, sondern die auch nicht in das Bild des „von Natur aus friedfertigen" weiblichen Geschlechts passen . Daher verwundert es auch nicht, daß sich zu einer bluttriefenden Beschreibung ihres „Zeitvertreibs" dann noch die - fast beiläufige - Feststellung gesellt: „Männer ekeln Petra an, seit sie beim Trampen vergewaltigt wurde. 'Ich könnte heute noch kotzen! Den Dreckskerl bring ich auch noch um!' Sie steht jetzt auf Frauen: 'Bin lesbisch. Wie Hella von Sinnen. Die find ich geil. Sieht auch gut arisch aus.'" Das Pärchen politische Gewaltanwendung und sexuelle „Abartigkeit" (= Männerhaß) ist uns aus den Zeitungsberichten über die Aktivistinnen der Roten Armee Fraktion (RAF) und andere politische "Terroristinnen" wohl bekannt. Die Widersprüchlichkeit ihres Handelns mit den Ideen des von ihnen befürworteten Nationalsozialismus ist diesen Renees kaum bekannt und wird daher dem Spaß am Erlebten, am Überleben und am nicht Erwischtwerden gerne untergeordnet.

3. Frauen, die sich gleichzeitig als Renees und als Kämpferinnen in der eigentlichen Rolle der Frauen nach der Ideologie des Nationalsozialismus verstehen. Mit dieser Einstellung stehen sie im krassen Gegensatz zu den beiden anderen „Renee-Kategorien" und sehen ihre Aufgabe auch in dem Kampf gegen diese „Schlampen und Schlägerinnen". Zu diesem Zwecke wurde 1991 in Berlin die Skingirl Front Deutschland (SFD) ins Leben gerufen, die Renees die „Tugenden der deutschen Frau" näher bringen wollen. Eingebettet in das internationale Netzwerk der Women for Aryan Unity (WAU) pflegen deutsche Renees regen Kontakt zum Ku Klux Klan (KKK), zur Schwestergruppe der WAU, dem Aryan Resistance Movement, sowie der Aryan Women´s League, der eigentlichen Frauenorganisation des KKK. (Mit den internationalen Verknüpfungen der Frauenorganisationen möchten wir uns gesondert in einer der nächsten Nummern beschäftigen) Als Kämpferinnen für eine "arische Rasse" fühlen sie sich - trotz fehlender blonden Zöpfe - ideologisch und strategisch wohl der stillen Mutter und Gefährtin am nächsten, obwohl das Ausmaß ihres Engagementes ein viel höheres ist.

Fazit: Frauen treten Organisationen nicht nur ihrer Männer wegen bei, sondern verfolgen mit der Stärkung rechter Gruppierungen - und mit ihrer Arbeit dort - konkrete eigene Interessen. Sie haben in den wenigsten Fällen die Fäden in der Hand, tragen aber durch ihre Anwesenheit schon Verantwortung für das jeweilige Strickmuster, mit dem rechtsextreme Organisationen für AktivistInnen und WählerInnen werben. An dieser Stelle soll auch vor einer Überschätzung weiblicher Macht und Einflußmöglichkeit gewarnt werden, vielmehr sollten Taktik und Auswirkung rechter Politik auch in Bezug auf das Geschlechterverhältnis analysiert werden und erst daraus Konsequenzen gezogen werden. Mit dieser Serie wollen einen Beitrag gerade dazu leisten. ●

Literatur:

Franziska Hundseder: Rechte machen Kasse. Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur Nachf.; München 1995

FAntifa Kassel (Hg.): „Auch Sie, Frau Mustermann ...?!" Ein Reader zu Mädchen/Frauen und Rechtsextremismus; (Nur in guten Infoläden erhältlich) Kassel 1992, 70 S.

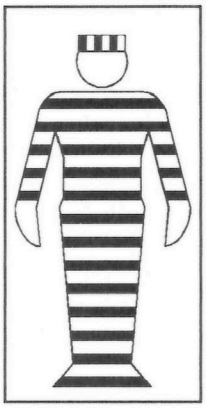
Sonja Balbach: „Wir sind auch die kämpfende Front" - Frauen in der rechten Szene; Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1994

Franziska Tenner: Ehre, Blut und Mutterschaft. Getarnt unter Nazi-Frauen heute; Aufbau-Verlag, Berlin 1994, 280 S.

Fantifa Marburg (Hg.): Kameradinnen. Frauen stricken am Braunen Netz; Unrast-Verlag, Münster 1995, 145 S.

Antifaschistisches Infoblatt 22 (Mai/Juni 93) und 29 (März/April 95)

KAMPAGNE Schimanek-



In qualitativer Hinsicht haben es die Solidaritätsbekundungen für den zu 15 Jahren Haft verurteilten „Gaubeauftragten" NÖ der VOLKSTREUEN AUßERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION (VAPO) und Führer der KAMERADSCHAFT LANGENLOIS aber allemal in sich. Dafür bürgt Vater Hans Jörg Schimanek sen., F-Landesrat in NÖ.

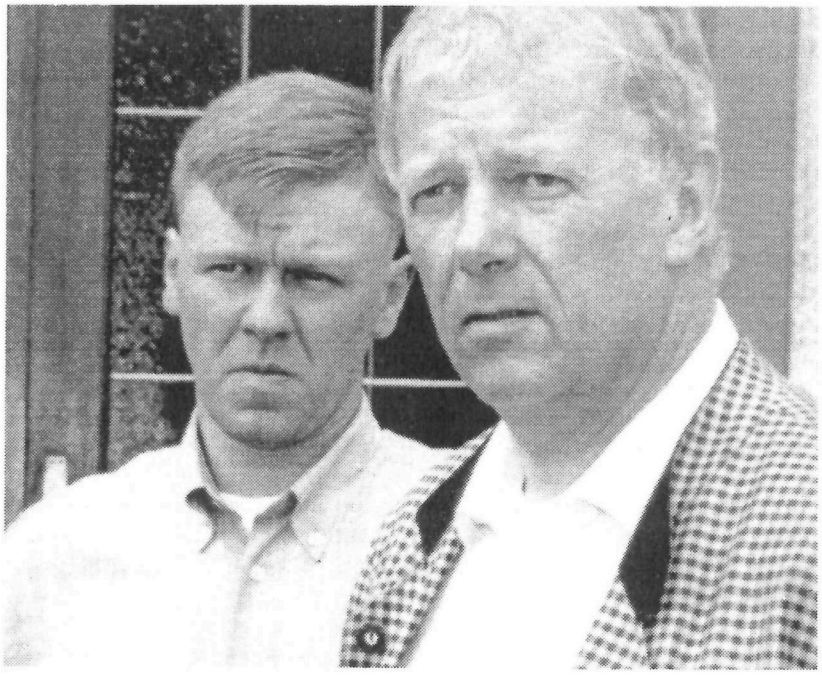
Schimanek sen., dem es lieber ist, sein Sohn betätigt sich neonazistisch, „als er nimmt Rauschgift", unterstützt und deckt die entsprechenden Aktivitäten des Juniors seit jeher. 1986 schrieb er an die Gemeinde Langenlois über die Wehrsportübungen des Juniors: „Will man diese Aktivitäten als rechtsradikal oder paramilitärisch bezeichnen, dürfte es auch keine Lager der Pfadfinder, der Katholischen Jugend oder auch der SJ geben."

Die Partei, die auf „Bewegung" macht, steht nach dem Urteil hinter ihrem Landesrat: Während Landesobmann **Gratzer** die Aufregung um den VAPO-Recken mit „viel Lärm um nichts" kommentierte, erwartete **Haider** am 29. März zwar noch eine „Erklärung" des Seniors, falls es zur Verurteilung des Stammhalters komme. Zwei Tage später setzte es für Küssels Mann in NÖ 15 Jahre, doch für die F war kein Erklärungsbedarf mehr gegeben.

Ganz im Gegenteil: F-Klubobmannstellvertreter **Meischberger** nannte die Forderung nach Abberufung des Landesrates, der sich in einem Brief an an den einsitzenden Sohn gegen das NS-Verbotsgesetz stark machte, „einen unglaublichen Höhepunkt" der „politisch motivierte(n) Menschenjagd gegen einen vorbildlichen Vater". Auch dem vorbildlichen Sohn, dessen Verurteilung ebenfalls „politisch motiviert" (Meischberger) sei, machte die F von nun an die Mauer. So meinte Haider am 1. Mai in Salzburg: „Wir haben mit Schimanek jr. nichts am Hut, aber wenn er 15 Jahre ins Gefängnis kommt und ein Mörder nach zweieinhalb Jahren wieder freigelassen wird, stimmt etwas nicht."Das meinen auch die „fakten" des Horst Jakob **Rosenkranz**, dem Gatten einer weiteren F-Landtagsabgeordneten in NÖ: „Wie kommt man zu 15 Jahren Gefängnis, ohne ein Verbrechen begangen zu haben?" (38/95)

EINE WELLE DER SOLIDARITÄT, VERGLEICHBAR MIT JENER FÜR DEN BOSS GOTTFRIED KÜSSEL, DÜRFTE HANS JÖRG SCHIMANEK JR. IN DER „FESTUNGSHAFT" WOHL NICHT UMSPÜLEN. DAZU WAR DER MILITÄRISCHE STRATEGE DER ÖSTERREICHISCHEN NEONAZISZENE V.A. IN DER BRD ZU UNBEKANNT.

Die Schimaneks versuchen nun mit einer Petition an Bundespräsident Klestil, ihren Angehörigen aus dem Gefängnis zu bekommen. Die Unterzeichneten an das Staatsoberhaupt: „Setzen Sie sich bitte auch dafür ein, daß man in Österreich als demokratischem Staat für gesprochenes Wort nicht auf Jahre hinter Gitter muß." Die Unterschriften für den VAPO-Kader sammelt die vormalige F-Landtagsabgeordnete Ilse **Hans** aus Mödling ein. Diese kennt den Kampf gegen das NS-Verbotsgesetz auch von einer anderen Front: Die ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DEMOKRATISCHE POLITIK (AFP) - Aufkleber: „Wir wollen keine Verbotsgesetze, sondern freie Meinungsäußerung!" - durfte Frau Hans des öfteren als Referentin auf ihrer „Politischen Akademie" begrüßen. ●



Hans Jörg jun. und Schimanek sen.

Von Worttätern und Geschichtslügnern:

Verein Dichterstein Offenhausen

Am Samstag, den 29. April 1995, demonstrierten ca. 70 AntifaschistInnen in der kleinen Gemeinde Offenhausen bei Wels (OÖ) gegen den rechtsextremen Verein Dichterstein Offenhausen. Mobilisiert hatte ein Bündnis aus autonomen Antifa, AKS u.a.. (Die SJ verabschiedete sich nach Ebergassing von dem Bündnis.) Direkter Anlass für den Protest waren die von diesem Verein veranstalteten Offenhausener Kulturtage, die jedes Jahr Ende April/ Anfang Mai im Gasthof Lauber stattfinden.

Während also draußen die DemonstrantInnen gegen den Verein, gegen seine braune Ideologie und gegen die Nazi-Kontinuitäten schrien, Redebeiträge hielten, Flugzettel verteilten, beschimpft und von verschiedensten Seiten (nicht nur von der Polizei) fotografiert und gefilmt wurden, fand drinnen im Gasthof laut Programm gerade die zweite Dichterlesung statt. Die AntifaschistInnen mußten jedoch, gezwungen durch eine polizeiliche Absperrung, 50 Meter Abstand vom Veranstaltungslokal halten. Zuvor waren sie schon beim Verlassen des Demo-Busses genauestens durchsucht worden. Zurück zum Anlaß und Hintergrund dieser Demonstration. Im Mittelpunkt der Offenhausener Kulturtage stehen Vorträge, die von Personen aus dem rechtsextremen und deutschnazionalen Lager gehalten werden, natürlich mit dementsprechenden Inhalten. Dieses Jahr standen Themen wie z.B. "Flugsand ist der Mensch ohne Heimat - 50 Jahre Heimatvertreibung", gehalten von Alexander **Hoyer** aus Graz, auf dem Programm. Hoyer schreibt unter anderem in den "Mitteilungen" der Wohlfahrtsvereinigung der Glasenbacher, wobei Glasenbach ein US-Internierungslager für belastete NS-Funktionäre und Kriegsverbrecher nach 1945 war. 1992 trat er als Vortragender bei der "Kulturwoche" des Österreichischen Kulturwerks - Landesgruppe Kärnten auf, deren Obmann niemand geringerer als Otto **Scrinzi** ist, und die sich vor allem durch ihre guten Verbindungen zur internationalen rechtsextremen und neonazistischen Szene hervortut. Dieses Jahr wurde Hans-Michael **Fiedler** aus der BRD als "Stargast" präsentiert. Weiters verleiht der Verein Dichterstein Offenhausen jährlich den "Joseph-Hieß-Gedenkpreis", zur Würdigung der Leistungen einer Person in teutscher "Volkstumsarbeit, Wissenschaft und Kunst", und den "Dichtersteinschild", der eine literarische Auszeichnung an eine um das teutsche Schrifttum verdiente Person darstellt. 1974 bezog sich der NS-Kampflyriker und ehemalige "Reichskultursenator" Gerhard **Schumann** in seiner Dankesrede für die Verleihung des Dichtersteinschildes explizit auf den "Adlerschild des Deutschen Reiches", womit er die höchste Auszeichnung Hitlers für NS-Barden meinte, und mit dem "Dichtersteinschild", als symbolische Erneuerung des Adlerschildes verglich. Diese Dichtersteinschilde werden dann am "Dichterstein", einem Monument auf einem Hügel über Offenhausen, neben weiteren 400 - 450 "garantiert reinrassig arischen" DichterfürstInnen angebracht. Dieser Dichterstein wurde 1963 von Joseph Hieß (ab 1933 Mitglied der NSDAP) und seinen Turnerbrüdern des Österreichischen Turnerbundes (ÖTB) allen verstorbenen und gefallenen teutschen Turnerdichtern gewidmet, diente aber bald der Ehrung aller volkstreuen teutschen DichterInnen des gesamten deutschen Sprachraumes. Hieß wollte mit seinem Dichterstein ein Zeichen setzen gegen die, wie er es nennt, "krankhafte Selbstbespeiung" der Deutschen und die "von geheimen Drahtziehern gewollte Umkehrung aller Werte" nach 1945. Welche Werte er damit meinte, kann mann/frau in den Stufen, die in den Dichterstein führen, nachlesen. Dort sind Schlagworte wie "deutsches Volkstum - Friede", "Ahnenehrung - Gesittung", "Kameradschaft - Heldentum", "Sippenreinheit" und "Muttertum" eingemeißelt. Die ideologischen Grundlagen dafür liegen in den "Lehren" von Rassen, Auslese, Arterhaltung und Sozialdarwinismus. All das, was heute von der Neuen Rechten mit anderen Worten aber den gleichen Inhalten fortgesetzt wird. Über den Stufen prangt auf einem schmiedeeisernen Torbogen der Spruch "Wer den Geist verrät, verrät sein Volk" von E.G. **Kolbenheyer**. Kolbenheyer gehörte unter Hitler der Deutschen Dichterakademie an, nachdem diese 1933 in Folge der Bücherverbrennungen in Deutschland gewaltsam umbesetzt wurde. Kolbenheyer erhielt aufgrund seiner Verdienste und propagandistischen Bedeutung für das Dritte Reich von Propagandaminister Goebbels, neben anderen Nazidichtern, Sonderprivilegien. Neben Kolbenheyer ist fast die gesamte NS-Dichterprominenz auf dem Dichterstein Offenhausen verewigt. Namen verfolgter, vertriebener und ermordeter DichterInnen findet mann/frau am Dichterstein nicht und wird sie auch in Zukunft nicht finden, weil der Dichterstein den Worttätern des Dritten Reiches gewidmet ist. Dietrich **Eckart** war ein solcher Worttäter, er galt als ausgesprochen nationalsozialistischer Dichter, der als Held unter den NS-Barden besonders verehrt wurde und am Dichterstein verewigt ist. Ein weiteres Beispiel ist Adolf Bartels, der bereits in den 20er Jahren den Nationalsozialis-

mus als "Deutschlands Rettung" bejubelte. Er zählt daher ebenfalls zu den geistigen Wegbereitern des NS-Regimes und wird am Dichterstein geehrt. 1967 wurde an Karl **Springenschmid** der Dichtersteinschild verliehen. Springenschmids Vergangenheit sieht folgendermaßen aus: Nationalsozialist der frühen Stunde, Schriftsteller und Lehrer, Wegbereiter des Anschlusses und Initiator der ersten Bücherverbrennung 1938 in Salzburg. Erster Dichtersteinschildträger war Fritz **Stüber**, ehemaliger illegaler Nazi, Nationalratsabgeordneter des VdU und "Schriftleiter" des "Eckartboten deutscher Kultur und Schutzarbeit". (Mehr zu Stüber in Lotta Dura Nr.2, S.18f) Die ideologischen Schwerpunkte des Vereins DICHTERSTEIN OFFENHAUSEN sind u.a. Kontinuitäten wie das Bekenntnis zur "Volksgemeinschaft", ein "rassisch-biologisch" geprägtes Weltbild, der Kampf gegen die "Umerziehung", "Greuellügen" und die "psychologische Kriegsführung der Alliierten". Um den Verein im Original sprechen zu lassen, ein paar Zitate: "In unseren Schulen sollen die Lehrer Gärtner sein, deutschbewußt, und durch diese Haltung das Antlitz unseres deutschen Volkes gestalten." "(...) ja, diese schönen deutschen und natürlich gebliebenen Mädchen, aus denen die Zukunft unseres Volkes und damit die Ewigkeit unseres Volkes kommt, (...) die Mädchen wollen einst Frauen und Mütter sein, aber nicht in Ihrem Weibtum entwürdigt." "(...)zur deutschen Abnormität gehört auch das sogenannte 'Auschwitz-Lüge-Gesetz', (...) daß für einen bestimmten historischen Tatbestand, der (...) trotz aller Literatur in zentralen Fragen noch immer ungeklärt ist, ein bestimmter Glaube vorgeschrieben und jeder Zweifel daran mit Bestrafung bedroht ist." Der Verein DICHTERSTEIN OFFENHAUSEN wird vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) den Organisationen der Kategorie "Kulturrechtsextremismus" zugerechnet, die eine wichtige Integrationsfunktion im rechtsextremen Lager erfüllen, da sie sowohl militante als auch gemäßigtere RechtsextremistInnen zu ihren Mitgliedern und FunktionärInnen zählen. Zu dieser Gruppe gehören auch z.B. die KAMERADSCHAFT IV und die schlagenden Burschenschaften. Ex-F-Bundesrat und F-Umvolkungs-Experte Andreas **Mölzer** beehrte 1985 die Offenhausener Kulturtage mit einem Vortrag zum Thema: "Der Kampf um die deutsche Identität", und bekam sogar, wen/welche verwundert es, 1990 den "Joseph-Hieß-Gedenkpreis" in Anerkennung seiner Leistungen in Sachen teutscher "Volkstumsarbeit, Wissenschaft und Kunst" verliehen. Ein Jahr später, 1991, nahm der österreichische Neonazi Gerd **Honsik**, der zur Zeit im sonnigen Spanien anstatt in einem österreichischen Gefängnis weilt, am Treffen des Vereins teil. Sein gerichtlich beschlagnahmtes Buch "Freispruch für Hitler" soll bei dieser Gelegenheit verteilt worden sein. Im Jahr 1993 gab Haiders Geschichtsschreiber Univ.Doz.Dr. Lothar **Höbelt** den "Kulturtagen" in Offenhausen die Ehre seiner Anwesenheit. 1989 referierte der teutsche Neonazi Ewald **Althans**, bekannt aus der Dokumentation "Beruf Neonazi", zum Thema "Sind wir Österreicher Deutsche?". Zurück ins Jahr 1995, zur antifaschistischen Demonstration. Als einzige "Aktion" wurde am Ende der Demonstration ein Alternativ-Dichterstein mit Namen von verfolgten, vertriebenen und ermordeten SchriftstellerInnen aufgebaut. Ob es abschließend als Erfolg oder Versagen der antifaschistischen Szene in Österreich zu sehen ist, daß (nur?/sogar?) ca. 70 AntifaschistInnen vor Ort den rechtsextremen DichterInnen zeigten, daß es Widerstand gegen sie gibt, muß, wie auch effektivere antifaschistische Demonstrations- bzw. Aktionsformen, diskutiert werden. Am Verlauf der Demonstration in Offenhausen ist konstruktive Kritik sicherlich angebracht und notwendig. ●

HANS MICHAEL Fiedler

➤ Geboren 1943

➤ 1963 Beitritt zur NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

➤ 1972 gründet er den GÖTTINGER UNABHÄNGIGEN STUDENTENBUND, der personelle Verknüpfungen mit der WEHRSPORTGRUPPE HOFFMANN aufwies, Bundestagskandidat der NPD

➤ 1974 gründet er den STUDENTENBUND SCHLESIEN, bei der Gründungsveranstaltung anwesend war der Nazi-Terrorist Ottfried Hepp.

➤ 1980 Mitbegründer des "neurechten" THULE-SEMINARS in Kassel

➤ 1982 Fiedler wird mit seinem ARBEITSKREIS FEINDAUFKLÄRUNG Vorreiter in Sachen Anti-Antifa: in den folgenden Jahren sammelt er mehrere tausend Datensätze von Antifas.

➤ 1984 als zentrale Figur der deutschen Neonaziszene im Verfassungsschutzbericht. In Bonn schlagen Mitgliedern der im Februar 1995 verbotenen FAP und der im Herbst 1994 verbotenen WIKING JUGEND einige Punks mit Eisenketten und Schlagstöcken zusammen. Die Neonazis kommen direkt von einer Tagung der Fiedler-Gründung GESAMTDEUTSCHER STUDENTENVERBAND (GDS), bei der dieser referierte.

➤ 1988 Referent für Politische Bildung beim NPD-Landesvorstand Niedersachsen

Der "Vertriebenen"- und NS-Multifunktionär schreibt u.a. in den "Staatsbriefen" und in "Nation und Europa" und werkt als Redakteur beim "Deutschen Hochschulanzeiger" und beim NPD-Organ "Deutsche Stimme". In Göttingen betreibt er ein stark (auch international) frequentiertes Neonazi-Zentrum (Verlag, Tagungen etc.). Hierzulande besucht er regelmäßig die "Politischen Akademien" der ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DEMOKRATISCHE POLITIK (AFP). ■

Quelle: Autonome Antifa (M): Dokumentation der Demonstration in Adelebsen/Göttingen, 20. März 1993

Literatur:

DÖW (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, 1993

DÖW (Hg.), Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, 1981

Gert Kerschbaumer, Manuskript eines Referates für die Informationsveranstaltung "Wie gefährlich ist der Dichterstein?", 1991

Wolfgang Purtscheller, Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk, 1993

F-Nazi Gaugg und Revisionist Lüftl

Am 26.5. berichtete die Tageszeitung der Standard über einen bemerkenswerten Vorgang in der F-Hochburg Kärnten. Der Klagenfurter Vizebürgermeister Reinhart Gaugg (F), der Nazi in einem Interview als neu, attraktiv, zielstrebig und ideenreich buchstabierte, versuchte dem Auschwitz-Lügner und Bausachverständigen Walter Lüftl einen Auftrag für ein Gutachten rund um die Generalsanierung des Klagenfurter Hallenbades zuzuschanzen.

Zur Person Walter Lüftl: 1991 erstellte er ein "Gutachten", welches "naturwissenschaftlich" beweisen sollte, daß die Massenvergasungen in Auschwitz mit Zyklon B niemals möglich gewesen seien. Außerdem kam er zu dem Schluß, in den Krematorien wären die baulichen Verhältnisse nicht gegeben gewesen, um eine derart große Mengen an Leichen verbrennen zu können. Das von Aula bis HALT rezipierte "Gutachten" unterbrach Lüftls Karriere nur kurzfristig, ein Gerichtsverfahren wegen Wiederbetätigung wurde eingestellt, Lüftl trat jedoch 1992 als Präsident der Bundesingenieurskammer zurück.

Er kandidierte 1994 (Liste Lüftl) bei der Wahl des Sektionsvorstandes der Ingenieurkammer für Wien und erhielt drei der insgesamt 15 Sitze. Gaugg kümmert dieser "persönliche Hintergrund" des Walter Lüftl wenig. "Mich interessiert nur der Sachverständige, wir müssen schließlich die besten Kräfte für die Stadt gewinnen." Lüftls Nähe zum Neonazismus waren für Gaugg wahrscheinlich der Grund, die Bestellung des Revisionisten zum Gutachter möglichst unauffällig über die Bühne zu bringen.

Erst zwei Monate nach der Auftragsvergabe, erfuhr der Klagenfurter Stadtsenat den Namen des Bausachverständigen. Unter dem Druck der SP-Stadträte mußte Gaugg schließlich seinen Antrag auf Bestellung Lüftls zurückziehen. Das Honorar von 150.000 Schilling war bereits ausbezahlt. ●

... und es geht immer weiter!

Prozess gegen Antifa in Innsbruck

Wie alles begann:

Am 22.Oktober 1994 versammelten sich im Innsbrucker Kongreßhaus neue und alte Rechte, Neonazis und Burschenschafter Seite an Seite mit deutschnationalen Turnern und den Herrn Stadler, Meischberger, Dillersberger, Denz und Lugger von der FPÖ (jetzt F) zum „Gesamttiroler Freiheitskommers".

Das Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus rief deshalb für den 22.Oktober zum Widerstand in Form eines Aktionstages und einer Großdemonstration gegen Rechtsextremismus auf (siehe Lotta Dura Nr.1). Ziel war einerseits die Aufklärung bzw. die Schaffung einer möglichst breiten Gegenöffentlichkeit, andererseits sollte den Rechtsextremen und Deutschnationalen unter keinen Umständen der öffentliche Raum - die Straße - überlassen werden.Allerdings gab und gibt es behördliche Vor- und Nachspiele. Anfeindungen und gezielte Falschinformationen von seiten rechter PolitikerInnen und bestimmter Medien waren von vornherein zu erwarten. Höhepunkt der Kampagne waren und sind jedoch noch immer die Repressionen und Kriminalisierung durch die Behörden, die sich wieder einmal als willfährige Interessensvertreter rechter Gruppen präsentieren. Zu leiden haben vor allem diejenigen von uns, deren Namen bekannt wurden.

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum Aktionstag wurde von den Veranstaltern des „Gesamttiroler Freiheitskommers" Anzeige wegen „Aufforderung zu mit Strafe bedrohter Handlung" (Verhinderung einer Veranstaltung) gem. 282, 285 StGB gegen den Inhaber des Postfaches erstattet, welches als Kontaktadresse, auf dem Mobilisierungsplakat für den Aktionstag aufschien. Diese Kriminalisierungsstrategie war erfolgreich: es folgte eine gerichtliche Anordnung zur Öffnung des Postfaches und zur Ausforschung dessen Inhabers. Im Rahmen der Vorerhebungen wurde er polizeilich einvernommen. Erst nach dem Kommers und den Gegenveranstaltungen kam das Gericht zu dem Schluß, daß die Anzeige mangels Strafwürdigkeit zurückzulegen sei. Damit hat das Gericht das Seine dazu beigetragen, antifaschistische und antirassistische Aktivitäten zu kriminalisieren und von der

Die Gesetze BLEIBEN HETZE

Mit dem Auswechseln eines Innenministers ändert sich nicht die Politik einer Regierung. Die Ziele in der „Ausländerpolitik" bleiben auch unter Einem die gleichen:

➤ Menschen aus dem „Nicht-EU-Ausland" sind möglichst von Österreich fernzuhalten.

➤ Möglichst viele von jenen, die sich bereits in Österreich befinden, sollen aus Österreich abgeschoben werden.

➤ Eine rechtliche Gleichstellung von „Inländern" mit „Nicht-EU-Ausländern" bleibt ausgeschlossen.

Selbst in der kurzen Zeit, die seit dem Wechsel in der SPÖ-Ministerriege Anfang April vergangen ist, wurden bereits etliche Verordnungen verabschiedet, die den status-quo der unmenschlichen und rassistischen Migrationspolitik festschreiben.

So kam vom neuen Sozialminister Hums eine Verordnung, die tausenden Jugendlichen der sogenannten „2. Generation" den Zugang zu einem Arbeitsplatz verwehrt und damit in Folge auch deren Aufenthaltsrecht gefährdet. Nach den Vorstellungen des Sozialdemokraten Hums sollen nur noch jene „ausländischen" SchulabgängerInnen das Recht auf einen Arbeitsplatz haben,

➤ die zumindest die Hälfte ihrer Schulpflicht in Österreich absolviert haben UND

➤ bei denen ein Elternteil in den vergangenen fünf Jahren zumindest drei Jahre legal beschäftigt war.

In der Realität bedeutet dies, daß heuer allein in Wien mehr als tausend SchulabgängerInnen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, keine Möglichkeit haben, eine Arbeit zu beginnen. Jugendliche, die eine Lehrausbil-

LÖSCHNAK IST GEGANGEN, EINEM GEKOMMEN - AN DER PRAXIS DER ÖSTERREICHISCHEN MIGRATIONSPOLITIK HAT SICH NICHTS GEÄNDERT. WIEDER EINMAL HAT SICH GEZEIGT, DASS SICH DIE KRITIK FORTSCHRITTLICHER KRÄFTE NICHT AUF PERSONEN ERSCHÖPFEN DARF.

FORTSETZUNG VON SEITE 30

in Österreich traditionsreichen rechten politischen Gewalt abzulenken. Und wie so oft hat es sich der rechten Strategie bereitwillig angedient. Nachdem die strafrechtliche Verfolgung des Aktionsbündnisses nicht den gewünschten Erfolg brachte, entschieden sich die treudeutschen Recken, den Zivilrechtsweg zu beschreiten und brachten wegen Kreditschädigung eine Klage nach 1330 ABGB gegen den Inhaber des Postfaches ein. Das Klagebegehren stützt sich auf ein Flugblatt, in dem einzelnen veranstaltenden Verbänden des Freiheitskommers Wiederbetätigung vorgeworfen wird. Der Streitwert der Klage beträgt ÖS 200.000,-. Die Verfahrenskosten bis zur obersten Instanz können mit mindestens ÖS 100.000,- beziffert werden. Die Taktik der klagenden Partei, die im Freiheitlichen Korporationsring organisierte schlagende AKADEMISCHE SÄNGERSCHAFT SKALDEN INNSBRUCK ist offenkundig. Neben der finanziellen Schädigung der TrägerInnen des Widerstandes gegen den „Freiheitskommers" und die ihn veranstaltenden Männerbünde sollen im Zuge des Verfahrens vor allem die MitgliederInnen des Aktionsbündnisses namhaft gemacht werden. Die „Aula" Nr.2a/1995 veröffentlichte bereits Namen und Adressen eines Antifaschisten, der im Aktionsbündnis mitarbeitet. Diese Informationen stammen offensichtlich aus Unterlagen der Sicherheitsbehörden. Es ist bereits Inhalt einer parlamentarischen Anfrage, daß und wie den Rechtsextremen der Zugang zu Unterlagen der Sicherheitsehörden ermöglicht wurde.

Aber der Wissenshunger der jungen und Alten Herren ist noch nicht gestillt: sie wollen alle Namen der im Aktionsbündnis arbeitenden Leute - auch jene Namen, die auch die Un-Sicherheitsbehörden nicht kennen.

Auch 50 Jahre nach der Befreiung von der Nazi-Diktatur werden AntifaschistInnen kriminalisiert und den rechten Recken ausgeliefert: Prozesse in Linz, Berlin, Mannheim, Wien, Innsbruck...

SOLLTE DER PROZESS VERLOREN GEHEN, BRAUCHEN WIR KOHLE.

Deshalb suchen wir viele, viele Menschen, die bereit sind, eine „Soli-Ausfallshaftung" im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten zu übernehmen. Füllt also den „Scheck" auf dieser Seite aus und sendet ihn an:

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN RECHTSEXTREMISMUS
POSTFACH 327
6010 INNSBRUCK

Soli-Scheck

Ich, _____

wohnhaft in _____
Straße, Ort

erkläre mich bereit, im Falle einer Niederlage im Skaldenprozeß eine Soli-Ausfallhaftung in einer Höhe bis zu öS _____ zu übernehmen.

_____
Ort, Datum Unterschrift

Lotta DURA

dung machen wollen, dürfen „dank" der SPÖVP-Politik nicht. Damit sind sie in der Folge extrem von der Abschiebung bedroht, denn wer nicht für seinen „gesicherten Lebensunterhalt" sorgen kann - sprich nicht genug Geld bezieht - wird abgeschoben.

Als Innenminister Einem lediglich ankündigte, er wolle die *„Ausländerpolitik"* in Richtung *„mehr Humanität"* ändern, machte Kanzler Vranitzky sofort klar, daß die *„Humanität"*, die sie meinen, zu *„keiner Aufweichung der Gesetze"* führen wird. Es bleibt also alles wie gehabt. Möglich, daß der eine oder andere Abschiebungsbescheid weniger zynisch formuliert werden wird als bisher. Möglich, daß die eine oder andere gesetzliche Bestimmung, die gegen die Menschenrechtskonvention verstößt, umformuliert wird.

An der grundsätzlichen rassistischen Ausrichtung der österreichischen Migrationspolitik wird sich aber nichts ändern, wie auch folgende (unvollständige) Auflistung von Opfern dieser Politik zeigt:

chronologie
DES STAATLICHEN RASSISMUS
ZEITRAUM APRIL & MAI 1995

▲ Ein Versicherungsbetrug reicht aus, um aus Österreich abgeschoben werden zu können. Diese Erfahrung mußte der iranische Staatsbürger Esmail S. machen. Esmail lebt bereits seit 22 Jahren in Österreich, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Nach seiner Verurteilung wegen eines Versicherungsbetruges im Jahr 1992 löschte ihm die Fremdenpolizei seinen Sichtvermerk. Einige Zeit später kam er in Schubhaft. Die Inhaftierung wurde vom Unabhängigen Verwaltungssenat (UVS) als rechtswidrig erkannt. Esmail wurde deshalb nach einer Woche Haft wieder entlassen. Daß sich das Innenministerium um die Einhaltung von Gesetzen nichts schert, zeigte sich dann Anfang April dieses Jahres. Esmail wurde erneut in Schubhaft genommen. Seine für Mitte April geplante Abschiebung konnte gerade noch im letzten Moment verhindert werden. Über seine derzeitige Situation ist uns nichts bekannt. (Standard, 18.4.1995)

▲ Die Willkürlichkeit der rassistischen Ausländergesetze wird anhand folgenden Beispiels deutlich. Der Iraker B. flüchtete am 1. Jänner dieses Jahres mit seiner Tante und deren Tochter nach Österreich. B. war in einem irakischen Gefängnis mit Elektroschocks gefoltert worden, weil er für einen Wehrdienstverweigerer gehalten wurde (was sich als falsch herausstellte). Da seine beiden Brüder auf Seiten kurdischer Gruppen gegen das irakische Regime kämpften, war B. weiteren Repressalien ausgeliefert. Als B. und seine beiden Verwandten in Österreich ankamen, mußte er sich wohl an die Zustände im Irak erinnert haben. Er wurde mit *„maßvoller Kraftanwendung zu Boden gezwungen"* (Polizeibericht) und gefesselt. Er wurde im Sondertransitraum des Flughafens Wien-Schwechat festgehalten, während seine Tante und Cousine in Bundesbetreuung kamen. Sein Asylantrag wurde noch dort - im *„exterritorialem Gebiet"* - abgelehnt. Nach drei Wochen durfte er dann doch den Transitraum verlassen. Fünf Tage später wurde ein Aufenthaltsverbot über ihn verhängt und B. wurde in Schubhaft gesteckt. Der Grund: Er reiste, so wie seine beiden Verwandten, mit gefälschten Papieren ein (welch Wunder bei einer Flucht vor politischer Verfolgung). Die 2. Instanz entschied Anfang Februar gegen ihn. Seine Berufung beim Verwaltungsgerichtshof (VGH) konnte ihn vor der Abschiebung nicht mehr retten. Bevor der VGH darüber entschied, endete Ende April sein Abschiebungsaufschub. (Standard, 5.5.1995)

▲ Weil der Lebensunterhalt *„nicht mehr gesichert"* wäre, erhielt eine achtköpfige Familie Ende April einen Abschiebungsbescheid zugestellt. Der türkische Staatsbürger Hasan verdient als Maurer 15.450 Schilling netto. Während die Regierung mit Sparpaketen Sozialdumping betreibt, wird „Ausländern" vorgeworfen, daß sie zuwenig verdienen. Für die Abschiebungsbehörde ist der Fall klar: Diese Leute müssen raus aus Österreich. Ein Betreuer einer Beratungsstelle meint: *„Mit solchen Härtefällen sind wir in letzter Zeit nicht seltener, sondern immer öfter konfrontiert."* (profil, Nr. 20/1995)

▲ Ein junger türkischer Staatsbürger, der in Österreich aufgewachsen ist, mußte die elterliche Wohnung verlassen, weil sonst seine Familie wegen der „Quadratmeter-Verordnung" aus Österreich abgeschoben worden wäre (nach wie vor gilt für nicht-österreichische bzw. nicht-EU-StaatsbürgerInnen, daß sie über mindestens 10qm Wohnraum pro Person verfügen müssen). Der junge Mann fand dann sogar einen Job und eine Wohnung. Für das Innenministerium zuwenig: Die Differenz zwischen Nettoeinkommen und (überhöhter) Miete sei zu klein, so die Behörde. Sein Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung wurde abgelehnt. Er wird abgeschoben werden. (profil, Nr. 20/1995)

▲ Yasmina hat knapp mehr als die Hälfte ihrer Schulzeit in Österreich verbracht. Für diese Jugendlichen wird ein sogenannter Befreiungsschein für den Arbeitsmarkt ausgestellt. Da die junge Frau jedoch zuletzt eine Handelsschule besuchte, gilt diese Regelung für sie nicht. Handelsschulen sind keine Pflichtschulen, meint die Behörde. Als sie trotzdem einen Job in Aus-

sicht hatte, wurde ihr eine Sondergenehmigung nicht gewährt. Der Grund: Ende 1994 wurde per Verordnung des damaligen Sozialministers Hesoun die Ausländerbeschäftigungsquote gesenkt. Für Jugendliche der „zweiten Generation" waren somit keine Arbeitsplätze mehr vorhanden. Diese Verordnung, die bedeutete, daß tausende Jugendliche nach Schulabschluß kein Recht auf einen Arbeitsplatz hatten, wurde im April in zynischer Weise verändert. 400 „ausländische" Jugendliche haben nun Anspruch auf einen Arbeitsplatz. Allein in Wien gibt es aber heuer mehr als 1.500 SchuläbgängerInnen, die keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Ohne Job droht ihnen wiederum die Abschiebung. Für Yasmina hätte es auch nichts genutzt, wenn sie eine der 400 gewesen wäre. Sie ist inzwischen 19 Jahre alt geworden. Sie ist rechtlich keine Jugendliche mehr und somit „zu alt" für die Ausnahme-Regelung. Ihr droht nun die Abschiebung. (profil, Nr. 20/1995, Standard 17.5.1995)

▲ Der Asylantrag einer Afrikanerin wurde vor zwei Jahren abgelehnt. Die 30jährige kam in Schubhaft, ihre drei Kinder wurden in ein Heim gesteckt. Damit zumindest ihre Kinder eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, drohte sie zuletzt mit Selbstmord. Die Fremdenpolizei reagierte in bekannter Weise: Sie nahmen der Frau ihr gesamtes persönliches Hab und Gut weg, darunter auch das einzige Photo von ihren Kindern. Nach Intervention ihrer BetreuerInnen, erhielt sie das Photo zurück - für eine Minute. Dann wurde es ihr wieder von den Schubbeamten entrissen. (profil, Nr. 20 / 1995)

▲ Die Suche nach einer Wohnung mußte der iranische Konventionsflüchtling Kiumars G. mit Prügeln von Polizisten bezahlen. Schon Ende Oktober 1994 ging der 38jährige Flüchtlinge mit der Bitte, ihm bei der Suche nach einer Wohnung behilflich zu sein, zu der zuständigen Stelle im Innenministerium. Seine Bitte wurde ihm im wahrsten Sinn des Wortes abgeschlagen. Kiumars wurde festgenommen und anschließend von Polizisten mißhandelt. Beim Unabhängigen Verwaltungssenat ist deshalb ein Verfahren anhängig. Nachdem der Flüchtling trotz etlicher Briefe ein halbes Jahr später noch immer über keine Unterkunft verfügte, sprach er am 11. April erneut im Ministerium vor - und wurde dort wieder verhaftet. Im Wachzimmer schlug ihn nach eigenen Angaben *„ein Polizist in den Bauch und ständig in den Hals."* Die anderen anwesenden Polizisten lachten und schimpften ihn *„Scheißkerl"*. Einen Tag lang wurde Kiumars hinter Gitter gesperrt. Nach seiner Entlassung bestätigte eine Ärztin, daß seine Verletzungen *„durch Schlageinwirkung"* entstanden waren. Die Gründe seiner Inhaftierung wurden weder dem Flüchtling noch seinen Betreuern bekannt gegeben. (Standard, 26.5.1995)

▲ Anfang Mai erhielten etwa 150 AsylwerberInnen in 2. Instanz einen negativen Bescheid. Sie alle sind seit mindestens zweieinhalb Jahren in Österreich, haben aber bis heute weder eine endgültige Entscheidung über ihren Asylantrag noch eine ordentliche Aufenthaltsbewilligung in der Hand. Gemeinsam ist ihnen auch der Ablehungsgrund: Sie sind über Slowenien nach Österreich geflüchtet. Slowenien ist nach Ansicht des Innenministeriums seit 25. Juni 1991 (Tag des Kriegsausbruchs in Slowenien!) ein „sicheres Drittland".

Zur Veranschaulichung ein exemplarischer Fall: Im November 1991 stellte ein Kurde aus der Türkei, der wegen seiner legalen politischen Tätigkeit verhaftet und gefoltert wurde, einen Asylantrag. Dieser wurde in 1. Instanz abgelehnt, weil er seine Verfolgung nicht „glaubhaft" machen konnte. Beim Verfahren in 2. Instanz reichte er Beweise nach. Diese wurden aber nicht anerkannt, weil sie erst in der 2. Instanz nachgereicht wurden. Das negative Urteil der 2. Instanz hob der Verfassungsgerichtshof im Sommer 1994 auf. Bei der Wiederholung des Verfahrens wurde dann die „Drittlandklausel" als Ablehnungsgrund bei den Haaren herbeigezogen. Da er über Slowenien nach Österreich geflüchtet war, hätte er schon in Slowenien um Asyl ansuchen können. Das Innenministerium geht dabei von der falschen Annahme aus, Slowenien sei bereits am 25. Juni 1991 (Tag der Unabhängigkeitserklärung und Beginn des Krieges in Slowenien) der Genfer Flüchtlingskonvention beigetreten. Tatsächlich hat Slowenien erst im Herbst 1992 die Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt, aber nie wirklich angewandt: Nur 11 Menschen wurde bisher der Flüchtlingsstatus zugesprochen. (TATblatt, plus 36)

▲ Jenen PolInnen, die 1982 nach Österreich flüchteten und noch nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, wird jetzt mit der Begründung, Polen sei *„nunmehr als demokratischer Staat anzusehen"* das Asyl aberkannt. Sie werden aus Österreich, nachdem sie hier 13 gelebt und gearbeitet haben, abgeschoben. (TATblatt, plus 36)

▲ 33 Tage waren zwei Schubhäftlinge aus dem Kosovo in Hungerstreik. Der 32jährige Shefqet H. und der 18jährige Jeton A. desertierten aus der Armee Rest-Jugoslawiens und flüchteten nach Österreich. Shefqet H. stellte bereits im November 1991 einen Asylantrag. Nach drei Jahren (!) wurde der Antrag abgelehnt. Am 21. März dieses Jahres wurde der Deserteur in Schubhaft gesteckt.

Der 18jährige Jeton suchte im heurigen Februar um Asyl in Österreich an. Im Schnellverfahren wurde sein Antrag abgelehnt und Jeton kam sofort in den Schubhäfen - *„zur Sicherung der Abschiebung"*. Beide Kosovo-Albaner traten am 29. April in Hungerstreik. Am 19. Mai wurden die abgemagerten Häftlinge wegen Haftunfähigkeit entlassen. Bereits am nächsten Tag (!) wurden sie wieder festgenommen und in Einzelhaft gesteckt. Sie setzten ihren Hungerstreik fort. Trotz ihres katastrophalen Gesundheitszustandes waren sie noch fast zwei Wochen der Schubhaft-Folter ausgesetzt. Erst Ende Mai kamen sie frei - fragt sich nur für wie lange. (Standard, 3.6.1995).

▲ Mit Catch 22 könnte folgender „Fall" betitelt werden. Mitte der 60er Jahre kam Ljiljana M. aus Jugoslawien nach Österreich. Sie arbeitete 30 Jahre lang als Hilfsarbei-

"Das Ghetto kämpft"

Ein Buch von Marek Edelmann

Viele haben den Aufstand des Warschauer Ghettos gegen seine deutschen Vernichter nicht überlebt. Und nur sehr wenige legten ein Zeugnis darüber ab, wie jüdInnen unter nationsozialistischer Herrschaft den bewaffneten Kampf aufnahmen, um zumindest in Würde zu sterben.

Marek Edelmann, einer der wenigen Überlebenden des Aufstandes im Warschauer Ghetto im April 1943 hielt die Ereignisse schriftlich fest. Bereits 1945 erschien sein Bericht „Das Ghetto kämpft" in Polen und ein Jahr später in englischer Übersetzung. 50 Jahre(!) nach dem Warschauer Ghettoaufstand wurde dieses Dokument ins Deutsche übersetzt.

Marek Edelmann war Stellvertretender Kommandant der jüdischen Kampforganisation ZOB (Zydowska Organizacja Bojowa), und er hatte den Widerstand maßgeblich mitorganisiert und den Aufstand mitvorbereitet.

Kurz und prägnant doch eindringlich und zugleich ernüchternd beschreibt Edelmann die ersten erfolglosen Versuche der Widerstandsbewegung die jüdische Ghettobevölkerung aufzurütteln, sie über die Vernichtungsmaschinerie der Nazis aufzuklären und sie zum Widerstand zu bewegen. Der Großteil der GhettobewohnerInnen klammert sich an jeden Funken Hoffnung, der ihnen noch Leben verspricht. Arbeit, Gesundheit, Stillhalten trotz Terror und Erniedrigung der Nazis scheinen vielen als Garanten für ihr Weiterleben.

Als die Deportationen aus dem Warschauer Ghetto in die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager immer größer und zahlreicher werden, der Wille das Ghetto dem Erdboden gleichzumachen immer klarer ersichtlich wird, kommt es zu vermehrten Widerstandsaktivitäten gegen die Nazis. Die verbliebene Bevölkerung des Ghettos unterstützt ab nun diese Aktionen, bietet den KämpferInnen Schutz und Unterstützung. Das Vertrauen und die Hoffnung das man/frau noch eine Chance auf ein Überleben hat, weicht dem Willen sich der endgültigen Liquidierung in den Weg zu stellen.

Am 19. April 1943 beginnt der Warschauer Ghettoaufstand. Bis Mitte Juni gibt es noch Lebenszeichen von KämpferInnen aus dem Gebiet des ehemaligen Ghettos.

Ein Bericht der eineN nicht kalt läßt. Eine kurze, prägnante Beschreibung, eines der wenigen schriftlichen Dokumente das den Aufstand für die Nachwelt festhält. Und schon deswegen von großer Bedeutung. Und ein gutes Einstiegsbuch in die Thematik (jüdischer) Widerstand gegen die Nazis. Jedoch vor allem auch ein Dokument, daß mit dem Mythos aufräumt, die JüdInnen wären wie Lämmer zur Schlachtbank gegangen. ●

Marek Edelmann, Das Ghetto kämpft - mit einem Vorwort von Ingrid Strobl, Harald Kater Verlag, 97 Seiten, ca. ÖS 100,-

---

Fortsetzung von Seite 33

terin. Ende 1994 erreichte sie das Pensionsalter. Die Höhe ihrer Pension: 4.340 Schilling. *„Für einen gesicherten Lebensunterhalt zuwenig"*, meinte die zuständige Wiener Magistratsabteilung (MA 62). Der Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung wurde abgelehnt. Die Frau ging in Berufung. Gleichzeitig erklärte ihr die Gewerkschaft, daß ihr eine Ausgleichszulage in der Höhe von 3.086 Schilling zustehe. Diese erhält sie jedoch nur, wenn sie eine gültige Aufenthaltsberechtigung besitzt. Die Aufenthaltsgenehmigung wurde ihr aber nicht verlängert, weil sie ohne die Ausgleichszulage eine zu geringe Pension hat. Die Berufung wurde abgelehnt - persönlich gezeichnet vom, auch nach Löschnak sein Unwesen treibenden, Sektionschef Manfred Matzka. Im Ablehnungsbescheid wurde der Frau voller Zynismus mitgeteilt: *„Gerade die Notwendigkeit, in einem ohnehin sensiblen Bereich die Zuwanderung sorgfältig zu steuern, macht es erforderlich, strenge Maßstäbe an die Beurteilung der gesicherten Unterhaltsmittel von Zuwandern anzulegen."* Die „Zuwanderin" lebt seit dreißig Jahren in Wien... (profil, Nr. 23 / 1995).

▲ Am 23. Mai erhielt Rama H., der vor vier Jahren mit seiner Familie aus dem Kosovo nach Österreich eingewandert ist , einen Abschiebungsbescheid. Der Grund: Sein Gehalt sei zu gering. Daß ihm von seinem Arbeitgeber eine kostenlose Wohnung zur Verfügung gestellt wurde, ist der Behörde egal. Kostenloses Wohnen und regelmäßige Bezüge aus Überstunden seien bei Kalkulation des Lebensunterhaltes ebensowenig von Belang wie etwa Urlaubs- und Weihnachtsgeld, stellte die Behörde im Ausweisungsbescheid fest. Die Familie wird aus Österreich abgeschoben. (profil, Nr. 23 / 1995)

▲ Er ging zur Polizei um einen Diebstahl anzuzeigen. Er verließ das Wachzimmer als Schubhäftling. Weil sein Visum abgelaufen ist, sitzt der 29jährige Kurde Mehmet Y. seit Mitte Mai in Schubhaft. Mehmet flüchtete vor sechs Jahren nach Österreich, weil er als Deserteur in der Türkei politisch verfolgt wurde und ihm Folter drohte. Sein Antrag, ihn nicht in die Türkei anzuschieben, wurde von der Fremdenpolizei bis Anfang Juni nicht behandelt. Mehmet ist akut abschiebungsgefährdet. (Standard, 6.6.1994). ●

Mauthausen

Konzentrationslager - Terror und Mordwerkzeuge des deutschen Faschismus

Am 7. Mai 1995 versammelten sich über 25.000 Menschen auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen, um den 50. Jahrestag der Befreiung der Häftlinge zu gedenken. Die gesamte sozialdemokratische Regierungsspitze nahm teil, vom Koalitionspartner ÖVP war nur Landwirtschaftsminister Molterer anwesend. Einen Tag zuvor besuchte Bundespräsident Klestil die Euthanasieanstalt Hartheim und legte einen Kranz auf dem Appellplatz des KZ Mauthausen nieder. (In Hartheim wurden an die 30.000 Menschen[1] von Nazis ermordet und verbrannt). Bundeskanzler Vranitzky erklärte vorab im ORF "Mittagsjournal" die Veranstaltung in Mauthausen werde "von uns als die offizielle Veranstaltung zum Kriegsende verstanden."

Es wäre auch mehr als beschämend gewesen, würde der 27. April, der Tag der Ausrufung der Republik, als offizielle Veranstaltung verstanden worden, wurden doch noch nach diesem Datum Hunderte von ungarischen Juden und Jüdinnen auf Evakuierungsmärschen getötet und Dutzende in den Gaskammern von Mauthausen ermordet. Redner bei der Gedenkfeier waren u.a. der damalige Kommandierende der US-Einheit die Mauthausen befreite, Colonel Seiber, der ehemalige Häftling Simon Wiesenthal, weiters Repräsentanten des offiziellen Österreichs, z.B.: Bundeskanzler Vranitzky und Innenminister Einem. Der Präsident der Kultusgemeinde Paul Groß kritisierte direkt die Freiheitlichen. "Wenn ein Dritter Präsident des Nationalrats (F-Mann Haupt, Anm.) uns sagt, die unschuldigen und die schuldigen Opfer mögen sich gemeinsam zur Versöhnung treffen, lehnen wir das ab, denn es ist ein schmutziger Etikettenschwindel!". Dem oberösterreichischen ÖVP-Landeshauptmann Pühringer fiel an diesem Ort letztlich nichts besseres ein, als den Sabotageanschlag in Ebergassing, wo sich zwei Personen aus linken Zusammenhängen beim Versuch einen Strommasten zu sprengen, selbst töteten, mit den Morden an vier Roma gleichzusetzen. "Wir sagen daher entschieden NEIN zu jeder Form von Radikalismus und Gewalt, egal von links oder nach rechts. Radikalismus löst keine Probleme, Radikalismus schafft Probleme. Die Anschläge die Österreich in den letzten Monaten erschütterten, ob auf Minderheiten oder Strommasten sind nicht Ausdruck eines Protests, sind nackte Gewalt und Terror. Mauthausen und andere Konzentrationslager sollen uns helfen von Radikalismus, Gewalt und Diktaturen zu bewahren." Daß unter den 100.000 Opfern des Konzentrationslagers Mauthausen nicht wenige Radikale waren, ob KommunistInnen oder einfach radikale AntifaschistInnen, scheint Pühringer nicht bewußt zu sein, oder er nimmt dies in Kauf um jeglichen radikalen Ansatz, der nicht gewalttätig sein muß, zu diffamieren und ihn in eine Reihen mit den Greueltaten zu stellen, die in den NS-Konzentrationslagern verübt wurden.

Geschichtliche Daten

Das Konzentrationslager Mauthausen, dessen Errichtung bald nach der Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich erfolgte, wurde 1941 als einziges KZ in die Lagerstufe III eingestuft. Dies war die schlechteste Kategorie, wörtlich heißt es: "...für schwerbelastete, unverbesserliche und auch gleichzeitig kriminell vorbestrafte und asoziale, das heißt kaum noch erziehbare Schutzhäftlinge".[2] Mauthausen war von Anfang an auch als Mordlager konzipiert. Die Arbeit in den Steinbrüchen war nicht länger als ein paar Wochen zu überleben. Die ersten Vergasungen an jüdischen KZ-Häftlingen fanden in der Euthanasieanstalt Schloß Hartheim statt. Es handelte sich um holländische Juden, die von Mauthausen nach Hartheim gebracht wurden. Dort gab es bereits seit 1940 Gaskammern, in denen Behinderte als sog. "unwertes Leben" ermordet wurden. Mauthausen war bei weitem nicht das größte KZ des Dritten Reiches, jedoch war es ein Experimentierfeld für die Schrecken der anderen Lager. Ab 1943 wurde viele Nebenlager, insgesamt 49, eingerichtet, die die durch alliierte Bombenangriffe weit eingeschränkte Rüstungsproduktion durch Zwangsarbeitseinsatz unterstützen sollten. Gusen, Ebensee und Melk waren die größten dieser Nebenlager, mit jeweils um die 10.000 Häftlinge. Die Häftlinge mußten unter mörderischen Umständen riesige Stollen und Bunkeranlagen errichten und in der Rüstungsproduktion arbeiten. Als allerletztes KZ überhaupt wurde Ebensee am 6. Mai 1945 befreit. Ungefähr die Hälfte der 200.000 Häftlinge des Mord- und Zwangsarbeitskomplexes Mauthausen erlebten den Tag der Befreiung nicht. ●

[1] "Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich", Wien 1982, S. 512

[2] nach Hans Marsalek, "Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausens", Wien 1980, S.39

Quellen:

div. Tageszeitungen, ORF-Fernsehübertragung der Gedenkfeier Mauthausen

KAMPAGNE **"Gegen das Vergessen - 50 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges - Kontinuität und Widerstand"**

Österreich eine *Mörderrepublik** ?

Österreich war nicht Opfer!

Österreich wurde 1938 von Hitlerdeutschland besetzt. Anders als in anderen Staaten Europas trafen die deutschen Truppen in Österreich nicht auf den Widerstand der nationalen Armee, sondern wurden auch noch jubelnd vom Volk empfangen. Später nahmen Österreich in überproportionalem Maße führende Positionen in der NSDAP und in der NS-Vernichtungsmaschinerie ein. Nach der militärischen Niederlage des Nationalsozialismus kam es nur durch der Alliierten zu der sog. "Entnazifizierung". Bereits 1949 waren alle "Ehemaligen" wieder zur Nationalratswahl zugelassen und das Buhlen sämtlicher Parteien um deren Stimmen setzte ein, obwohl mit dem "Verband der Unabhängigen" (VdU) eine Partei der "Ehemaligen" - verziert mit ein paar Liberalen - zu den Wahlen antrat. Im Herbst 1955 formierte sich aus den Resten des VdU die "Freiheitliche Partei Österreichs" (FPÖ). Nach und nach befanden sich in Österreich viele Richter, Hochschullehrer, BeamtInnen und Polizisten (jeder Dritte!) in derselben Position wie unter den Nationalsozialisten. Ab diesem Zeitpunkt waren die Nazis auf politischer Ebene schon wieder in die "Gemeinschaft des Volkes" integriert.

Dieser Staat spuckt auf die Opfer!

Wiedergutmachung erhielten nach 1945 fast ausschließlich aus religiösen und/oder politischen Motiven verfolgte Opfer des NS-Regimes. Von den damals internierten Sinti und Roma erhielten nur jedeR zehnte Überlebende eine Entschädigung. Und dies oft erst Jahrzehnte später. Lesben, Schwule und sog. Asoziale (dazu zählten alleinerziehende Mütter, Prostituierte, AlkoholikerInnen, WohlfahrtsempfängerInnen, unangepaßte Jugendliche, ...) sowie Opfer der NS-Erbgesundheitspolitik blieben zur Gegenwart von der Opferfürsorge-Gesetzgebung ausgeschlossen, während NS-Kriegsverbrecher ihre Dienstzeiten z.B. als SS-Wächter in Vernichtungslagern auf ihre Pension angerechnet bekamen.

Zum staatlichen "Antifaschismus"

Unter anderem um dem staatlichen Antifaschismus gerade für das kritische Ausland Ausdruck zu verleihen, erhielt Österreich ein Asylgesetz, das allen politisch Verfolgten Schutz bieten sollte, quasi als politische Wiedergutmachung. Heute, da angesichts der sich verschärfenden Gegensätze in der Welt, Menschen diesen Schutz in Anspruch nehmen wollen und müssen, hat die Regierung unter tatkräftiger Mithilfe der FPÖ und des von ihr initiierten "Ausländer"-Volksbegehren, Maßnahmen getroffen, die zu den restriktivsten in ganz Europa zählen. Österreich hat mit dem am 1. Juni 1992 in Kraft getretenen Asylgesetz seine Grenzen dicht gemacht. PolitikerInnen, wie z.B. der heut anwesende neue ÖVP-Obmann und Außenminister Wolfgang Schüssel bauten kräftig mit an der "Festung Europa".

Gesetze und Maßnahmen:

Asylgesetz und Grenzschutz: Flüchtlinge, die hier Asyl suchen, sind mit einem Gesetz konfrontiert, das Anträge als "offensichtlich unbegründet" ablehnt und damit ihre sofortige Abschiebung vorsieht, sofern sie nicht im Besitz gültiger Papiere sind (Natürlich aus den Ländern, aus denen sie nicht unbegründet flüchten!). Abgeschoben werden auch alle, die über ein sog. "sicheres Drittland" nach Österreich fliehen. Eine ausweglose Situation, da jedes Nachbarland Österreichs als "sicheres Drittland" gilt. Soldaten sorgen ihrerseits erfolgreich an den Grenzen für den Stop des "Asylantenstromes". So wurden 1993 160.000 Menschen an Österreichs Grenzen zurückgewiesen. Dank des hervorragenden Zusammenwirkens restiktivster Gesetzgebung und militärischer Abschirmung konnte die Staatsgewalt und Jörg Haider, der "Freiheitlichen"-Führer, über die Zahl von 684 positiv entschiedene Asylbescheiden im Jahr 1994 jubeln; waren es im Vorjahr noch 1.193.

Aufenthaltsgesetz: Entlang ökonomischer Kriterien wird über eine Aufenthaltsbewilligung entschieden. Was im Gesetzestext mit den "Bedürfnissen der österreichischen Gesellschaft", nach denen sich ein Aufenthaltsrecht orientiert, umschrieben wird, meint nichts anderes, als den Bedarf der heimischen Wirtschaft an der Ausbeutung billiger Arbeitskraft. Geschlecht, Alter, Gesundheit, "Integrierbarkeit" u.ä. auf der einen, jährlich festgelegt Quoten auf der anderen Seite entscheiden über eine (ungesicherte und rechtlose) Zukunft in Österreich.

Faschistischer Terror und geistige Wegbereitung!

Zur Bedrohung durch rassistische Gesetze und Polizeiterror gesellen sich noch im Gedenkjahr 1995 in Österreich der Mord an vier Roma im burgenländischen Oberwart sowie die aggressive Verdrängungsarbeit des Jörg Haider, der Konzentrationslager in "Straflager" umlügt sowie rote und schwarze Filzläuse mit "Blausäure" bekämpfen will. (Als Schädlingsbekämpfungmittel z.B. gegen die San-José-Schildlaus wurde früher wegen ihrer hohen Giftigkeit Blausäure angewandt. Unter "Zyklon B" kennen wir heute die zur Massenvernichtung in Konzentrationslagern verwendeten Blausäurepräparate.)

Und alle diese Teile der Gewalt fügen sich zu einem Bild zusammen, dem Österreich im Jahre 1995, dessen Wahrnehmung mehr und mehr einem Déjà-vu-Erlebnis gleichkommt ...

Darum, damals wie heute:
Kampf dem faschistischen Terror!
Weg mit allen sexistischen/rassistischen Gesetzen!

Kein Vergeben! **Kein Vergessen!**

BÜNDNIS GEGEN DAS VERGESSEN

(*Der Schriftsteller Peter Turrini im *Spiegel* darüber, daß noch im April 1945, als bereits die provisorische Regierung ausgerufen wurde, 2000 Juden und Jüdinnen bei Todesmärschen durchs Land getrieben wurden und dabei in "fast jedem Dorf" dieser Route "einige von ihnen erschlagen" wurden.)